DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

223 20. JAHRGANG April 2003 4,50 €

Entscheidungsfindung von unten

Herrschaftsbrillen und Streitkultur

Wo mensch sich auch umschaut ... fast wie ein »Naturgesetz« durchziehen formale und informelle Hierarchien bestehende Gruppen, Verbände, Vernetzungen und Aktionen mit ihren Plena, Informationsflüssen und Entscheidungsabläufen. Fast alle Versuche, sie zu beseitigen oder zu überwinden, enden nach kurzer Zeit erfolglos oder tauschen eine Hierarchieform gegen die nächste. »Von unten« als Prozess gleichberechtigter und autonomer Menschen sowie gleichberechtigter, autonom agierender Gruppen und Zusammenhängen findet nicht oder kaum statt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Redaktion Umweltschutz von Unten ● Nicht nur die Praxis fehlt, sondern auch die Theorie: Konkrete Ideen und Experimente, wie hierarchiefreie Entscheidungs- und Aktionsstrukturen aussehen können, werden kaum entwickelt und vorgeschlagen. Damit soll ein Ende sein – das war die Hoffnung, mit der diese Debatte vor zwei Jahren auf dem *Januartreffen 02* losgetreten wurde. Ziel ist, eine Diskussion zur Aufdeckung von Dominanzverhältnissen und zur Entwicklung konkreter Vorschläge für deren Abbau zu entfachen. Sie soll im günstigsten Fall als dauernde Debatte bestehen bleiben, immer wieder Ideen und Versuche austauschen, reflektieren und weiterentwickeln. Die Zeiten quälender Plena, intransparenter Machtzirkel, der Neigung zu zentralen Strukturen oder Entscheidungen, der Stellvertretungspolitik in der Bewegung und des dominanzbildenden Gegeneinanders sollen vorbei sein – stattdessen zählen ein horizontales, gleichberechtigtes Miteinander, die Dezentralisierung von Entscheidungen, das konsequente Ringen um Transparenz und gleichberechtigten Zugang zu Wissen und Ressourcen in politischen Zusammenhängen, aber auch die Effizienz von »Bewegung von unten«.

Seit zwei Jahren wird in der offenen Arbeitsgruppe »HierachNIE« mit wechselnder Besetzung über Ziele, Ansätze und Möglichkeiten hierarchiefreier Gruppen- und Organisierungsprozesse nachgedacht und diskutiert. Hierarchische Verhältnisse sollen nicht nur in Frage gestellt, sondern auch mit alternativen Ansätzen konfrontiert werden ... an Stelle von Zentralen sollen Offene Plattformen treten, Treffen mit vorgegebenen Inhalten und den immer gleichen Workshop-CheckerInnen durch Open Space ersetzt werden. Selbstorganisation soll – so zumindest der Anspruch – mit Ideen und strategischen Konzepten ausgefüllt werden – an dieser Stelle sind auch autonom-anarchistische Zusammenhänge bislang sehr zurückhaltend. Mit langer Verzögerung erscheint nun ein erstes, »handfestes« Ergebnis der Arbeitsgruppe ... ein Reader – eine Sammlung von Texten zu Hierarchien, Dominanz und Eliten sowie Konzepten und Methoden, um selbige abzubauen zu Gunsten von gleichberechtigten und kreativen Gruppenprozessen. Teile davon, neu entstehende Texte und Diskussionsbeiträge sollen Stück für Stück in CONTRASTE veröffentlicht werden – immer jeweils mit einem bestimmten Fokus auf ein bis zwei Themen. Und der richtet sich in diesem ersten Schwerpunkt – zeitlich verzögert aufgrund Datenklau durch den Staatsschutz – auf zweierlei: Ein längerer Text will helfen, die »Herrschaftsbrille« aufzusetzen ... denn das Erkennen und Benennen von Herrschaft, Elitestrukturen und Zentralismus, was bei modern-subtilen Dominanzen gar nicht so einfach ist, ist Voraussetzung für deren Abwicklung. In weiteren Beiträgen werden die Möglichkeiten einer hierarchiefeindlichen Streitkultur beleuchtet – was sind Ziele, welche Hürden sind zu nehmen? Dabei bleibt es nicht nur bei theoretischen Appellen, denn mit »Fish Bowl« wird eine Methode präsentiert, die kreative Diskussion ohne zentrale Steuerung oder herausgehobene RednerInnen ganz praktisch erlebbar macht. Daneben werden Formen vorgestellt, die das direkte Austragen von Konflikten – insbesondere im persönlichen Bereich – fördern.

Wichtig bleibt: All das ist nur eine Momentaufnahme – das Wissen um bunte, hierarchiefreie und effiziente Gruppenprozesse ist insbesondere in Doitschland sehr schwach ausgeprägt, selbst der Protest fast immer »von oben« organisiert. Deshalb wird es Zeit, überall anzufangen, Hierarchien, Zentralen und informelle Eliten aufzudecken. Und vor allem, Experimente zu wagen, Hierarchien und Herrschaft auch im Binnenverhältnis abzubauen, das Leben unkontrolliert und vielfältiger zu machen – ob FreundInnenkreis, politische Gruppe, Netzwerk, Mega-Kongress oder Beziehung ... an jeder Stelle sind emanzipatorische Prozesse möglich und wichtig! Insofern sind die AutorInnen des Schwerpunkts auch sehr interessiert an der gemeinsamen Weiterentwicklung der ersten Ansätze, einer lebhaften Debatte und eines andauernden Lernprozesses. Schluss mit der Langeweile ... die hierarchischen Verhältnisse zum Tanzen bringen!●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

SCHWERPUNKTTHEMA

Moderne Herrschaft erkennen: Setz die Herrschaftsbrille auf! Seite 7
Fliegende Fetzen – Emanzipatorische Streitkultur und die Steine im Weg dahin Seite 8
Methode: Fish Bowl – die Alternative zur Podiumsdiskussion Seite 9
Konfliktbearbeitung ... direkt und hierarchiefrei Seite 10

AUS DEM INHALT:

IRAK-KRIEG

Täglich sind weltweit Millionen auf der Straße, um gegen diesen Krieg zu protestieren. Immer deutlicher zeigt sich, dass die USA und Großbritannien, dazu übergehen, zivile Ziele zu bombardieren. Am 28.3. schlug eine Rakete auf einem belebten Marktplatz in Bagdad ein und mindestens 55 Zivilisten wurden getötet. Das Schreckliche wird zur Gewissheit, die angreifenden Kriegsmächte haben vor, Bagdad in Grund und Boden zu bomben. Einen Straßen- und Häuserkampf wollen sie nicht riskieren.
Die Fernsehbilder aus dem Irak sind schrecklich, eine andere Front gibt es in Israel/Palästina – wird Sharon die Gunst der Stunde nutzen, um klammheimlich Strafaktionen gegen die PalästinenserInnen zu befehlen? Wir veröffentlichen einen gemeinsamen Aufruf palästinensischer und israelischer NGO's gegen den Krieg im Irak. »Der Krieg der schönen Worte« auf Seite 3.

ABSCHIED

Harry Fisher, Kommunist, Jude, Spanienkämpfer, Internationalist, Friedenskämpfer und Autor ist tot. Keine der New Yorker Friedensaktionen fand seit dem von Killer-Bush angekündigten Krieg ohne ihn statt. So auch am 22. März 2003. Er wurde von der Friedensdemo mit einer Herzattacke direkt ins Krankenhaus gebracht und verließ uns alle dort für immer. Seite 4

PIRATENRADIO

Im Juni vergangenen Jahres begann eine Handvoll Leute, in Dresden auf UKW unter dem Namen »Radio Outaspace« zu senden. Einfach so, ohne staatliche Genehmigung. Die Sendezeit betrug zeitweilig 80 Wochenstunden. Nach acht Monaten wurde die bürgerliche Presse auf die Piraten aufmerksam und titelte »Staatsanwalt jagt Dresdner Piratensender«. Seitdem rauscht es auf der Frequenz... Seite 5

ATTAC

Nicht attac, sondern die attac-KritikerInnen verkürzen die Kapitalismuskritik – bis zur totalen Bewegungslosigkeit, meint der Bundesverband der JD/JL. Seite 6

BIOMARKT

Regional ist erste Wahl – auch bei Bio-Lebensmittel, meinen zwei Biobauern, die die Marktentwicklung im Zuge der »Agrarwende« beobachten. Seite 11

BIOPIRATERIE

Weltweit sind »Genjäger« unterwegs: Pharma- und Agrokonzerne reißen sich bisher noch nicht privatisierte Teile der Natur unter den Nagel. Ihre Waffen: Patente und die neuen Biotechnologien. Seite 12

www.contraste.org

D 8008

Großdemonstration gegen US-Basis Rota in Andalusien

»No in nuestro nombre«

Rund 20.000 KriegsgegnerInnen protestierten am 30. März vor der US-Marine-Basis Rota in Andalusien gegen den Irak-Krieg. Fünf Kilometer vor dem Tor zur größten europäischen Militärbasis der USA sammelten sie sich zur Kundgebung unter dem Motto »No in nuestro nombre« (»Nicht in unserem Namen!«).

Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Von Rota aus starten täglich schwere Maschinen Richtung Golf und liefern den dort eingesetzten Eroberern (darunter auch 100 spanische Soldaten) Nachschub. In einem Zelt vor dem Tor hat eine Gruppe Hungerstreikender Quartier bezogen. Doch das an Luftballons befestigte Transparent, das den Krieg der Ölkonzerne anprangert, schwebte an seinem Hauptziel vorbei. Auch die Andalusierin aus Pappmaché, die ausruft: »Krieger, verschwindet von unserer Erde!«, bekamen die in Rota stationierten US-Soldaten nicht zu sehen – es sei denn im spanischen Fernsehen, das den Protestzug ausgiebig filmte. Auch die Papp-Rakete, die als »intelligente Waffe« auf das »Arschloch Aznar« zielt.

»Auf Friedensfüßen« wollte die kommunistische Jugend dem Imperialismus Paroli bieten, und die »Vereinigte Linke/Die Grünen« empfahl »Paz« (»Frieden«) und sagte wie die meisten MarschiererInnen »No a la Guerra« (»Nein zum Krieg«). AnarchistInnen in Guevara-Look waren zahlreich vertreten. Ihre Gewerkschaft CGT mit den rot-schwarzen Fahnen folgte der kommunistischen CNT, die sich den PCE-GenossInnen anschloss (PCE = Kommunistische Partei Spaniens). Einhellig forderten sie »Generalstreik«.

Viele Demo-TeilnehmerInnen suchten Bush und Spaniens Regierungschef Aznar per Steckbrief, um sie wegen Kriegsverbrechen anzuklagen. Andere forderten, die »Yankees« aus dem Atlantikstädtchen Rota hinauszuwerfen. Ein Marschierer verlieh seiner Ablehnung der NATO Nachdruck, indem er auf sein Pappschild die Puppen Barbie und Ken in Kriegskluft montierte.

Aufgerufen hatte zu der Demonstration ein breites Bündnis. Das Plakat schmückt eine arg zerzauste Friedenstaube, die um Hilfe ruft. Seit 1984 gibt es Protestmärsche gegen die US-Basis in Rota. In den Vorjahren war die Menge stets sehr überschaubar. Doch jetzt – laut Umfragen sind mehr als 92 Prozent der SpanierInnen gegen den Irak-Krieg eingestellt, den ihre Regierung jedoch weiterhin unterstützt – kamen Busse von weither, sogar aus Sevilla und Madrid. Sandwiche der Friedensgruppe »PAX an!« aus Köln waren auch zu sehen – z.B. mit dem Spruch »Kein Mensch ist kollateral«. In ganz Spanien ist die Opposition gegen diesen Krieg so stark, dass auf den Plätzen jeder Stadt große Transparente hängen und kaum ein Tag ohne Meldung einer Großdemonstration vergeht.

Das Engagement der spanischen Bevölkerung gegen Krieg und Kriegsbündnisse hat Tradition. So ergab das Referendum zum Nato-Beitritt 1986 eine Mehrheit dagegen. Nichtsdestotrotz hat die (damals sozialdemokratische) Regierung dann 1997 beschlossen, beizutreten. Beim Marsch zur Basis Rota 2003 wurden wieder viele Parolen gegen die Nato mitgeführt: »OTAN no!«

Lebhaftes Trommeln und Skandieren begleitete den Zug während seiner zweieinhalb Stunden Dauer. In Puerto Santa Maria östlich der Basis Rota wurde er von zahlreichen AnwohnerInnen mit Applaus begrüßt (zur Nachahmung in D-Land warm empfohlen!). Nachdem allerlei Mauern besprüht, Wegweiser zur US-Basis Rota unkenntlich gemacht, Tankstellen-Schilder mit dem Hinweis auf das »Blut für Öl« verziert und die örtliche Burger-King-Filiale mit der Aufforderung zum Boykott versehen worden waren, zog die Menge trotz der schlechten Nachrichten aus Bagdad (weiter heftige Bombenangriffe) singend und tanzend wieder nach Hause. »No Guerra, no guerra, no guerra, no no!« passt bestens zur »Kalinka«-Melodie. Ein schneidiges »No a la guerra, bases fuera!« (Nein zum Krieg, Basen raus!) wurde zu in Richtung Polizei-Hubschrauber gereckten Mittelfingern junger Andalusier skandiert. Ob die konservative Aznar-Regierung der Aufforderung zum Rücktritt Folge leisten wird, blieb offen.●

AKTION 3.WELT Saar zum Aufruf »Deserteure des Golfkrieges brauchen Asyl«

Kriegsdienstverweigerer nicht abschieben

Roland Röder, Redaktion Saarland ● »Wer gegen den Krieg ist, muss Verweigerern und Deserteuren aus kriegführenden Ländern Asyl gewähren«, so heißt es in dem Aufruf zum bevorstehenden Irak-Krieg, den die AKTION 3.WELT Saar unterschrieben hat. Damit gehört sie zu den Erstunterzeichnern dieses Aufrufes, der von »Connection e.V. – Internationale Arbeit für Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten« in Offenbach erstellt wurde.

Damit möchte die AKTION 3.WELT Saar deutlich machen, dass Kriegsdienstverweigerung und Desertion eine klare Entscheidung gegen den Krieg ist, die unterstützt werden muß. Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht und darf nicht mit Repression und Strafandrohung beantwortet werden. Die Bundesregierung soll deshalb Verweigerern aller kriegführenden Staaten Schutz und Asyl gewähren. Dies wäre ein wichtiger Beitrag gegen den Krieg. Es muß sichergestellt sein, dass Verweigerer nicht ausgeliefert werden.

Nachfolgend dokumentieren wir den vollständigen Aufruf: Weitere Informationen unter: www.connection-eV.de

Appell an die Bundesregierung
Verweigerer und Deserteure des Golfkrieges brauchen Asyl

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Er führt zur Zerstörung und ungeheurem Leid für Mensch und Umwelt. Wir sehen daher in der Kriegsdienstverweigerung und Desertion, auf welcher Seite auch immer, ein klares Zeichen gegen den Krieg am Golf. Statt eines Krieges treten wir für eine politische Lösung und eine gerechte Weltordnung ein.

Oft sehen sich Verweigerer zur Flucht gezwungen, da ihnen das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung vorenthalten wird, ihnen Repressionen und Strafverfolgung drohen.

Wir rufen die Bundesregierung auf, Soldaten und Soldatinnen der in Deutschland stationierten Truppen der USA und Großbritanniens, die sich der Beteiligung am Krieg entziehen, nicht auszuliefern und sie zu schützen.

Wer gegen den Krieg ist, muss Verweigerern und Deserteuren aus kriegführenden Ländern, wie z.B. auch aus dem Irak und der Türkei, Asyl gewähren.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich jeglicher Unterstützung des Krieges zu verweigern und vor allem die für den Krieg am Golf bereitgestellten Bundeswehrsoldaten zurückzuziehen.●

IM E-MAIL-POSTFACH: LESERBRIEF

Krieg gegen Saddam?

Das wenige das wir tun können angesichts des Krieges, ist dazu beizutragen, dass Beschönigungen wie »sauberer Krieg«, »Präzisionswaffen«, »moderne Kriegsführung« oder hehre Ziele wie »Befreiung«, »Demokratisierung« usw. nicht unwidersprochen den Medienäther bestimmen. Dazu einige Gedanken.

Es ist schwer zu erraten, wer im Irak die besten Bunker besitzt. Es sind Saddam Hussein und seine Gefolgsleute. Daher ist es zynisch, wenn der gegenwärtige Krieg mit der Argumentation geführt wird, das irakische Volk zu befreien. Auch wenn zutrifft, dass die sogenannten »Präzisionswaffen« der US-Hightech-Armee nicht mehr gleich zu setzen sind mit den »Bombenteppichen« des Zweiten Weltkriegs: es wäre eine Illusion zu glauben, dass diese »nur« die militärischen Einrichtungen sowie die Paläste des Regimes treffen. Und die von den Medien vorgenommene Unterscheidung zwischen Zivilisten und Soldaten ist höchst problematisch. Letztere sind wohl auch Menschen mit Familien, Lebenszielen, Lebensplänen.

Es ist leicht auszumalen, wie der Krieg eskalieren wird. Je heftiger der Widerstand der Irakis sein wird, umso heftiger werden die Luftbombardements. Die irakischen Soldaten werden zu Tausenden im Bombenhagel umkommen. Denn nicht Saddam Hussein wird an vorderster Front stehen und Bagdad verteidigen: es sind seine Untertanen, die er als Bombenfutter in die Schlacht wirft. Und dass die Irakis in Scharen überlaufen werden, ist wohl eine geschickte Propaganda oder ein frommer Wunsch. Die Kriegspsychologie zeigt, dass dies nicht so einfach funktioniert. Dazu kommt die Gefahr des Einsatzes von chemischen oder biologischen Kampfstoffen, wenn das Regime in Bedrängnis kommt und nichts mehr zu verlieren hat (so fern sie die irakische Armee tatsächlich besitzt). Ganz abgesehen von den nicht absehbaren Folgen des Krieges auf die Region, etwa der Konflikt zwischen den Kurden und der Türkei. Von der »Befreiung« des irakischen Volkes sind wir also weit entfernt.●

Mag. Hans Holzinger
Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen
A-5020 Salzburg

Hausdurchsuchung war rechtswidrig!

Redaktion Heidelberg ● Mit Beschluss des Landgerichtes Giessen ist die Hausdurchsuchung der Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen (siehe CONTRASTE Nr. 221) für rechtswidrig erklärt wurden. Der Versuch der Zerschlagung eines Freiraumes seitens Staatsschutz, Amtsrichterin Kaufmann und der ihnen Rückendeckung gebenden Giessener Tagespresse ist damit komplett gestoppt.

Das Landgericht schloss sich damit weitgehend der Beschwerde des RA, mit dem wir kooperieren, an – dieser hatte etliche formale Fehler und Mängel der Vorgänge um die Hausdurchsuchung der Projektwerkstatt aufgedeckt und diese auch grundsätzlich in Frage gestellt. Der Staatsschutz hatte wohl etwas zu dick aufgetragen und sich auch rechtlich weit aus dem Fenster gehängt.

Die Herausgabe aller beschlagnahmten Gegenstände ist natürlich ein fetter Erfolg. All das ändert aber nichts an der prinzipiellen Kritik an Rechtsstaatlichkeit als Teil von Herrschaft, als Teil der Strukturen, die ungleiche Handlungsmöglichkeiten und Ausbeutung von Menschen absichern und durchsetzen. Denn genau diese Strukturen sind tagtäglich damit beschäftigt, das Leben von Menschen zu zerstören, zu bestrafen und einzusperren, wo Menschen Recht und Ordnung nicht akzeptieren oder Gesetze übertreten, weil ihnen das schöne Leben verwehrt wird usw. Daher ist es wichtig, beim manchmal sinnvollen taktischen oder subversiven Umgang mit dem Rechtsstaat diese Kritik mitzudenken und immer auch zu benennen!●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2003:

Leider nicht viel Neues...

gibt es für den Monat März über unser Spendenkonto zu berichten. 4.338,62 EUR haben wir bisher über Spenden und sonstige Mehreinnahmen zusammen bekommen. Für die für dieses Jahr errechnete Deckungslücke benötigen wir noch 677,62 EUR. Ein weiteres Ziel ist ein Teilabbau unserer Schulden aus vergangenen Jahren. Insgesamt fehlen dem Zeitungsprojekt noch 3.178 EUR. Einhundert Spenden über 32 EUR würden uns ins Ziel bringen und unsere Unabhängigkeit auch für die Zukunft gewährleisten.

Redaktion Heidelberg ● Eine Spende ging auf unserem Spendenkonto ein:
● Herbert Fritsch, 84085 Langquaid (5 EUR)
Ein neues Fördermitglied können wir begrüßen:
● Ute Kraus, Frankfurt/Main (62 EUR)

Abokampagne 100+

Unsere Abokampagne 100+ scheint sich in das Gegenteil zu verkehren. Es gab drei Neuabos und 10 Kündigungen. Eine Fördermitgliedschaft wurde gekündigt. Somit benötigen wir mittlerweile 111+ an Neuabos, damit wir für die 2004 zu erwartende Deckungslücke verhindern. Das ist eigentlich kein zu hoch gestecktes Ziel, aber mit unseren Mitteln der Abowerbung schwer zu erreichen. Wir benötigen dazu die Hilfe unserer LeserInnen, denn Ihr seid die besten MultiplikatorInnen.

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften (Coupon auf dieser Seite!). Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER

Das Zeitungsprojekt benötigt noch 3.178 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 111+ Neuabos

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

Kurt's Surf-Center: Klasse gegen Klasse – Bit für Bit!

World-Wide-Revolution

Gewiss, der Klassenkampf ist in die Jahre gekommen. Aber er findet auch im Internet statt. Insbesondere das Web führte dazu, dass weltweit ein Stück (Willens)Bildungsprivileg der herrschenden Klasse mehr gebrochen werden konnte. Nur muss hierzu schon ordentlich gesucht werden. Da scheinen einige traditionslinke Begrifflichkeiten ganz schön aus der Mode gekommen zu sein.

Einen Versuch ist es wert. Geben wir www.arbeiterklasse.deein: Wir landen in Kittys Room mit einer Konzertankündigung vom vergangenen Dezember. Nebenstehende Schelllackplatten auflegende Dame animiert zum Musikgenuss. Auch www.proletariat.de ist besetzt – wir erfahren hingegen nicht, von wem und wofür, da uns lediglich mitgeteilt wird, dass hier eine website im Aufbau begriffen ist.

Den Vogel abgeschossen hingegen hat jene Berliner Firma, die gerne die Namensgebung www.klassenkampf.de verkaufen will. Solange sie noch selbst den »Klassenkampf.de« innehat, wird damit kräftig Geld verdient. Mit automatischen Linkumleitungen ins Erotische und Esoterische, von denen der Disclaimer im Impressum sich vorsorglich gleich selbst distanziert. Dieser sorglose Umgang mit dem Vokabular des Umsturzes war nicht immer so...

Längst vorbei ist die Zeit, als der Verlag des SB Offenbach allen Ernstes eine Unterlassungsklage gegen das gute alte Mailboxnetzwerk CL-Netz (www.cl-netz.de) anstrebte, weil es sich Ende der achtziger Jahre zunächst »LINKS« nennen wollte. Und so hieß damals auch die SB-Zeitung. Wirklich linke und linksradikale Ansätze im Web bevorzugen heutzutage ganz neue Namensgebungen wie etwa auch der Host unserer eigenen www.contraste.org, das Projekt www.nadir.org – nicht zu verwechseln mit www.contrast.org, dem holländischen Provider, wo unter anderem auch die Radikal abgelegt wird. Dann gibt es ja auch noch www.free.de oder www.partizan.org. Weltweite Informationsbeschaffung – nicht nur der GlobalisierungsgegnerInnen – findet zunehmend bei www.indymedia.org statt.

Und auch das linke Proletariat ist sehr gut erreichbar, etwa unter www.labournet.de, dem Netzwerk der Gewerkschaftslinken. Nur geht mit dem Ende der Arbeitsgesellschaft erst schleichend dann immer heftiger auch das Proletariat einfach flöten. Die Massen der Nichtwerktätigen und Sozialhilfeempfänger gewinnen an Bedeutung. Das zeigt sich auch im Web.

Der mittlerweilen über 1.000 Mitglieder starke Verein Tacheles z.B. ist unter www.tacheles-sozialhilfe.de präsent und unterhält in Wuppertal sogar ein Café und eine Anlaufstelle zur Beratung. Ausführliche Beratung und Information bietet auch der Bochumer SobI e.V. unter www.sozialhilfe-online.de. Eine andere Infobörse aus Essen ist www.forum-sozialhilfe.de und organisiert zusätzlich einen webring für einschlägige Initiativen.

Gegen die Arbeit – für das Leben heißt es hingegen aus Erfurt unter http://ameisen.arranca.de – dort wird zur Demonstration am 6. Mai 2003 mobilisiert. Direkt nach dem Tag der Arbeit der Tag der glücklichen Arbeitslosen.

Ach ja, die Glücklichen Arbeitslosen gibt es ja auch noch. Aber hier war die Empfehlung unseres Rezensenten knobi in CONTRASTE , sich doch einfach mal faul in die Sonne zu legen und ganz konventionell ein Buch in die Hand zu nehmen:
Guillaume Paoli; Mehr Zuckerbrot, weniger Peitsche. Aufrufe, Manifeste und Faulheitspapiere der Gluecklichen Arbeitslosen. Edition Tiamat Berlin 2002 / 207 S. / 17 EUR

IRAK/NAHOST: FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT, STATT MACHT UND VORHERRSCHAFT

Der Krieg der schönen Worte

Alles wird endlich gut, verspricht George W. Bush. Mit messianischem Eifer wirbt der Präsident der USA für den Krieg gegen den Irak. Um den vielen Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, präsentiert er immer neue Motive, die aus dem Waffengang ein gerechtes Streiten für die gute Sache machen sollen.

medico international, Frankfurt/Main ● Selbst die alte »Dominotheorie«, die einst den USA in Lateinamerika das Fürchten lehrte, könne nun ins Gute gewendet werden und als triumphierende Pax-Americana dafür sorgen, dass auch dem Irak auch all die anderen arabischen Länder in den Schoß der Demokratie fallen. Dann, so der Präsident, sei die Zeit gekommen, auch den Israel-Palästina Konflikt zu lösen und den Palästinensern einen eigenen Staat zu geben. So vollmundig das Versprechen, so groß die Skepsis nicht zuletzt bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen Israels und Palästinas.

»Welcher palästinensische Staat soll denn da entstehen«, fragt Mustafa Barghouti, der Direktor des von *medico* unterstützten *Union of Palestinian Medical Relief Committees*: »Ein Fleckenteppich von auseinandergerissenen scheinbar autonomen Gebieten, die als solche noch weniger lebensfähig wären als ehemals die Bantustans im Land der Apartheid?« – Klar ist, dass es ohne die Beendigung der israelischen Besatzung keine Lösung des Konfliktes geben wird. Die Bush-Administration hat wie kaum eine andere US-Regierung vor ihr die von Ariel Sharon forcierte Politik der Besetzung und des Siedlungsanbaus in den palästinensischen Gebieten unterstützt. Eine Kehrtwende ist nicht zu erwarten. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, dass aus dem Versprechen nur wieder neue Verbrechen folgen könnten. Nach den Emanzipationshoffnungen der irakischen Bevölkerung werden nun auch die Friedenserwartungen der Menschen in Palästina und Israel zur Rechtfertigung des Krieges instrumentalisiert. Eines Krieges, der auf regionale Hegemonie aus ist und nicht auf Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit. Die Menschen im Irak und im Nahen Osten haben ein Recht auf Veränderung. Eine Veränderung, die von ihnen ausgehen muss und die wir von außen solidarisch begleiten können.

Mit einem gemeinsamen Aufruf antworten Ende Februar israelische und palästinensische Nichtregierungs-Organisationen dem Präsidenten der USA. Ein bemerkenswerter Appell, unterschrieben nicht zuletzt von vielen Partnern *medicos*.●

Gemeinsamer Aufruf palästinensischer und israelischer Nichtregierungsorganisationen

Gegen den Krieg im Irak

Trotz des wachsenden internationalen Protestes von Menschen aus aller Welt scheinen die USA zu einem militärischen Angriff auf den Irak entschlossen zu sein – ungeachtet der zu erwartenden Zahl ziviler Opfer und Leidens. Es steht für uns außer Frage, dass der bevorstehende Krieg katastrophale Folgen sowohl für die irakische Bevölkerung als auch für den ganzen Mittleren Osten haben wird und dabei insbesondere für die Lage in der Westbank und dem Gaza-Streifen.

Aufgrund unserer Erfahrungen aus dem Jahr 1991 befürchten wir, dass die von Sharon geführte israelische Regierung den Krieg nutzen wird, um massive kollektive Strafaktionen gegen die unter israelischer Besatzung lebenden Palästinenser durchzuführen.

Wir, die Vertreter der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft lehnen den Krieg ab, weil er weder Sicherheit noch Gerechtigkeit bringen wird, sondern Ausdruck von Macht, Vorherrschaft, Kontrolle und Gier ist. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass Sicherheit und Freiheit für die Menschen in unserer Region nicht durch Krieg, Gewalt und Tod erreicht werden kann.

Mit großer Sorge sehen wir die Möglichkeit, dass ein Krieg im Irak zu umfangreichen Repressionen gegen die palästinensische Bevölkerung führen könnte. Deshalb rufen wir alle friedliebenden Menschen in Israel auf, sich zusammenzuschließen, um gemeinsam eine solche Politik zu verhindern und für einen internationalen Schutz der Palästinenserinnen und der Palästinenser zu sorgen, die unter israelischer Besatzung leben.

Gemeinsam sagen wir: Nein zum Krieg im Irak! Ja zum Leben in Frieden und Gerechtigkeit im Nahen und im Mittleren Osten! Ja zur Beendigung der israelischen Besatzung!

Wir rufen alle Menschen und Organisationen auf, im Kampf gegen den Krieg ihre Stimme zu erheben und sich gemeinsam für die Errichtung eines gerechten, umfassenden und dauerhaften Friedens in der Region zu engagieren.

Unterzeichnende Organisationen u.a.:

Israel

Ta'ayush Arab-Jewish Partnership, Gush Shalom, Bar Shalom, The Coalition of Women for Just Peace, New Profile, Physicians for Human Rights – Israel, Israeli Committee Against House Demolitions, The Alternative Information Center, HaKampus Lo Shotek (Tel-Aviv University), Yes Gvul, Woman in Black, Black Laundry, Forum Smol (University of Haifa)

Palästina

Union of Palestinian Medical Relief Committees, The Palestinien Initiative for the Promotion of Global Dialogue & Democrazy (Miftah), Arab Center for Agricultural Development, Palestinian Educational Network, Rawdat Al-Zuhur Society, Democracy and Workers' Rights Center, Al-Dameer Association for Human Rights, The Palestinian Hydrology Group, Palestinian Center for Peace and Democracy (PCPD), Palestinian Agricultural Development Association, LAW – The Palestinian Society for the Protection of Human Rights and the Environment, The Palestinian Counseling Center.

Aus: medico-Rundbrief 1.2003

Weitere Informationen: www.medico.de

NEUERSCHEINUNG

Bomben auf Bagdad – nicht in unserem Namen

Wahrlich eine inflationäre Flut von Neuerscheinungen, irgendwie verknüpft mit dem Thema »Irak«, ergießt sich derzeit auf den deutschen Buchmarkt. Keines aber konzentriert sich so konsequent auf den aktuellen Krieg wie »Bomben auf Bagdad – nicht in unserem Namen«.

Redaktion Heidelberg ● Was bringt wohl Hans von Sponeck oder Scott Ritter dazu, ihre Beiträge neben die von Ernst Woit oder Rainer Rupp zu stellen? Es ist höchste Zeit, das Rad herumzureißen, die unvermeidlich erscheinende Entwicklung von Krieg zu Krieg zu verhindern. Das bringt die Autoren dazu, über politische Grenzen hinweg, konsequent gegen den Krieg als Mittel der Politik Stellung zu beziehen.

Rüdiger Göbel konnte neben Friedensforschern, UN-Inspektoren bzw. -Koordinatoren auch Ärzte, Militärs, Geheimdienstexperten, Völkerrechtler u. ä. für sein Buch gewinnen. Allen gemeinsam ist ihre klare Haltung gegen den Krieg.

Unter dem Titel »So demütigend wie möglich« analysiert Prof. Bernhard Graefrath, der für die DDR als Mitglied der Völkerrechtskommission in der UNO arbeitete, die Resolution 1441. Er geht auf die »gewollten Ungenauigkeiten« ein, genauso wie auf die »ernsthaften Konsequenzen« aus Verletzungen von Verpflichtungen des Iraks aus den verschiedenen Resolutionen. Dies aber wäre eine Verletzung der UN-Charta selbst, »weil diese keine ernsthaften Konsequenzen bei erheblichen Verletzungen völkerrechtlicher Verpflichtungen kennt.«

Graefrath weiter: »Im Zentrum der Resolution 1441 steht die Einführung eines verschärften Abrüstungs- und Kontrollmechanismus (OA. 2-7). Von einer auch nur zeitweiligen Aussetzung des für die Zivilbevölkerung verheerenden Handelsembargos ist im Gegensatz zur Resolution 1284 nicht mehr die Rede.«

Norman Paech geht noch weiter, die Überschrift seines Beitrages ist Programm »Der Irakkrieg oder der Abschied vom System der kollektiven Sicherheit«. Also ein Paradigmenwechsel, nicht hin zu einer neuen Ordnung, sondern hin zu einer alten, einer überwunden geglaubten, der der »präventiven Verteidigung«.

Gleichsam als Motto des Buches kommt Paech zu der Feststellung: »Dieser Krieg führt in ganz neue Dimensionen der bereits 1990 von Präsident Bush verkündeten neuen Weltordnung und des Umgangs mit dem Völkerrecht und seinen Institutionen.«

Und das eigentliche Ziel, eine neue alte koloniale Ordnung im Nahen und Mittleren Osten wird deutlich wenn er darauf verweist, dass »die Erwähnung Israels als Partner im Sicherheitskonzept der USA« ... »aus der weiten Perspektive des Krieges gegen den Terrorismus, der auch auf den Palästinakonflikt zielt«, folgt.

Der Militär Hans-Werner Deim, Generalmajor a.D., ehemals hochrangiger Offizier im Hauptstab der NVA, kommt in seiner Analyse der militärstrategischen Möglichkeiten der USA zu dem Schluss, dass während sich die USA am Ende der 90er Jahre und Anfang des neuen Jahrtausends dem »bedeutenden Öltransportkorridor« zuwandten, »den der Balkan für den Fluss des Öls zu den westlichen Verbraucherländern darstellt«, es heute um den direkten Zugriff auf die Ölressourcen geht. Gleiches gilt für Afghanistan und die Region Transkaukasien. Offiziell diente der Einsatz militärischer Mittel nicht dem Schutz der Öltransportwege sondern der Verhinderung humanitärer Katastrophen.

Heißt es bei Deim eher lapidar »In wenigen Stunden könnte der Irak keine Brücken mehr haben, keine Elektrizität und Treibstoffe, keine Nachrichtenverbindungen, keine Maschinen der zivilen Luftfahrt und nur noch zerstörte Verkehrsknoten.« So wird sich mancher erinnern, dass schon während der Zeit des Embargos seit 1991 immer wieder Objekte der Infrastruktur, wie Anlagen der Trinkwasseraufbereitung angegriffen wurden, was nicht zuletzt zu großen Opfern unter der Zivilbevölkerung führte und führen wird.

Deim kommt zu einem für den Angreifer fürchterlichen Schluss: »Das zu erwartende schnelle Ende der militärischen Haupthandlungen des weit überlegenen Aggressors bedeutet nicht das Ende des Krieges. Der Partisanenkampf, an dem sich opferbereite Vertreter der islamischen Zivilisation aus vielen arabischen Staaten beteiligen werden, kann eine langanhaltende und die für den Aggressor verlustreichste Kriegsphase werden.«

Die Ärztin Eva-Maria Hobiger weilte für die Aktion »Aladins Wunderlampe« im September 2002 selbst in Basra. Ihr Beitrag »Sterbende Kinder in Basra« macht auf das erschütternde und tragische Schicksal der krebskranken Kinder und der Gesundheitsversorgung im Irak überhaupt aufmerksam. Hobiger: »Das Leben eines irakischen Kindes ist keine 14 Dollar wert.«

Selbstverständlich kommen auch Iraker zu Wort. Mudhafar A. Amin ist ein prominenter Vertreter jener, Botschafter in London. Mudhafar A. Amin: »Wir sind bereit, jedes Problem zu diskutieren, das der britischen, der europäischen und der amerikanischen Seite Sorgen bereitet. Zu meiner großen Überraschung stießen wir auf eine totale Ablehnung jeder Diskussion.« Diese Innenansicht der möglichen Kriegsbetroffenen erschwert es jedem, so leichthin davon zu reden, dass der Diktator Saddam endlich bestraft werden muss.

Zu recht unterschiedlichen Einschätzungen kommen die Vertreter der irakischen Opposition, der eine Hamid Majid Mousa, Kurde und Abd Al-Jabbar Al-Kubaysi, vor kurzem erst in den Irak zurückgekehrt, berichten authentisch vom Innenleben aus dem Irak. Abd al-Jabbar al-Kubaysi: »Irakische Bürger im Ausland haben ihre Heimat auf der Suche nach einem Lebensunterhalt verlassen und keine der Oppositionsparteien hat irgendein Gewicht unter ihnen.« Während Mousa auf die Folgen des Embargos aufmerksam macht, dass »das Embargo gegen das irakische Volk« ... »sofort aufgehoben werden« muss und gleichzeitig aber auch meint, dass das Embargo sogar dem irakischen Regime innenpolitisch nutzt.

Desweiteren findet man in »Bomben auf Bagdad – nicht in unserem Namen« den wenig beachteten zweiten Brief Naji Sabris an die UN vom 23.11.2002 und weitere Analysen zu den ökonomischen Folgen des Krieges. Wobei als Fazit es nicht so sehr auf den Zugriff aufs Öl ankommt, sondern viel wichtiger das US-amerikanische Diktat eines möglichst niedrigen Preises im Vordergrund der Diskussionen stehen sollte. Denn dies Folgen sind unabsehbar: Der russische Staatshaushalt bricht bei einem Preis unter 20 $ pro Barrel zusammen und das OPEC-Kartell wird zerschlagen. Die USA streben einen Preis von 14 $ pro Barrel an.

Besonderes Interesse haben die Herausgeber nach den diversen Erfahrungen der letzten Kriege und dem Umgang mit den Ereignissen um den 11. September auf die Rolle der Medien gelegt. Unter dem vielsagenden Titel »Publizistische Kriegsvorbereitung« wertet Eckart Spoo seine diversen Erfahrungen mit den Medien und deren Rolle bei der öffentlichen Meinungsbildung aus. Sein Fazit: »Dem Feind ein Gesicht geben – das ist das Wichtigste, was Journalisten in Vorkriegszeiten zu tun haben, jedenfalls dann, wenn sie ihre berufliche Verantwortung wahrnehmen und helfen wollen, den Krieg zu verhindern. Aber in den Medien geschieht zumeist das Gegenteil: Man gibt dem »Feind« eine Fratze, macht ihn gerade dadurch zum Feind und lässt ihn nicht zu Wort kommen.«

Weitere Autoren sind Uri Avnery, Ramsey Clark, Luis Mesa Delmonte, Rüdiger Göbel, Bernhard Graefrath, Joachim Guilliard, Willhelm Langthaler, Karin Leukefeld, Dieter Lohaus, Jan ¥Berg, Tobias Pflüger, Werner Pirker, Edelbert Richter und Jürgen Wagner.

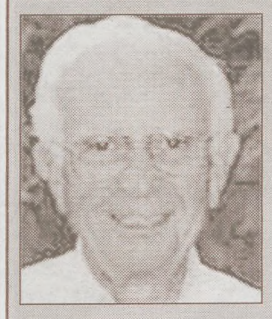
Und auch Sun Tzu hat es schon gewusst: »Der größte Erfolg eines Kriegsherrn
ist die Vermeidung des Krieges«.●

Bomben auf Bagdad – nicht in unserem Namen ist am 13.3. erschienen, 418 S., gebunden, 19 EUR, Kai Homilius Verlag
Weitere Infos unter www.kai-berlin.de

Der antifaschistische US-Interbrigadist Harry Fisher ist tot

Abschied

Vor wenigen Tagen vollendete unser Freund – der Kommunist, Jude, Spanienkämpfer, Internationalist, Friedensaktivist und Autor – Harry Fisher in New York, sein zweiundneunzigstes Lebensjahr. Keine der New Yorker Friedensaktionen fand seit dem von Killer-Bush angekündigten Krieg ohne Harry Fisher statt. So auch am 22.März 2003. Dieser kleine, agile Mann mit den wachen Augen und dem auf alle ausstrahlenden gütigen Feuer des Kämpfers für Gerechtigkeit musste von der Friedensdemo mit einer Herzattacke direkt ins Krankenhaus gebracht werden und verließ uns alle dort für immer.



Sein Tod bedeutet für uns, seine Freunde und Mitstreiter, eine nicht schließbare Lücke, einen tiefen Verlust. Die Generation der Zeitzeugen verliert mit ihm einen weiteren Mitstreiter dessen schlichtes, zutiefst menschliches auftreten ihm stets einen innigen Kontakt zur jüngeren Generation ermöglichte. Im Jahr 2002 hielt sich Harry mehrere Wochen zu einer Lesereise seines Buches »Comrades« in Deutschland auf. Viele Menschen zwischen Hamburg und München lernten einen bescheidenen, zurückhaltenden Menschen mit großer Ausstrahlungskraft und fester innerer Überzeugung kennen. Sein Buch eröffnete besonders der jüngeren Generation einen neuen, ergreifenden Zugang zum spanischen Bürgerkrieg.

Erstmals waren in großer Einfachheit und ohne heroisierende Beschönigungen auch die Ängste eines jungen Kämpfers beschrieben. Eine tiefe Friedenssehnsucht vermittelt dieses Buch eines Menschen dessen eigenes Leben stets Kampf und Auseinandersetzung für Gerechtigkeit und Solidarität gewesen ist. Unmittelbar nach dem 11. September wandte sich Harry warnend an seine deutschen Genossen der offiziellen Kriminalisierungsparanoia zu misstrauen. Seither ist er nicht müde geworden vor neuer Gewalt, vor neuem Krieg zu warnen. Mit klarer, sachlicher Analyse hat er immer wieder die kapitalistischen Interessen offen gelegt. Er verkörperte für uns ein großes Stück Hoffnung und Glaube an das »andere Amerika«.

In diesem Sinne werden wir sein Andenken in Ehren halten. Seinem deutschen Freund und Übersetzer, Ulrich Kolbe, ist es Verpflichtung und Anliegen Harrys zweites vorliegendes Buch schnellstmöglich zu übersetzen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wir ehren Harry indem wir in seinem Sinne weiterkämpfen.

Lesungen seines Buches »Comrades« mit Filmberichten über Harry Fisher in New York können über www.consulteng.de vereinbart werden.●

Interview:

Ein »Verfrühter Antifaschist« auf Deutschland-Reise

Der antifaschistische US-Interbrigadist Harry Fisher hat seine Erinnerungen an seine Erlebnisse im Spanischen Bürgerkrieg publiziert und sich im hohen Alter von 90 Jahren auf Lese-Tour durch Deutschland begeben. Eine Zwischenstation dabei war das Düsseldorfer Kulturzentrum ZAKK. Hier führte die Redaktion der Düsseldorfer autonomen Stadtzeitung terz ein Interview mit Harry Fisher, das wir nachfolgend dokumentieren.

TERZ: *Was für Leute aus den USA sind eigentlich damals nach Spanien gegangen?*

Harry Fisher: Ca. 900 Amerikaner kämpften in den Internationalen Brigaden. Dabei waren Arbeiter, Arbeitslose ganauso vertreten wie Intellektuelle und Leute aus besseren Verhältnissen. Es gab auch bekannte Persönlichkeiten wie beispielsweise Ernst Hemmingway, die uns in Spanien unterstützten. Über 70% unserer Brigade waren Kommunisten. Aber wir hatten auch Sozialisten, Demokraten, Parteilose und Anarchisten unter uns. Einer meiner besten Kameraden und Freunde bei der Lincoln-Brigade war Pat Reid – ein Anarchist durch und durch. Er hasste die Kommunistische Partei und die Sowjetunion. Aber wir haben uns blendend verstanden. Ich habe nie mehr einen aufrechteren Menschen getroffen.

Was waren Ihre Beweggründe, in die Lincoln-Brigade zu gehen?

Ich bin Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation gewesen. Die Kommunistische Partei rief damals dazu auf, Unterstützung für den Kampf gegen den Faschismus in Spanien zu leisten. 30% der Lincoln-Brigade waren Juden. Ich selbst bin jüdisch, allerdings nicht religiös. Ich war entsetzt darüber, was ich in den Zeitungen über Nazi-Deutschland las: Dass Juden auf der Straße angespuckt und misshandelt wurden, dass Linke und Demokraten verfolgt wurden. Als in Spanien die Faschisten eine demokratisch gewählte Regierung stürzten, wollte ich endlich handeln, etwas Praktisches tun, um diesen Wahnsinn zu verhindern. Ich bin zwar Pazifist, aber ich wollte aktiv dazu beitragen, den Faschismus zu bekämpfen.

Im Zweiten Weltkrieg kämpften Schwarze in der US-Army in separierten Einheiten. Wie war das in der Lincoln-Brigade?

Wir hatten zwischen 80 und 100 schwarze Soldaten unter uns. Sie waren angewidert von der Verfolgung der Juden durch die Nazis und sie wollten durch ihren Kampf gegen den Faschismus einen Beitrag leisten gegen rassistische Verfolgung und Unterdrückung. Wir waren die erste soldatische Einheit von Amerikanern, die keiner Rassentrennung unterlag. Viele unserer farbigen Mitkämpfer waren Offiziere. Der erste farbige Kommandeur überhaupt war Oliver Law, der mit uns in der Lincoln-Brigade kämpfte. Er fiel bei der Schlacht in Brunete. Wir errichteten eine Holzplatte auf seinem Grab, auf der stand: Hier ruht Oliver Law, der erste amerikanische Neger, der weiße Amerikaner im Kampf führte.

Wie wurden die überlebenden schwarzen Antifaschisten später zu Hause behandelt?

Eigentlich noch schlimmer als die Übrigen, denn die USA waren schließlich von Rassismus geprägt. Ein Beispiel: Ein schwarzer antifaschistischer Soldat, der 1938 von Spanien zurück in die USA kehrte, ging mit seinem weißen Kameraden der Internationalen Brigaden in ein Restaurant, um dort zu speisen. Er wurde mit den Worten »no blacks« aus dem Lokal gewiesen. Er sagte in einem Gespräch: In Spanien war ich gleich unter Gleichen; hier in den USA bin ich es nicht.

Welches Verhältnis hatte die amerikanische Regierung zu den Brigadisten?

Unser Kampf gegen den Faschismus in Spanien wurde eher als kommunistische Untat statt als antifaschistische Aktion interpretiert. Wir kämpften gegen den Faschismus, bevor die Regierung es erlaubte. Wir kämpften gegen Franco, Mussolini und Hitler, bevor wir dazu aufgefordert wurden. Wir waren sog. »Verfrühte Antifaschisten« – so wurden wir bezeichnet. Unter McCarthy waren wir in den fünfziger Jahren allesamt Verfolgungen ausgesetzt. Es wurde uns vorgeworfen, als Kommunisten einen Umsturz vorzubereiten. Keiner der Leute von der Lincoln-Brigade durfte in den USA einen offiziellen Posten bekleiden. Ich habe meinen Reisepass erst nach 25 Jahren wieder erhalten. Ronald Reagan äußerte später einmal, wir – die Lincoln-Brigade – hätten auf der »falschen Seite« gekämpft.

Viele der überlebenden sog. »Verfrühten Antifaschisten« kämpften später im 2. Weltkrieg gegen die Nazis. Ich selbst war Bordschütze auf einem B-26 Bomber. Meinem Kameraden Herman Bottcher, einem Deutsch-Amerikaner, der vor Hitlers Machtantritt in die USA emigrierte, wurde beispielsweise wegen seines Einsatzes in Spanien die amerikanische Staatsbürgerschaft wieder aberkannt. Am Tag von Japans Kriegserklärung meldete er sich freiwillig zur US-Army und wurde ein Kriegsheld im Pazifik. Es bedurfte eines speziellen Erlasses des amerikanischen Repräsentantenhauses, ihn wieder zum Staatsbürger zu machen, damit er überhaupt zum Hauptmann befördert werden konnte.

Wie sehen Sie die heutige Politik der amerikanischen Regierung?

Sowohl die Demokraten als auch die Republikaner in den USA haben sich nach dem 2. Weltkrieg an Verbrechen schuldig gemacht. Das war nicht nur bei Cuba und Vietnam der Fall; das ist auch heute noch so. Clinton beispielsweise müsste meiner Ansicht nach für den Angriffskrieg auf Jugoslawien als Kriegsverbrecher verurteilt werden.

Was ist es für ein Gefühl heute für Sie, nun durch Deutschland zu touren?

Nach Kriegsende hatte ich jahrzehntelang einen Hass auf die Deutschen. Die Nazis, das waren für mich halt die Deutschen. Meine Großeltern, Verwandten – viele von ihnen sind von den Nazis bestialisch umgebracht worden. Aber nicht nur die Juden, auch andere Unschuldige wurden grundlos ermordet von den Deutschen. Das hat mich erschüttert und verbittert. Meine Kinder fragten mich allerdings: Was ist mit Leuten wie Einstein, Karl Marx oder Rosa Luxemburg – Menschen, die du doch so schätzt. Das hat mich dazu gebracht, nicht mehr pauschal von den Deutschen, sondern von den Faschisten zu sprechen, wenn ich über den Nationalsozialismus rede. Ihr könnt z.B. stolz sein auf die Mitglieder der Ernst-Thälmann-Brigade, die in Spanien heldenhaft gegen den Faschismus kämpften!●

Comrades
Bericht eines US-Interbrigadisten aus dem spanischen Bürgerkrieg
Pahl-Rugenstein Nachfolger, 248 S., 36 DM

John Henry Mackay zum siebzigjährigen Todestag

»Erwarte nichts von denen, die euch regieren.«

John Henry Mackay war Dichter, Schriftsteller, Anarchist und wurde der Sänger der Anarchie genannt. Er war Biograph von Max Stirner und wurde mit seinem Buch »Die Anarchisten«, seinem Gedichtband »Sturm« berühmt. Selbst verstand er sich als Künstler, schrieb Gedichte wie »Auf hebe die funkelnde Schale«, »Morgen«, »In der Campagne«, »Verführung«, vertont von Richard Straus und »Am Wegrand«, eine Komposition von Arnold Schönberg, heute noch weit verbreitet und ein Stück Musikgeschichte.

Von Uwe Timm ● Geboren wurde Mackay am 6. Februar 1864 in Greenock, Schottland, Sohn eines schottischen Vaters, Assekuranzmakler, einer deutschen Mutter, die einer wohlhabenden Hamburger Kaufmannsfamilie entstammte.

Mackay wuchs bei seiner Mutter auf, zunächst in Hamburg und nach ihrer Wiederverheiratung in Saarbrükken. Seine Schulzeit, Gymnasien in Burgsteinfurt und Birkenfeld, hat er nicht genossen, hasste er doch die Disziplin und Routine der Schule, lehnte sich gegen Fächer auf, deren Nutzen ihm nicht klar war. Der Versuch, sich nach der Schulzeit als Verlagsbuchhändler selbständig zu machen, scheiterte, dazu war er nicht geeignet und die Mittel, die seine Mutter zur Verfügung stellte, erlaubten ihm 1884 Student zu werden. An den Universitäten Kiel, Leipzig und Berlin studierte er Literaturgeschichte, Kunstgeschichte und Philosophie, aber er schloss nie ein Studium mit einem Examen ab: »Ich habe nicht ordentlich, sondern nur sehr unordentlich studiert.«

Er zog es vor, 1867 nach London zu gehen, um dort das soziale – politische Leben zu studieren, sich über die deutsche Emigrantenbewegung zu informieren, vertraut zu werden mit den wirtschaftlichen Problemen, worunter er als Individualist litt.

In der Zeit zwischen 1887 und 1888 entwickelte sich Mackay vom reinen Individualisten zum individualistischen Anarchisten und dieses wesentlich durch die Bekanntschaft mit den Ideen des amerikanischen Anarchisten B.R. Tucker. Tucker war Herausgeber der legendären Zeitschrift »Liberty« und sein Essay »State sozialism and anarchism: how far they agree and wherein they differ« hatte ihn beeindruckt, so sehr, dass er B. R. Tucker in den USA 1889 besuchte, woraus dann eine lebenslange Freundschaft resultierte und Mackay widmete posthum seine Bücher »Anarchisten« und »Freiheitsucher« seinem Freund B.R. Tucker. Mackay verkehrte in den Kreisen der deutschen Dichter, war mit Karl Henckel, Bruno Wille, Wilhelm Bölsche, befreundet, kannte die Hauptmanns und die Harts, Richard Dehmel, Frank Wedekind, Erich Mühsam und als er in Berlin seinen 65ten Geburtstag feiern konnte, erhielt er Glückwunschschreiben von Stefan Zweig, Walter von Molo, Erich, Mühsam, Felix Holländer, Wilhelm Bölsche, Walter von Molo, Roda Roda, Alfred Döblin, dem Verleger S. Fischer, vielen anderen und Thomas Mann schrieb u.a. Der Name John Henry Makkay ist ein Klang aus meiner Jugendzeit, der mir nie aus dem Ohr gekommen ist... Es ist mir eine Freude, dem fünfundsechzigjährigen zu seinem Geburtstage herzlich – ehrerbietigen Glückwunsch darzubringen....«

War er bei seinen alten Weggefährten nicht vergessen, musste er nach dem ersten Weltkrieg hinnehmen, als Dichter und Schriftsteller fast vergessen zu werden und zudem verlor er durch die Inflation von 1923 seine materielle Unabhängigkeit. Mackay erhielt 1929 zum zweiten Mal den Preis der Schillerstiftung (Weimar), der Reichpräsident Friedrich Ebert bot Mackay eine großzügige Unterstützung an, die dieser mit der Begründung ablehnte, er nehme kein gestohlenes Geld.

Mackay war als Dichter mit seiner Prosa, seinen Erzählungen, seinem Buch »Anarchisten« erfolgreich, mehr als sein Freund B.R. Tucker, beeindruckte mit seinem Roman »Der Schwimmer«, mit »Zwischen den Zielen«, darin »Der Sybarit«, Erzählung von einem Menschen, der sein Leben wagte zu leben, aber Mackay musste nach Gabriele Reuter, die ihn mit Rudolf Steiner bekannt machte, unverstanden bleiben, ja gehasst werden. John Henry Mackay brachte sich um die Gunst der Sozialisten und auch der kommunistischen Anarchisten. Erbittert reagierte John Most ganz im Sinne seiner Genossen: »Ein passabler Dichter, aber wo er den Mund zu praktischen Vorschlägen aufmacht, fängt das reinste Blech an.«

Mackay's Verbrechen war, er befürwortete im Sinne der amerikanischen Libertären wie Josiah Warren, B. R. Tucker u.a. das Privateigentum als eine unentbehrliche Basis für die wirtschaftliche Unabhängigkeit und damit als eine Voraussetzung für die Unabhängigkeit und Freiheit der Individuen. Er verwarf jeden Zwangskollektivismus und befürwortete freie Vereinigungen, Mutualismus, um so den allgemeinen Wohlstand und Freiheit sowie Sicherheit eines jeden zu stärken. 1891 unternahm er mit seinem Buch »Anarchisten« den Versuch, die Arbeiter vor einem Irrweg zu bewahren, folgerte: »Der Sozialismus ist die letzte Universal-Dummheit der Menschheit. Auch diese Leidensstation auf dem Wege zur Freiheit musste zurückgelegt werden. Dann erst konnte der Gott des Wahnes ans Kreuz geschlagen werden...« Davon wollte in jener Zeit niemand etwas wissen und Mackay war seiner Zeit voraus, vielleicht so sehr, dass ihn der Fall der Mauer 100 Jahre später nicht mehr überraschen konnte. Und Mackay schrieb unter seinem Pseudonym Sagitta (Pfeil) homoerotischen Romane wie »Der Puppenjunge«, »Fenny Skaller«, engagierte sich im Kampf gegen den Paragraphen 175, erlebte den Verbot seiner Bücher »Namenlose Liebe«, musste wegen dieser Strafverfolgung erhebliche Kosten auf sich nehmen.

Trotz zunehmender Not blieb seine Schaffenskraft auch nach dem ersten Weltkrieg ungebrochen. Er vollendete sein Buch »Freiheitsucher«, Psychologie einer Entwicklung, in dem er die Entwicklung zu einer emanzipierten Gesellschaft beschreibt, ihre Alternativen und mit welchen Fragen die Herrschenden, die Etatisten, zu konfrontieren sind, wie es wäre, wenn sich die Menschen für die Freiheit entscheiden: »wenn es wieder eine Lust war zu leben....«

Für den Künstler Mackay besaß das Leben eine besondere Bedeutung, sollte es doch von keiner Tyrannei missbraucht und geschändet werden, aber für den Denker Mackay war klar, die Freiheit braucht Verbündete, Menschen, die sich ihre Freiheit und ihr Leben nicht mehr nehmen lassen. In diesem Sinne schrieb er sein letztes Buch, seine rasante Abrechnung. Am 24. März 1933 schreibt er an seinen Freund B. R. Tucker: »Mein Gesundheitszustand ist schlecht – wie alles hier.« Der Totalitarismus hatte gesiegt, der Kommunismus in Russland, der Nationalsozialismus in Deutschland, in dieser Welt gab es keinen Platz mehr für John Henry Mackay. Er starb, wie Freunde sagten zur rechten Zeit, am 16. Mai 1933 in Berlin und dort liegt er auch auf dem Friedhof in Stahnsdorf begraben.●

Veranstaltung zum siebzigjährigen Todestag von John Henry Mackay am 16. Mai 2003, 19 Uhr in der Bibliothek der Freien, Haus der Demokratie Berlin

MEDIEN IN DRESDEN:

Radio Outaspace rauscht

Verfechter von Recht und Gesetz atmen auf: Das Freie Radio in Dresden sendet (vorerst) nicht mehr.

Uta Knischewski, Redaktion Dresden ● Im Juni vergangenen Jahres begann eine Handvoll Leute, in Dresden auf der UKW-Frequenz 100,9 unter dem Namen *Radio Outaspace* zu senden. Einfach so. Ohne staatliche Genehmigung und Lizenz, werbefrei und lebendig war Outaspace für ein paar Stunden pro Woche ein Sender, der vor allem jüngeren Leuten ein gutes Radioprogramm mit Partycharakter bot. Schon bald wuchs die Zahl der Radiopiraten auf etwa 100 an. Die Outaspace-Zeit erhöhte sich auf 80 Stunden pro Woche und dazu kamen auch politische Sendungen. Auf der Outaspace-Homepage (http://www.radio-outaspace.de.vu/) wurde das Wochenprogramm veröffentlicht, per email konnten die HörerInnen ihre Meinung kundtun. Die Sendeorte und Studios waren geheim und wechselten. Der anfangs allgegenwärtige Gedanke an die Staatsgewalt und die finanziellen Folgen für die illegalen RadiomacherInnen trat jedoch bald in den Hintergrund.

Technisch ist es seit Jahren keine Schwierigkeit mehr, einen Sender im Stadtgebiet aufzuspüren. Dass dies monatelang nicht geschah, deutete auf eine Art inoffizielle Duldung durch die zuständige *Sächsische Landesmedienanstalt* (SLM) hin. Bisher stand Freies Radio im stockkonservativen Sachsen nicht allzu hoch im Ansehen: Es gibt hier offiziell drei Freie Radios: *Radio T* in Chemnitz, *Radio Blau* in Leipzig und *coloRadio* in Dresden. Alle drei müssen sich seit Jahren mit einer Sendezeit von vier Stunden pro Woche begnügen, coloRadio immerhin schon seit 1993! Seit zehn Jahren lehnt die SLM Anträge auf mehr Sendezeit oder gar eine eigene Frequenz für Freie Radios hartnäckig ab mit Begründungen wie »Erstmal die vier Stunden ordentlich machen« oder »Kein Bedarf erkennbar«. Kein Wunder, dass beispielsweise den coloRadio-Leuten von der Radio-Initiative Dresden e.V. inzwischen schon viel Motivation abhanden kam.

In vier Stunden pro Woche ein gutes Lokalradio zu machen, ist einfach unmöglich. Viele Sendungen müssen wochenlang vorher angemeldet, Leute mit Sendungsideen auf irgendwann vertröstet werden. Größere Schwerpunktsendungen sind fast unmöglich. Durch die Fülle an regionalen Informationen kommt die Musik oft zu kurz. Wichtige überregionale Themen können gar nicht behandelt werden. Der Hauptanspruch von Freiem Radio, politisch/kulturell Aktive ungekürzt zu Wort kommen zu lassen, die Grenze zwischen HörerInnen und RadiomacherInnen immer weiter aufzulösen und eine selbstbestimmte Alternative zur verblödenden Massenkultur zu entwickeln, konnte so kaum eingelöst werden. Und trotzdem wuchs die Zahl der Mitglieder und UnterstützerInnen von coloRadio.

Die christdemokratisch dominierte SLM versuchte inzwischen, das Problem Freie Radios auf ihre Art zu lösen. Nach jahrelangen Kriminalisierungsversuchen durch Anzeigen wegen angeblicher Medienrechtsverstöße einschließlich Studiorazzia und Abschaltdrohungen änderte sie plötzlich ihre Strategie, gründete den *Sächsischen Ausbildungs- und Erprobungskanal* (SAEK), stattete diesen mit teurer Technik und ein paar Profis aus und versuchte so, die Freien Radios auszutrocknen. Nur erwies sich ein von oben inszeniertes Projekt, das noch dazu mit einer nahezu unbekannten Kabelfrequenz ausgestattet war, als wenig erfolgreich. Einige SAEK-RadiomacherInnen überlegten zu Jahresbeginn bereits, ob sie nicht lieber zu Outaspace gehen wollen.

Aus dem coloRadio-Frust heraus und aus der Lust, Freies Radio statt Bonsai-Radio zu machen, gab es seit Jahren immer mal wieder kleinere Piratenradio-Aktionen. Aber Radio Outaspace gab erstmals ein Gefühl, wie Freies Radio in Dresden dauerhaft klingen kann und der Erfolg spricht für sich. Die HörerInnen-Gemeinde wuchs ständig und das Gästebuch der Outaspace-Homepage ist voll von lobenden Worten: Endlich mal was hörbares in Dresden! Ein Sender für uns! Macht weiter so! Warum erlaubt die Staatsmacht gutes Radio nicht?

Selbst die bürgerliche Presse wurde nach acht Monaten Outaspace (!) auf die Piraten aufmerksam. Dort stand dann auch zu lesen, dass zwei Anzeigen gegen die OutaspacerInnen gestellt wurden und die Piraten ein Ordnungsgeld bis 500.000 Euro erwartet. Die Dresdner *Mopo* titelte am 4. März sensationslüstern gar auf Seite 1 »Staatsanwalt jagt Dresdner Piratensender«. Vermutlich auch durch diese Medienpräsenz sah sich die SLM nun doch zum Handeln gezwungen.

Auf der Homepage von Radio Outaspace steht seitdem:

Es rauscht...

»Da der Sendestandort von Radio Outaspace am Mittwoch Abend gepeilt wurde, haben wir uns entschlossen, den Sendebetrieb am 07.03. auf unbestimmte Zeit zu unterbrechen. Dies bedeutet nicht das Ende von Radio Outaspace, sondern lediglich eine Neuorientierung. Um unsere Handlungsfähigkeit zu bewahren und aus Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Technikerinnen und Technikern von Radio Outaspace, waren wir nach erneuter Peilung unseres Sendestandortes gezwungen, deren lebenslange Verschuldung zu umgehen.

(...)

Künftig werden sich die Piratenjäger totsuchen und wir notfalls auch wieder aus bitterer Kälte oder sogar aus einem gutgeheizten Studio mit wesentlich besserem, entspannterem Gefühl den Äther bereichern.

erste Aktion: Sa. 12:00 Uhr Frauentag-Radio-Soli-Party Albertplatz, alle Sendungen werden aus dem Äther auf die Straße verlegt kommt alle und feiert mit für ein freies Radio!

zweite Aktion: Seit Freitag etwa 22:00 Uhr senden wir ein vorläufiges Internet-Programm. Zunächst gibts ein Trostprogramm, geplant ist für nächste Woche ein »wirkliches« Internetprogramm.

(...)

Jetzt seid ihr dran! Organisiert Proteste und Soliparties, schließt euch angekündigten Aktionen an, verbreitet Informationen über die derzeitige Situation und macht den Verantwortlichen euren Bedarf an einem wirklich freien unkommerziellen Radio deutlich!

(...)

Tragt euch in unser Gästebuch ein! Macht euch als Hörer bemerkbar! Wir brauchen euch! Oder wollt ihr, dass es weiter nur rauscht!!?

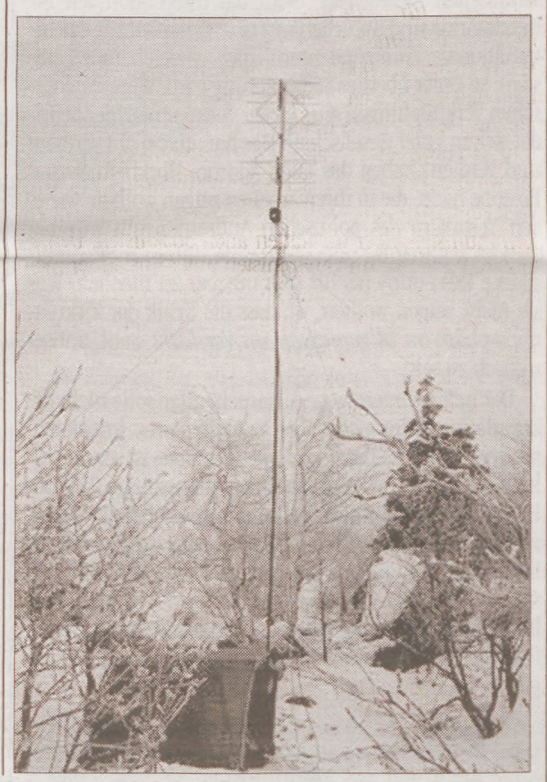
Spendenkonto für Radio Outaspace:
VpKK e.V., Stichwort: Radio, Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl: 850 20 500, Kontonummer: 361 57 00«.

Ob die Leute von Radio Outaspace tatsächlich für ihr Engagement bezahlen müssen, ist fraglich, denn strafbar macht sich nur der, der den Sender einschaltet. Und der ist hoffentlich ebenso unauffindbar wie Fingerabdrücke auf dem Schalter.

Am 13. März gab es statt coloRadio vier Stunden lang Radio Outaspace auf der coloRadio-Frequenz. In verschiedenen Stadtteilen organisieren Radiofans Solipar-

ties. Dies ist also kein Nachruf, sondern ein Neuanfang. Schon seit Ende letzten Jahres treffen sich OuterspacerInnen mit coloRadio-Leuten, um gemeinsam die Radio-Kampagne für eine Vollfrequenz neu zu beleben (http://www.freie-radios.de/kampagne_dresden). Neuerdings sind sogar ein paar Leute vom SAEK-Radio dabei. Geplant ist ein gemeinsamer Sendebeginn sobald wie möglich. Mal sehen, was die Staatsmacht dazu sagt. Andernfalls bleibt ja immer noch ein neues Piratenradio.●

Kontaktadresse coloRadio:
coloRadio Dresden e.V., Jordanstr. 5 HH, D-01099 Dresden
Tel. (03 51) 317 92 25, Fax 317 92 26
E-Mail: coloradio@freie-radios.de
Web: www.coloradio.org



TEILNEHMERINNEN DES FREIWILLIGEN ÖKOLOGISCHEN JAHRES (FÖJ) IN GALIZIEN:

Hilfe vor Ort

Wieder ein Tanker vor der Spanischen Küste gesunken!
Täglich laufen 80 bis 125 Tonnen Öl aus dem Tanker »Prestige«!
Spanische Regierung unternimmt wenig!

So oder ähnlich haben wir in Deutschland von dem Prestige-Unglück im November letzten Jahres erfahren. Doch was bedeutet das für uns? Ist das nur ein »Spanisches Problem«? Wie können wir helfen?

Miriam Batsching, Bad Oldesloe ● »Auch einzelne können viel bewegen«, dachten sich zwei FÖJlerinnen aus Brandenburg und stellten auf dem bundesweiten FÖJ-Treffen im Januar ihre Idee, nach Spanien zu fahren und vor Ort mitzuhelfen, vor. Alle waren sehr begeistert von dem Vorschlag und da die meisten FÖJlerInnen von ihrem Arbeitsplatz aus weder die Zeit noch die Möglichkeiten haben, machten wir von der »Jugend-Umwelt-Projektwerkstatt« (JUP), den Vorschlag, diese Idee in die Tat umzusetzen und die Spanien-Aktion zu planen.

Am 16. 2. 03 starteten zwei Busse, einer in Hamburg und einer in Berlin, nach Nord- Spanien. Insgesamt fuhren wir mit 90 TeilnehmerInnen, vorwiegend AbsolventInnen des Freiwilligen Ökologischen Jahres, für acht Tage nach Galizien, um die zwei spanischen Umweltorganisationen »Sociedad Española de Ornitologia« (SEO) und »Asociación para a Defensa Ecolóxica de Galiza« (ADEGA) bei den Aufräumarbeiten zu unterstützen. Wir, das sind Maike und Miriam und wir machen beide ein FÖJ in der JUP in Bad Oldesloe.

Die Organisation SEO, deren Stützpunkt in Galicien A Coruña ist, kümmert sich vor Ort hauptsächlich um das Wohl der Vögel. Somit war die Aufgabe für die Freiwilligen, die von dem Öl betroffenen, zumeist toten Vögel einzusammeln und Lageberichte der jeweiligen Strände zu erstellen: In Gruppen zu jeweils fünf Freiwilligen wurden einzelne Strandabschnitte der Region A Coruña angefahren und nach verschmutzten und toten Seevögeln abgesucht. Die lebenden Vögel hätten sofort zur Jugendherberge zurückgebracht werden müssen, wo sich Marcial, der Koordinator des SEO-Stützpunktes, weiter um sie gekümmert hätte. Leider wurden in der Zeit, in der die Freiwilligen dort waren, nur noch tote Vögel gefunden. Diese wurden, mit den genauen Angaben zu Fundort und Zeit, in einem Müllsack zur Jugendherberge transportiert, wo sie gesammelt, erfasst und später zur Autopsie in ein Labor gebracht wurden. Da je nach Strandabschnitt bis zu drei Stunden für die einfache Strecke Fahrzeit benötigt wurden, waren die Jugendlichen täglich etwa vier bis fünf Stunden an den Stränden. Gegen 18 Uhr fuhren sie wieder zurück, um zum Abendessen in der Jugendherberge zu sein. Nach dem Abendessen gab es die tägliche Besprechung von SEO, an der alle MietautofahrerInnen, sowie die spanischen Freiwilligen teilnahmen. Marcial befragte alle Freiwilligen nach ihren Funden, sammelte die Listen mit den Daten der gefundenen Vögel ein und verteilte die Strandabschnitte neu.

Innerhalb von drei Tagen wurden etwa 45 tote Vögel gefunden, am häufigsten waren die beiden Arten »Arao« und »Alca« dabei. Marcial erklärte, dass dies im Vergleich zu den vorherigen Monaten ziemlich wenig sei, was aber nicht an der allmählichen Erholung von der Ölkatastrophe liegt, sondern daran, dass der Wind in diesen Tagen vom Inland kam und somit die Vögel zurück auf das offene Meer trieb.

Ich war mit den restlichen Freiwilligen bei der Umweltorganisation ADEGA, die in einer Jugendherberge in Santiago de Compostela untergebracht waren. Dort wurden alle Freiwilligen, u. a. viele Spanier, jeden Morgen von einem Shuttlebus abgeholt, der uns zu einer zwei Stunden entfernten Zwischenstation an der Küste brachte, wo wir Schutzkleidung und Verpflegung erhielten. Mit den nötigen Atemschutzmasken, Handschuhen und Schutzanzügen ausgestattet, ging es weiter zum Strand, um das Schweröl aufzusammeln und in die bereitgestellten Container zu entsorgen. Unsere Arbeit war täglich unterschiedlich, da es verschieden verschmutzte Strände gab.

Einige wirkten oberflächlich relativ sauber, jedoch fanden wir unter dem Sand größere Öl-Schicht-Flecken und versuchten diese auszugraben. Weiter gab es die vorher schon mehrmals gereinigten Strände, an denen die Gischt täglich viele kleine neue Ölklumpen anspülte und man große Mühe hatte, nicht mehr Sand als Öl in seinem Eimer zu bringen. Dann waren da noch die felsigen Strände, die nur schwarz waren. Dort versuchte man das Öl so gut wie möglich mit Spachteln von den Felsen zu kratzten, und beim Wegheben der Steine, die sich dort angesammmelten Ölmassen »wegzuschaufeln«.

Wir arbeiteten täglich vier bis fünf Stunden und danach gab es für alle Freiwilligen von ADEGA (ca. 500 bis 800) in einem großen Zelt warmes Essen. Um ca. 20 Uhr waren wir wieder in Santiago de Compostela.

Insgesamt muss man sagen, dass dieses Projekt sehr erfolgreich verlaufen ist. Unsere Hilfe wurde gebraucht und es gab uns ein gutes Gefühl, einen aktiven Beitrag bei den Aufräumarbeiten in Galizien zu leisten. Das bedeutet aber nicht das wir hier aufhören, und dieses Projekt hiermit abschliessen.

Wir haben mit eigenen Augen gesehen, dass unvorstellbare Mengen Öl angeschwemmt wurden und das Traurige ist, immer noch angeschwemmt werden. Täglich läuft aus der noch nicht vollständig abgedichteten Prestige noch eine Tonne Öl aus! Von den ADEGA HelfernInnen wurde seit November schon 35 000t Öl eingesammelt und es gibt nicht nur diese eine Organisation! Im Meer werden noch ca. 20 000t vermutet. Im Gesamten schätzt ADEGA, dass entgegen den angegebenen 80.000t Öl, mehr als 120.000t im gesunkenen Schiff gewesen sind.

Es gibt an den Stränden noch sehr viel zu tun und es werden immer freiwillige HelferInnen und finanzielle Unterstützung gebraucht, vor allem wenn die spanische Regierung (voraussichtlich) in 3 Wochen das wenige Geld für Ausrüstung, Schlafplätze, Essen, Busse streicht!

Wir von der JUP wollen mit unser Teilnahme an der Strandsäuberung aktive Unterstützung vor Ort leisten und wünschen uns, das mehr Teile der deutschen Bevölkerung das als Anlass nehmen sich auch aktiv oder finanziell zu beteiligen. Wir hoffen das durch strengere Auflagen für den Schiffsverkehr solche Katastrophen in Zukunft ausbleiben.●

JUNGDEMOKRATINNEN/JUNGE LINKE – BUNDESVERBAND:

Draufhauen, draufhauen, draufhauen!

– Und immer an die eigene Szene denken

Nicht attac, sondern die attac-KritikerInnen verkürzen die Kapitalismuskritik – bis zur totalen Bewegungslosigkeit.

JD/JL, Berlin ● Attac ist eine Erfolgsstory. In einer Zeit, in der linke Politik im rot-grünen »Reformprojekt« ersäuft und jeder progressive Ansatz von autoritärer Sachzwangidiotie erschlagen wird, ist attac erfolgreich. Trotzdem (oder deswegen) ist attac Gegenstand harscher Kritik und Ziel heftigster Anwürfe in Teilen des linken Spektrums. Auch in unserem Verband ist umstritten, ob eine Mitgliedschaft in attac opportun sei.

Das Grundübel

Die Politik von attac, so wird immer wieder gerne vorgetragen, basiere auf einer »verkürzten Kapitalismuskritik«. Dies soll zu diversen Übeln führen, je nach Vorliebe des Kritikers.

Übel I: attac als Zentrum des modernen Antisemitismus

Besonders verwerflich sei, dass attac die deregulierten Finanzmärkte kritisiert und so die Produktionssphäre von jeder Kritik ausnähme. So teile attac die Welt des Kapitals in gute und böse Kapitalisten und vollziehe damit die von den Nazis vorgemachte Teilung in raffendes und schaffendes Kapital nach. attac folge also in seiner Kritik antisemitischen Stereotypen, denn die internationalen Finanzmärkte sind natürlich nur eine Metapher für das internationale Finanzjudentum, das, obgleich nicht existent, so Opfer übelster Diffamierung wird. Wem die logischen Verknüpfungen eher locker vorkommen, der befindet sich in guter Gesellschaft. Das hat attac nicht verdient und verdient haben das auch Adorno, Horkheimer und Postone nicht, die in ihren Arbeiten zeigen wollten, wie es den Vertretern des politischen Antisemitismus in einer konkreten Situation gelingen konnte, diffuse antikapitalistische Ressentiments für sich nutzbar zu machen. Was sie nicht zeigen wollten, ist, dass die Kritik der Zirkulationssphäre *im allgemeinen im Verdacht* steht, antisemitisch zu sein.

Der gerne vorgetragene Anspruch, attac solle nicht die Zirkulationsspäre oder »die Spekulanten« kritisieren, sondern lieber die Produktionsverhältnisse, ist schon deshalb barer Unsinn, weil die Zirkulationssphäre Teil der Produktionsverhältnisse ist und als solche der Kritik nicht entzogen werden sollte. Warum aus der Perspektive internationaler Solidarität sich die Kritik der Zirkulationssphäre besonders lohnt, sparen wir uns. Und natürlich hat attac mehr als die globalen Finanzmärkte im Visier. Dies nicht sehen zu wollen, verrät vieles über die Ideologie der KritikerInnen.

Übel II: attac als Agent des Reformismus

Aufgrund der »verkürzten Kapitalismuskritik« hänge attac dem Irrtum an, der Kapitalismus sei reformierbar. attac sei somit zentrales Mittel zur Sozialdemokratisierung der »Bewegung« und Befriedung sozialen Protests, der sich andernfalls in militanten Aufständen Luft machte und, so vermuten wir, das ganze verrottete Schweinesystem hinweg fegte. »Verkürzt« ist allerdings die dahinter stehende Staatstheorie der KritikerInnen selbst: Der Staat als ausschließliches Mittel zur Klassenherrschaft, jede Reform eine naive Illusion. Was bleibt ist die revolutionäre Phrase und der präpotente links-mackerhafte Hang zu Militanz.

Viel ließe sich sagen zu der Frage, weshalb eine radikale Reformperspektive wichtig ist, weshalb sich in konkreten sozialen Kämpfen um einzelne Reformprojekte erst fortschrittliches Bewusstsein bildet und weshalb der bürgerliche Staat als Adressat fortschrittlicher Politik zumindest eine ambivalente Rolle spielt. Hier nur folgendes ins Revoluzzer-Poesiealbum: Es ist ziemlich dumm zu erzählen, die politische Macht käme aus den Gewehrläufen, wenn die andere Seite die Gewehre hat. Und: Keine Revolution ohne revolutionäres Subjekt. Wer im übrigen glaubt, Kapitalismus sei immer nur Kapitalismus, dem empfehlen wir einen kurzen Blick weg aus der eigenen WG-Metropole zum Beispiel nach China oder ein kurzes in memoriam an den faschistischen Kapitalismus in Deutschland.

Übel III: Auf dem Weg zurück in den keynesianischen Wohlfahrtsstaat

attac, die Ursache des Übels ist bekannt, wolle bloß zurück zum keynesianischen Wohlfahrtsstaat und damit zurück zum autoritären Kontrollregime. Erstens: Der Vorwurf ist schlicht unwahr. Wer dies behauptet, will sich mit den Positionen attacs nicht beschäftigen. Zweitens: Menschen, die sich gegen die **zunehmende** Verarmung und den **zunehmenden** Autoritarismus in Sozialstaat und Arbeitswelt wenden, als Besitzstandwahrer eines autoritären Nationalstaates zu beschimpfen, ist neoliberaler Wohlstandskinderzynismus.

Aber warum denn attac?

Attac ist ein pluraler Zusammenschluss. Grundkonsens ist, dass die Globalisierung anhand der Kriterien Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit kritisiert werden muss. Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus und verwandten Ideologien wird eine klare Absage erteilt. In attac erfahren feministische, ökologische, antirassistische, entwicklungs-und friedenspolitische Inhalte eine Revitalisierung.

Der Verbandsjargon »in den Diskurs intervenieren« verweist auf unser Selbstverständnis. *Jungdemokratlnnen/Junge Linke* (JD/JL) begnügen sich nicht damit »alles gleich scheiße« zu finden, sondern thematisieren ihre Vorstellungen einer besseren Gesellschaft anhand konkreter Forderungen, Analysen und Utopien. Statt sich mit weißer Weste und »richtiger« Theorie aus sozialen Auseinandersetzungen herauszuhalten, sehen JD/JL die Notwendigkeit, auch mit Bündnispartnern zu kooperieren, die die »falsche« Theorie verfechten, mit denen wir uns aber durchaus auf gemeinsame politische Plattformen einigen können.

Weil der gesellschaftliche Zustand kein naturgegebenes Schicksal ist, sondern Ergebnis sozialer Kämpfe, wollen wir Teil dieser Auseinandersetzungen sein. Hier setzen JD/JL auf eine Politik, die eine Perspektive der Verbesserung konkreter Lebensverhältnisse mit einer radikalen Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse verbindet. Es gilt, eine Hegemonie für linke Reformprojekte zu organisieren. Dabei spielen politische Lern- und Erfahrungsprozesse, die sich nicht auf der Couch anlesen lassen, eine große Rolle. Sie mitzumachen, ist eine wichtige Aufgabe unseres Jugendverbands.

attac wird diesen Ansprüchen gerecht. Das Netzwerk bietet Räume für Auseinandersetzung, politische Lernprozesse. Es betreibt Mobilisierungspolitik anhand politischer Forderungen, die größtenteils unseren normativen Maßstäben gerecht werden.

Eine Politik der demokratischen und sozialen Re-Regulierung ökonomischer Prozesse wie sie von uns eingefordert wird, ist eines der Hauptanliegen von attac. Dieses Projekt zu stärken und emanzipatorisch zu gestalten, können wir nur qua aktiver Mitarbeit verwirklichen. attac ist umkämpftes Terrain, auf dem sich die Linke formieren und endlich wieder gesellschaftliche Relevanz entfalten könnte. Und zwar deshalb, weil sie aufhört, sich als eine Ansammlung autonomer Tutorien zu gerieren, die um die beste monokausalen Welterklärungstheorie streiten. Ob es einem passt oder nicht: attac ist der Kristallisationspunkt der Bewegung. Wer seine Positionen in attac nicht wiederfindet, muss sich, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt fragen lassen, warum er sich nicht bemüht hat, genau diese Positionen bei attac einzubringen.

Ein Nachtrag zum Schluss: Es drängt sich uns der Eindruck auf, dass es letztlich der Erfolg von attac ist, der den linksradikalen Abwehrreflex hervorruft. Es ist das linke Sektierertum, das die Welt und seine Menschen nicht als Gegenstand gesellschaftlicher und eigener politischer Veränderung, sondern bloß als FeindInnen der eigenen politisch rationalisierten Organisation von Nischen begreift. Es gilt der Dreisatz linken Escapismus: Politik = gemeinsames Handeln von vielen = Masse = Deutschland = Faschismus.●

Einladung für die 6.Salecina Tagung »Zur Zukunft der Arbeit«

Konfliktkultur und Entscheidungsstrukturen in kooperativen Organisationen

Konflikte in Gruppen verzehren enorme Mengen an Zeit, Geld, Kraft, Gesundheit, aber auch Vertrauen und Freundschaften. Andererseits sind sie in einem gewissen Maß notwendig, um in der Auseinandersetzung mit der »Außenwelt« Entwicklung zu ermöglichen. Gerade kooperative Organisationen, die sich trotz aller Arbeitsteilung doch letztlich auf das Prinzip der Transparenz und Gleichberechtigung beziehen, haben Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit verschiedenen Blickwinkeln, die in hierarchisch organisierten Betrieben ohne breite Mitbestimmung und auf der Basis des Vorenthaltens von Information niemals zum Tragen kommen können. Unter Berücksichtigung des gender-Aspekts sollen die Erfahrungen sowohl mit den Entscheidungsstrukturen als auch mit Konflikten in diesem Seminar zusammentragen und gemeinsam ausgearbeitet werden. Die Aufgabe der Tagung besteht in folgender Zielsetzung:

- Überblick über verschiedene Arten und Weisen des Umgangs mit Entscheidungsproblemen und Konflikten;
- Versuch einer Benennung oder Kategorisierung der Probleme in Entscheidungsstrukturen und bei Konflikten;
- In groben Umrissen Herausfinden von Modellen zur Entscheidung und Konfliktlösung als Vorschläge für den Umgang mit den angesprochenen Problemen.

Diese Tagung löst keine konkreten Konflikte und bietet keine Patentrezepte. Sie hat lediglich die Zielsetzung, die Bereitschaft für die rechtzeitige Wahrnehmung und Behandlung von Problemfeldern zu steigern, die Sicht auf die Probleme mit den Erfahrungen anderer Teilnehmer zu verbinden, und zu sehen, was sich aus verschiedenartigen Erfahrungen lernen lässt. Für den Bereich »Konflikte« gibt es das Buch »Knatsch, Zoff und Keilerei« von Andrea Gerth und Elmar Sing. München 1992.

Charakter der Tagung und Arbeitsweise

Es handelt sich um ein deutsch-italienisches Seminar mit Simultanübersetzung. Kulturelle Unterschiede werden sichtbar an »Übersetzungsschwierigkeiten« und können neue Aspekte auf die je eigenen Umgangsweisen eröffnen. Anhand von konkreten Beispielen (die im Falle der Konflikte zeitlich zurückliegen) sollen gemeinsam in gemütlicher und konzentrierter Atmosphäre Einsichten allgemeinerer Art erarbeitet werden. Die Auswirkungen von eingeübten Geschlechtsrollen werden in die Betrachtung eingeflochten. Ergänzt werden die Vorträge durch die Erfahrungen der Teilnehmenden. Es geht eher darum Gedanken zu verbinden, einen Baustein auf den anderen zu setzten als möglichst viel aufzuzählen.

Termin: 29. Mai bis 1. Juni 2003, deutsch-italienisch

VertreterInnen folgender Betriebe berichten aus ihrer Praxis: ARCI, Nuova Associazione, Pavia – Centro Sociale Leoncavallo, Milano – Wagner & Co Solartechnik GmbH, Cölbe – Stiftung Salecina, Bildungs- und Ferienzentrum, Maloja

Veranstalter:
Verein Soziale Ökonomie Basel, ARCI – Associazione Culturale e Ricreativa Italiana, Pavia, Agenda 21 Fürth

Organisation und Leitung:
Andrea Membretti, Hans-Georg Heimann, Henning Meumann

Information & Anmeldung:
Stiftung Salecina, Bildungs- und Ferienzentrum, CH-7516 Maloja
Tel. 081 824 32 39, Fax 081 824 35 75
www.salecina.ch

Zeitungsprojekt begonnen

Politisch diskutieren und Zeitung machen

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, ist das eigentlich ein Thema in der Region Nordvorpommern-Stralsund? Eine Gruppe von jungen Zeitungsmachern will zumindest aus der Frage ein Thema machen.

Andreas Küstermann, Red. Mecklenburg-Vorpommern ● Dafür wurde diese Woche im Stralsunder Speicher am Katharinenberg die Projektzeitung FF.REX ins Leben gerufen. Der Titel ist Programm. Denn er entstammt einem behördeninternen Kürzel für eben jenen Tatbestand. Diesen möchte sich auch die wöchentlich tagende Redaktionsgruppe zum Thema machen. Sie trifft sich derzeit wöchentlich möchte bis spätestens im April die erste Ausgabe von 2.000 Exemplaren zur Verteilung bringen. Motivation bei den Teilnehmern im Alter zwischen 16 und 25 Jahren ist jedoch auch das reinschnuppern in Medienarbeit, aus der drei Fachleute anhand des konkreten tuns Fragen beantworten können.

Auf dem Foto erklärt Grafikerin Simone Wagner einer Gruppe von Teilnehmern wie Johannes Krüger und Steffen Kraska Details aus dem Programm Pagemaker.

Das aus dem europäischen Sozialfonds geförderte Projekt der Produktionsschulen Zarrendorf bietet neben der Zeitungsproduktion medieninteressierten Jugendlichen Einblicke in erste Grundlagen an, ob es nun der Druck auf einer Heidelberg Offset-Maschine ist, Arbeit am Lay-Out oder die Debatte um Themen in einer Redaktionsgruppe. Dazu stehen eine Grafikerin, ein Drucker und ein Journalist stundenweise zur Verfügung. Neben eigenständigen Arbeiten ist fester Treffpunkt für weitere Interessierte vorläufig dienstags um 15.30 Uhr im Stralsunder Speicher am Katharinenberg.

Foto: Andreas Küstermann

Mecklenburg-Vorpommern, das vor allem durch die Angriffe eines Mobs auf das Rostocker Sonnenblumenhaus 1993 traurige Berühmtheit erlangt hat, fällt immer wieder durch Rechtsextreme Vorfälle auf. Andererseits haben sich viele lokale Gruppen gebildet, die an dem Thema positiv arbeiten und überregional ist die Initiative Bunt statt Braun aus Rostock als breites Bündnis am bekanntesten.●

Moderne Herrschaft erkennen

Entscheidungsfindung

Setz die Herrschaftsbrille auf!

O.K. Wenn ein Bullenknüppel gesaust kommt, ist das irgendwie klar mit dem Herrschaftsverhältnis. Und wenn ein Richter Dich verknackt, weißt Du auch, was los ist. Oder wenn Deine Eltern (so Du noch zuhause wohnst oder sonst wie abhängig bist) klarmachen, dass Weihnachten nicht weggefahren wird oder es mit der Ausbildung so nicht weitergehen kann, hast Du meist auch schnell klar, wo »Oben« und »Unten« ist im jeweiligen Fall.

Redaktion Umweltschutz von Unten ● Zwar ist oft das Ärgern und die hastig dahingesprochene Parole gegen das Scheißsystem alles, was Du dagegen hinbekommst – Überwindung von Herrschaftsverhältnissen wirkt dagegen so kompliziert und außerdem ist mensch auch selbst immer wieder das »Oben« in einer Situation, was ja irgendwie auch ganz cool ist usw. Aber immerhin: Das Gefühl trügt nicht.

Wenn Herrschaft dagegen moderner daherkommt, wird es schwieriger. Moderne Herrschaft verdreht das Denken. Es manipuliert, richtet auf bestimmte Wahrnehmungsmuster zu und verschleiert dahinterstehende Strukturen und Interessen. Von den »Großen ist das bekannt. In den hinsichtlich der Herrschaftsideologie noch um einige Jahrzehnte zurückhinkenden fundamental-religiösen Staaten dieser Erde wird bei der Mobilisierung zum Krieg noch mit dem alten Hurra-Gebrüll geworben. Die einige Jahre zurückliegende US-Regierung ist zwar schon besser, aber beim »Kampf gegen das Böse« ist doch

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

die Begeisterung für Macht, Mord und Totschlag recht deutlich zu erkennen. Auf der Höhe der Zeit sind dagegen vor allem europäische Staaten sozialdemokratischer Muster, am besten mit grüner Schmierung. Dort ist Krieg dann »Nie wieder Auschwitz« oder einfach eine »humanitäre Maßnahme«.

Wie im Großen, ist es auch im Kleinen. Dieser Text soll einen Blick in politische Bewegung oder andere soziale Verhältnisse im Alltag werfen. Dort tummeln sich veraltete und modern-elegante Menschen in den jeweiligen Machtstrukturen. Und wer nicht hinguckt, merkt gar nicht, wie er/sie immer wieder zum Schaf in einer gut organisierten Schafherde wird – selbst oder gerade dann, wenn das Vokabular und der äußere Rahmen genau das Gegenteil suggeriert (d.h. in die Köpfe bringt).

Fangen wie mit einigen Beispielen an. Camps, Kongresse usw. haben heute meist den hehren Anspruch auf Hierarchiefreiheit und Gleichberechtigung. Alles andere könnte ja zu Widerständigkeit führen. So heißt es oft »hier können alle ihre Ideen umsetzen«. Klingt gut. Aber können sie das wirklich gleichberechtigt? Haben also alle die gleichen Möglichkeiten, für ihre Ideen Ressourcen zu nutzen (Technik, Räume, Geld oder was auch immer gefragt sein könnte)? Haben alle die gleichen Möglichkeiten, ihre Ideen auch bekannt zu machen?

Ebenso wird viel von Basisdemokratie geredet. Das soll allen gleiche Mitbestimmungsmöglichkeiten verschaffen. Als Wunderwaffe wird der Konsens hinzugefügt. Jede und jeder kann nun per Veto etwas verhindern, was ihm/ihr nicht passt. Klingt gut. Aber wer hat den Status Quo bestimmt, also die Ausgangs-Rahmenbedingungen, die nun nur noch per Konsens geändert werden können? Ganz moderne Ideen kommen meist von denen, die sich herrschaftsfrei geben, z.B. die MacherInnen des Jugendumweltkongresses. Da wird viel herumexperimentiert. Das Ganze bereitet eine Orga-Gruppe vor. Die ist natürlich offen und ruft dazu auf, dass alle ihre Ideen einbringen können. Wer das praktisch ausprobiert, kann erleben, dass von der Vorbereitungsgruppe nicht gewollte Sachen halt mal verloren gehen oder noch ausdiskutiert werden müssen (bis ca. 2043?). Zu Beginn des JUKss löst sich die Orga-Gruppe dann auf. Doch das, was sie beschlossen haben, gilt nun. Geändert wird es im ach so turbodemokratischen Konsensverfahren. Oder durch die Herrschaftsbrille: Jede Person aus dem Ex-Orga-Team kann per Veto verhindern, dass noch was verändert wird an den Strukturen. Moderne HerrscherInnen machen das nicht so auffällig, zeigen sich offen oder lassen andere Vetos einlegen. Oder sie kontrollieren die Fragestellung. Das strukturkonservative Konsensverfahren (stärkt das Bestehende gegenüber dem Veränderung Anstrebenden) wird oft in Broschüren erklärt, doch das entscheidende wird »zufällig« immer vergessen. Es kommt schlicht auf die Fragestellung an. Wissen die Eliten, die Konsens und Basistümelei lieben, weil sie dort so schön verdeckt agieren können, natürlich. Aber erzählen es lieber nicht weiter. Wer also was Bestimmtes will, sorgt dafür, dass die Frage andersherum gestellt wird und dann dafür, dass jemand ein Veto einlegt.

Oder am Beispiel: Einige Menschen sind der Meinung, dass eine Gruppe oder Einzelperson rausfliegen soll. Damit erst mal nicht auffällt, dass es sich dabei immer um Repression handelt, wird herumgesäuselt, dass da Menschen es mit denen oder dem oder der nicht aushalten usw. Gehört dazu. Im Blick durch die Herrschaftsbrille das übliche Warmlaufen für den formalen Akt. Dann die Abstimmung – es kommt auf die Fragestellung an. Heißt sie: »Darf X dableiben?«, führt ein Veto zum Rausschmiss. Also wird alles getan, um die Frage so herum zu formulieren. Es könnte ja sein, dass gezielt oder zufällig jemand die Frage andersherum stellt: »Muss X gehen?« Das würde wohl nicht klappen. Also käme dann ein Geschäftsordnungsantrag, irgendwelche Verwirrungsaktionen per Handzeichen oder was auch immer. Die Eliten würden agieren. Durch die Herrschaftsbrille: Lohnenswert ist, wer sich in Redebeiträgen auf wen bezieht, wie mit Handzeichen Stimmung gemacht wird. Für die ganz Harten: Eine Gruppe mit bestimmten Interessen ... alle melden sich gleichzeitig bzw. stellen sich am Mikrofon an. Dann kommt ein Antrag auf Ende der Redeliste. Scheinbar alles zufällig ...

Der Blick durch die Herrschaftsbrille offenbart so einiges. Wenn jemand sagt »es ist besser für Dich, wenn ...« ist das die verklärte Form von »Tu das«. Das ist Manipulation und Verschleierung, verdeckte Bevormundung. Herrschaft ist es dann, wenn es mit unterschiedlichen Handlungs-? oder direkten Durchsetzungsmöglichkeiten verbunden ist, wozu neben formalen auch solche der mentalen Beeinflussung, Abhängigkeit bis zu psychischer und physischer Überlegenheit gehören. Schlaue Bullen sagen: »Würden Sie bitte mitkommen?«, wenn sie eineN verhaften. Es lohnt sich, durch die Herrschaftsbrille zu gucken. Es ist eine wichtige Aktionsform, Herrschaft im ersten Schritt zu demaskieren. Also den Bullen zu zwingen: »Sie sind verhaftet, kommen Sie mit!« zu sagen und das vielleicht zu kommentieren mit »So ist es schon klarer, jetzt wird die Herrschaft wenigstens deutlich«. Oder dem/der LehrerIn immer wieder deutlich machen: »Das können Sie nur verlangen, weil Sie Durchsetzungsmöglichkeiten haben«. Vor Gericht, gegenüber Eltern, Behörden, Gruppenleitungen mit Hausrecht usw. ist das immer wieder möglich, darauf hinzuweisen.

Das gilt auch für die Verklärung durch Basisdemokratie. Auch Entscheidungen in Plena oder irgendwelchen anderen zentralen Gremien (Koordinierungsgruppe, SprecherInnenrat, Blütenmodell oder was auch immer da rumprobiert wird) basieren auf Herrschaft. Wenn Du einen AK anbieten, eine Aktion machen oder sonst etwas verändern willst am Bestehenden – warum sollen darüber überhaupt andere entscheiden? Und was steckt an Machtstrukturen dahinter? Wenn Du Dich dem Beschluss widersetzen würdest, was würde passieren? Vielleicht eine eigene polizeiähnliche Truppe (wie auf Camps im Sommer 2002 geschehen)? Oder die Akzeptanz des Faustrechts, ausgeführt von Einzelnen gegen-

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

über den vom Kollektiv Geächteten? Vielleicht auch die zu Hilfe gerufene Polizei, die dann auf Basis des Hausrechts oder auch der eigenen Willkür agiert? Dann wären immer Herrschaftsmomente hinter der noch so verschleierten Rhetorik von Basisdemokratie und Gleichberechtigung.

Überhaupt: Kollektive Strukturen, also die Organisierung von Einheitlichkeit (es sprechen einige für alle, alle entscheiden über alles usw.) sind geradezu optimiert für die Dominanzausübung durch Eliten. Besser als Demokratie, wo die jeweiligen Herrschaftsausübenden klarer erkennbar sind. Und viel besser als in Verhältnissen der Autonomie aller Teile und der gleichberechtigten Kooperation zwischen ihnen – weil es dort gar keine übergeordnete Sphäre mehr gibt. Niemand redet für alle oder das Ganze, niemand regelt etwas für alle oder das Ganze – weder Vorstand noch Koordinierungsgremien, noch Pressegruppe, noch das Plenum.

»Wir wollen alle an Entscheidungsfindungen beteiligen, so das eine für alle tragbare Lösung zustande kommt (Konsensprinzip)« verspricht die Werbezeitung zum Jugendumweltkongress 2002/03. Klingt gut, ist es aber nicht. Durch die Herrschaftsbrille sieht das anders aus: Warum sollen alle entscheiden und warum soll alles für alle tragbar sein? Was ist damit, dass große Strukturen immer wieder informelle Dominanzen und Eliten fördern? Sind es nicht immer wieder die modernen Eliten in politischen Bewegungen, die kollektive Strukturen organisieren, weil sie in der Herde gut agieren und gestalten können, während mehr autonomieorientierte Strukturen dazu führen, dass es ein Nebeneinander mehrerer Organisierungsformen geben kann? Ganz davon abgesehen, dass in großen Strukturen meist nur kleinere Kreise wissen, welche Möglichkeiten bestehen. Auf dem Jugendumweltkongress 1999 verhinderte das Veto einer Person (hochstrategisch eingesetzt) das Absenden einer Presseinfo, weil diese Angst hatte, dass dadurch eine missbilligte Aktion (Tortenwürfe auf Expo-Manager) bekannt würde. Basisdemokratie und Konsens gaben der einen Person diese Macht. Autonomie und Vielfalt hätten dazu geführt, dass die Debatte entweder überflüssig gewesen wäre oder ohne Entscheidungszwang geführt worden wäre, weil ohnehin klar wäre, dass Presseinfos immer im Namen derer herausgehen, die sie schreiben und mittragen – also in der Regel nie alle.

Widerständig werden: Rahmenbedingungen hinterfragen!

Herrschaftsfreiheit setzt sehr vieles voraus, unter anderem:

- Abbau von Zurichtungen auf bestimmte Rollen und Erwartungshaltungen (Geschlechterrollen, Erwachsene-Kinder, CheckerInnen usw.)
- Zugang für alle zu allen vorhandenen Ressourcen (kein Hausrecht, keine Passwörter, keine für Teile verschlossenen Türen, keine intransparenten Außenkontakte des Projektes wie Presseverteiler/-kontakte ohne Zugänglichkeit für alle usw.)
- Zugriff auf Wissen, Informationen und Erfahrungen so organisieren, dass er für alle zumindest theoretisch möglich ist und transparent wird, wie er möglich ist.
- Freiheit der Einzelnen zu handeln in Freien Vereinbarungen mit allen oder allen Interessierten, d.h. Autonomie und Transparenz
- Kein Zwang, sondern immer die freie Vereinbarung

Wer die Herrschaftsbrille aufsetzt, blendet die Rahmenbedingungen immer ein. Dann sieht plötzlich einiges anders aus. Und zwar ziemlich krass. Alle Beispiele aufzuzählen, ist gar nicht möglich, aber es lohnt sich, immer zu üben, d.h. immer die Herrschaftsfrage zu stellen.

»Ich bin für eine Redezeitbegrenzung, damit niemand so dominant reden kann.« KANN gut gemeint sein. MUSS aber nicht. Meist ist es für Eliten nämlich günstig, wenn es Redezeitbegrenzungen gibt. Sie sind geschulter, die Zeit einzuhalten und sich die Redebeiträge aufzuteilen. So können sie im Wechsel auch viel länger reden, während Menschen, die nicht so geübt sind, dominant zu agieren (oder das nicht wollen), das nicht können. Das kann ziemlich weitgehend sein: Auf den skandalösen Plena des Castor-Widerstandes im Nov. 2002 in Lüneburg (siehe www.projektwerkstatt.de/aktuell/castor/castor_lueneborg.html) redeten fast die gesamte Zeit Personen aus den Vorbereitungsgruppen. Immer schön abwechselnd – insgesamt eine Stunde oder sogar mehr. Danach durften auch andere drankommen, aber das Ganze fiel kaum auf. Als auf einem Plenum eine Kritik an diesen Dominanzverhältnissen benannt werden sollte, kam sofort der Antrag auf Redezeitbegrenzung von zwei Minuten. Gegen eine Person, die bis dahin noch gar nichts gesagt hatte (allerdings klappte der Antrag nicht, es hatten einige die Herrschaftsbrille aufgesetzt ...).

»Das sollten wir aber im Konsens entscheiden« heißt meist schlicht: Ich will das nicht. Aber das sage ich nicht, sondern organisiere einen möglichst komplizierten Prozess. Konsens ist ein Gift gegen »Alle können machen, was sie wollen«. »Ich finde Deine Ideen ja gut, aber« ... ist auch eher ganz platt ein »Nein, läuft nicht«. Ebenso wie »das haben wir aber anders beschlossen« oder »das geht jetzt aber nicht«. Ganz ähnlich wirken die typischen Dominanzen der Marke »Generationenkonflikt«, also von »das haben wir auch schon probiert« oder »das war aber nicht so vereinbart«. Das muss nicht Herrschaft

Fortsetzung auf Seite 8

Streitkultur

Entscheidungsfindung

Fliegende Fetzen

– Emanzipatorische Streitkultur und die Steine im Weg dahin

»Was ist Streit? Streit ist eine sehr intensive Interaktion zwischen Menschen, eine Aus-ein-andersetzung mit mir und anderen – die nicht per se als »Gegeneinander« abgestempelt werden kann, wie es HarmoniesiererInnen teilweise tun.«

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Intro

Streit und Konflikte gehören zu Gruppenprozessen von unten selbstverständlich dazu – und das ist auch gut so! Ein Blick auf die derzeitigen Bewegungszusammenhänge verdeutlicht aber schnell, dass eine emanzipatorische Streitkultur nicht existiert: Anonymisierte Schlammschlachten; Leute, die sich einfach nur anpöbeln; Mackertum und Hahnenkämpfe. Daneben gibt es eine starke Tendenz, Konflikte zu verteufeln und statt dessen zu harmonisieren bis zum Abwinken ...

In diesem Text soll analysiert werden, warum Streit in der Szene so destruktiv verläuft und warum Harmonisierung niemals eine Lösung sein kann. Im Gegenzug versuche ich zu begründen, warum Streit ein wichtiges Element unseres Zusammenlebens und einer gegen Herrschaft gerichteten Bewegung ist. Und dann noch ein paar Anregungen zur Frage, wie eine herrschaftsfreie Streitkultur denn aussehen könnte.

Um einen falschen Eindruck zu vermeiden: Bedürfnisse nach Gemeinschaft und harmonischem Zusammenleben sind vollkommen in Ordnung und sollten auch offen ausgesprochen werden – absolut gesetzt bzw. als Selbstzweck ist beides politisch und persönlich fatal.

Streit um Harmonisierung

In Teilen politischer Bewegungen gibt es eine bis heute anhaltende Tendenz zur Harmonisierung. Harmonisierung meint: Streit wird zur Bedrohung für den Zusammenhalt der Gruppe aufgebaut und verklärt, denn real sind es ganz andere Probleme, die unser Zusammenleben unerträglich machen, wie z.B. Anonymisierung, patriarchale Rollenmuster, oder fehlende Sensibilität. Inhaltliche wie persönliche Auseinandersetzungen werden einer fragwürdigen »Wir«-Identität geopfert, einem Gemeinschaftsdenken, dass von jedem emanzipatorischen Anspruch abgekoppelt wird. Konflikte werden verdeckt statt ausgetragen. Es wird ein harmonischer (Quasi-)Naturzustand konstruiert, der durch Konflikte »verschandelt« und zerstört wird. Wer Probleme offen thematisiert, wird zum Feind des verlogenen, harmonischen Zusammenlebens, unter dessen Deckmantel sich Abzocke, Verarschung und Unterdrückung abspielen.

Dazu passt auch ein esoterischer Boom seit Mitte der 70er, spürbar auch in linken Zusammenhängen: etliche Bücher, Seminare, Workshops, die uns raten, sich mit dem »eigenen Inneren« zu beschäftigen, »inneren Frieden zu finden«. Statt der Verbindung von Selbstveränderung mit sozialer Umwälzung werden die Einzelnen auf sich allein zurück geworfen. Nicht in allen, aber in den Mainstream-Esoteriken werden Aggressionen, Wut, Hass und Konflikt als »böse« definiert und verdrängt, als gehörten sie nicht zu uns. Folge ist oft eine Ent-Politisierung, der Rückzug ins Private (Zweierkiste, Familie usw.).

In den 80ern entwickelte Techniken zur Harmonisierung tauchen dabei immer häufiger in allen Bereichen der Gesellschaft auf – die »linke« Szene ist da keine Ausnahme: Moderation, Mediation, Beschwichtigungsrhetorik (»Jetzt streitet euch doch nicht so«) und Konsensfixierung auf Sommercamps, überregionalen Treffen und Plena. Techniken, die längst zum Repertoire moderner, demokratischer Herrschaftssicherung gehören, d.h. von staatlicher Seite bewusst eingesetzt werden, um gesellschaftliche Widersprüche und (Klassen-)Gegensätze zu entschärfen (z.B. Ausbau Frankfurter Flughafen).

Die Folgen von Harmonisierung grundsätzlich sind immer ähnlich: Aggressionen werden unterdrückt und verdrängt. Ärgernisse summieren sich. Sehr häufig kommt es dann irgendwann zum großen Knall, bei dem sich aufgestaute Wut »entlädt« und Zusammenhänge bzw. persönliche Beziehungen auseinander krachen. Die Kritik ist aber noch weitergehender:

Kritik an Harmonisierung

- Nicht-Umgang mit Konflikten: Harmonisierung ist in jedem Fall ein Nicht-Umgehen mit Konflikten, die dämonisiert, zugekleistert und verdrängt werden – nicht aber gelöst oder produktiv ausgetragen! Indem Probleme, Aggressionen und Zoff immer wieder verdrängt, abgeschoben werden, werden sie gerade unlösbar gemacht. Konflikte, die aus dem Bewusstsein verbannt werden, verselbständigen sich, wie sich später dann in eingefahrenen Verhaltensmustern zur Konfliktbearbeitung zeigt; immer schwieriger wird ein bewusster Umgang.
- Gemeinschaftszwang: Das ständige Überbewerten von Gemeinschaft, Einheit und Konsens erzeugt einen Anpassungsdruck auf die Einzelnen. Eigenwilligkeiten, Kreativität und kritische Positionen werden verdrängt und unterdrückt, ebenso wie Wut, Hass und Aggressionen. Und dass steht der Selbstentfaltung einzelner wie aller entgegen.
- Verschleierung von hierarchischen Strukturen: Harmonisierung stützt Hierarchien und Herrschaft, weil sie nicht mehr thematisiert werden (dadurch logischerweise aber nicht wegfallen).
- Ent-Politisierung: Harmonisierung kann zur Ent-Politisierung führen, wenn es nur noch abstrakt um »Gemeinschaft« geht.

Gründe für Harmoniesucht

Bei »CheckerInnen« mit heraus gehobenen Positionen stecken oft Herrschaftsinteressen dahinter: Unter Rückgriff auf das Zerrbild einer »harmonischen« Gemeinschaft und Harmonisierungstechniken kann eine diskussionsfeindliche Atmosphäre erzeugt werden, in der sie ihre Interessen viel besser, reibungsloser von oben durchsetzten können. Die Betonung von Konsens als einzig denkbarer Entscheidungsmethode suggeriert dabei Gleichberechtigung. Bei den meisten Menschen liegen reale, verinnerlichte Ängste (z.B. vor Spaltung und Kritik) der Harmoniesucht zu Grunde. Durch Erziehung und Sozialisation haben viele von uns ein einengendes Richter- bzw. Bewertungsdenken drauf (»Was denkt der jetzt wohl über mich?«). Dieses zu überwinden ist ein Akt der Emanzipation von der Beurteilung durch andere, der jedoch nur Schritt für Schritt ablaufen kann und im Moment der Auseinandersetzung einer grundsätzlichen und mehr oder minder stark zum Ausdruck gebrachten Wertschätzung durch andere Bedarf. Bei allen Streitigkeiten und Diskussionen sollte daher mitgedacht werden, dass es darum geht, konkretes Verhalten oder bestimmte Vorgänge, Abläufe usw. zu kritisieren, nicht, Menschen in ihrer Ganzheit anzugreifen – auf allen Seiten. Dazu gehört z.B. sensibles Formulieren von Wahrnehmungen statt verurteilend wirkenden Objektivierungen. Ebenso wichtig ist zu lernen, Kritik nicht als Angriff auf die eigene Person zu begreifen und deshalb »dicht« zu machen, sondern als solidarisches und konstruktives Moment des Zusammenlebens und Chance zur Selbstveränderung. Aus diesen Gründen ist es wichtig, eine freundschaftliche Atmosphäre herzustellen, zu erleben und sich gegenseitig zu vermitteln, unabhängig vom konkreten Tun »ok« zu sein. (Weiterführende Gedanken Vorschläge und Ideen finden sich im Kapitel »Kommunikation« des Organisierung »von unten«-Protokolls – siehe: http://www.hoppetosse.net)

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 7

sein, dann aber bedürfte es einer Begründung, die dann auch der eigentliche Inhalt ist. Bleibt es bei der Abwehrphrase, ist es ein Versuch von Dominanz.

Klassiker unter den versteckten Dominanzen ist das Herbeireden von Gefährdungen und Verantwortlichkeit. Oft sind sie sogar schlicht gelogen, immer aber sollen sie von kooperativen Lösungsstrategien zugunsten der Definitionsmacht der Gefährdeten ablenken. DemoleiterInnen, autonome oder gemietete Räume, Vereine und Vermögen – all das wird ständig als Ersatzargument herangezogen, wenn Ideen abgewehrt werden sollen. »Ich muss meinen Kopf dafür hinhalten« oder »das könnte aber unseren Mietvertrag gefährden« gehören hierzu. Formal gilt: DemoleiterInnen sind nicht verantwortlich für das, was einzelne DemonstrantInnen machen. Vereinsvorstände haften nicht für die Aktivitäten der Mitglieder usw.

Sehr gerne werden Sachzwänge weitergegeben und für diese Weitergabe erst konstruiert. Probleme, die Menschen mit etwas haben, werden zum Grund dagegen aufgebauscht (statt die StreitpartnerInnen zusammenzubringen, damit sie direkt eine Lösung finden). »Das kann aber Stress bringen«, Hinweise auf irgendwelche Hausmeister, Bullen, VS, Geldgeber usw. sind ebenso verklausulierte Herrschaftsdurchgriffe. Denn nicht der Sachzwang selbst, sondern die Person, die darüber entscheidet, welcher wie benannt wird, beherrscht damit die Situation. Oder versucht es zumindest.

Moderne Plena, Moderation, irgendwelche neumodischen Handzeichen usw. werden als Dominanzabbau gepriesen. Das können sie sein (wenn es vorher noch beschissener war, z.B. mackerige oder streng formale Herrschaftsformen). Aber sie können auch das Gegenteil sein. ModeratorInnen steuern Abläufe und Verfahren – in der Regel stützen sie Autonomie und Vielfalt nicht, sondern vereinheitlichen, organisieren Kompromisse und Konsense. Das stärkt die informell agierenden Eliten. Wo Konsenszwang besteht, können Eliten stark steuern – sie setzen Vetos taktisch ein und sie bestimmten die Debatten darüber. Fast jedes mal, wenn im Konsens abgestimmt wird, wird das Vetorecht des einzelnen Menschen hochgejubelt, dass es alle gleichberechtigt machen würde (was nicht stimmt!). Wenn dann aber Interesse daran besteht, dass es kein Veto gibt, steht vor der Abstimmung plötzlich ein warnendes »wer ein Veto einlegt, muss aber auch wissen, dass er/sie damit die Gruppe blockiert«. Das Ganze wird begleitet von neumodischen Handzeichen. Doch es ist mindestens fraglich, ob die nicht eher den Eliten helfen – also denen, die wissen, wie Massen zu manipulieren sind, darin Übung haben und als organisierte Gruppe agieren. Wenn sie geschlossen mit den Händen winken oder weniger rhetorisch geübte KritikerInnen mit dem Zeichen für »Du wiederholst Dich« vollends aus der Fassung bringen, manipulieren sie optisch das Geschehen. Perfekt wird es dann noch, wenn die moderierende Person feststellt, dass es ja wohl eine eindeutige Tendenz gäbe usw.

Das »Blütenmodell«, neumodischer Plenumsersatz auf dem Jugendumweltkongress 2002/03 hält durch die Herrschaftsbrille auch nicht, was es verspricht: Es belässt alle Rahmenbedingungen, nur das Diskussionsverfahren ist neu. Die Voraussetzung für Herrschaftsdurchgriffe lägen ganz woanders (warum überhaupt zentrale Entscheidungen? Was sind die Ausgangsbedingungen? Wer hat welche Zugriffe auf Wissen, Informationen und Ressourcen?), aber das wird verschwiegen. Stattdessen wird Sand in die Augen derer gestreut, denen es bei vorhergehenden Treffen allmählich dämmerte, dass irgendwas mit diesen Entscheidungsstrukturen so nicht stimmt. Nun ist ja was Neues da. Da wird alles gut ...

Hinzu kommt das Enttarnen der konkreten Personen. Auch informelle Herrschaft wird in konkreten Personen sichtbar. Sie treten zwar oft nicht formal in Erscheinung, aber ein gezielter Blick durch die Herrschaftsbrille zeigt schnell, was abgeht: Wer bereitet wo was vor? Wer agiert, wenn es kriselt oder Druck von außen kommt? Wer wird gefragt – wenn es um wichtige interne Dinge geht, um den Zugang zu Ressourcen oder bei formalen Anfragen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

von außen? Welche Leute stecken in Pausen immer wieder die Köpfe zusammen, beziehen sich in Redebeiträgen aufeinander, dirigieren das Geschehen mit Beiträgen, Zwischenrufen und Geschäftsordnungsanträgen? Das alles wie zufällig wirkend ...?

Das Gegengift ist zweierlei. Zum einen die Herrschaftsverhältnisse immer sofort demaskieren und einfordern, dass es Herrschaftsfreiheit nur geben kann, wo alle gleiche Möglichkeiten haben. Ebenso wichtig ist, den Einigungszwang aufzuheben. Es ist komplett unnötig, gemeinsam Entscheidungen treffen zu müssen. Das aber wird immer wie ein Naturgesetz vorausgesetzt. Die Demaskierung der Herrschaftsverhältnisse zu Beginn einer jeden Entscheidungssituation oder in jeglicher Planungsphase wird auf massiven Widerstand treffen – einerseits der Eliten, die Angst vor Kontrollverlust haben. Andererseits derer, die gerne Schafherde sind – nicht weil sie so gern Untergebene sind, sondern weil sie sich die Frage nie stellen und den Eindruck haben, dass die herkömmlichen Organisierungsformen doch funktionieren und das Infragestellen nur nervt. Es ist nicht einfach, damit umzugehen. Wer penetrant ist, fliegt raus oder wird mit üblen Geschichten niedergemetzelt ... wer die Transparenz von Presseverteilern fordert, ist schnell VS-Spitzel. Wer den Zugang zu allen technischen Ressourcen will, könnte Nazi sein. Wer will, dass alle Räume allen gleichberechtigt offen stehen, wird schnell und unauffällig als StörerIn diffamiert. Und wer gegen Ausgrenzungen ist, könnte als TäterschützerIn enden.

Das zweite ist, die Rahmenbedingungen auch tatsächlich zu verändern: Alle Türen zu allen Geräten und Räumen auf! Alle Verteiler und Infoflüsse für alle öffnen! Und einiges mehr! Am besten ist es, wenn alles offen organisiert ist – was auch heißt, dass es nicht mehr ein »alles« gibt, sondern ein vieles. Als bezogen auf den eigenen Zusammenhang »Eine Welt«, in der viele Welten Platz haben. Da bekommen Eliten dann Probleme, noch alles zu kontrollieren. Darum sind sie dagegen. Sie werden sich das aber nicht anmerken lassen, sondern alle möglichen Tricks und rhetorischen Kniffe ausprobieren. Und wer dagegen meckert, »hat einfach einen miesen Stil« oder »nimmt immer soviel Raum ein«. Das hilft immer. Jedenfalls Schafen.●

Weiterführendes im Netz ...

- Herrschaftskritik und Utopien: www.herrschaftsfrei.de.vu
- Entscheidungsfindung von unten: www.projektwerkstatt.de/von-unten
- Organisierung von unten: www.hoppetosse.net

METHODE

Entscheidungsfindung

Fish Bowl

– die Alternative zur Podiumsdiskussion

Noch die letzte Podiumsdiskussion in Erinnerung? Wo die wortgewaltigen Menschen »da vorne« oder gar »da oben« nacheinander Reden hielten, sich nach dem Sieg-Niederlage-Prinzip auszustechen versuchten? Das ist ja ganz unterhaltsam, wie Fernsehen. Aber mit Diskussion hatte das wenig zu tun. Und dann die Moderation, irgendwie so gestellt neutral – und eben doch nicht. Noch schlimmer der Versuch der Einbindung des Publikums. Immer über Redeliste oder Anstellen am Mikrophon.

Redaktion Umweltschutz von Unten ● Als ich drankam, war das Thema, worauf ich mich bezog, schon 34 Minuten vorbei. Anderen erging es nicht anders. Ich konnte auch nur das Podium ansprechen, die Statements wurden gesammelt, dann gab es wieder frontale Belehrung. Von gleichberechtigter Debatte keine Spur. Sollte es aber wohl auch nicht – den VeranstalterInnen ging es mehr darum, was Wichtiges gemacht und sich selbst öffentlich in Szene gesetzt zu haben.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kritik an Podiumsdiskussion

Podiumsdiskussionen sind organisierte Ungleichberechtigung. Sie zerstören Kommunikation und schaffen den Raum für aneinandergereihte Reden. Das ist unabwendbar, denn ...

- Die frontale Situation erhöht das Dominanzgefälle zwischen Podium und ZuhörerInnen optisch und akustisch. Oftmals ist das durch die Mikrofonanlage noch verstärkt viele Mikros vorne, wenige oder gar keine mit zentraler Zugangssteuerung im Publikum).
- Die Logik eines Podiums führt dazu, dass Reden gehalten werden statt miteinander zu reden. Die Beiträge sind überwiegend vorbereitet und beziehen sich nicht aufeinander. Die Diskussionskultur bedeutet ein Sieg-Niederlage-Prinzip: Es geht um die Frage, wer beim Publikum oder bei den Medien am besten punkten kann. Effekte, rhetorische Tricks, Populismus und Taktik werden so gefördert, während die Weiterentwicklung von Positionen in einem dialektischen Sinne unterbleibt.
- Ein roter Faden fehlt in der Regel, weil sich auch die Beiträge aus dem Publikum nicht aufeinander beziehen können. Wer etwas zum Gesagten hinzufügen will, kann das meist erst tun, wenn längst ein anderes Thema ansteht.
- Die Ausrichtung auf das Podium verhindert selbstorganisierte Prozesse zwischen den Anwesenden.
- Moderation bedeutet immer die Gefahr der Manipu-

Fortsetzung auf Seite 10

ANMERKUNGEN

Alle Texte des Schwerpunkts entstammen dem »HierarchNIE«-Reader, der zeitgleich mit »Herrschaftskritik konkret« erscheint. Während ersterer Hierarchien im Binnenverhältnis von Gruppen usw. aufdecken und überwinden will, beleuchtet letzterer Herrschaft, Konkurrenz und die Gegenentwürfe auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Beide können bezogen werden über die Redaktion »Umweltschutz von unten«: c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Saasen.
Oder mail: piratenutopie@uni.de. Kosten: 6 Euro pro Reader plus Porto.

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Wider der Harmonisierung: Streit ist eine Produktivkraft!

Sinnvoll wäre, sich das Motto der freien Softwarebewegung anzueignen und populär zu machen: Streit ist eine Produktivkraft! Neue Ideen und Erfindungen ergeben sich erst im Aufeinandertreffen unterschiedlicher Anschauungen, unterschiedlicher Menschen. Konflikte schaffen die Möglichkeit individueller und kollektiver Weiterentwicklung, indem alte Positionen in Frage gestellt werden. Sie dienen außerdem der Klärung von Problemen und Positionen: Konflikte sind die Voraussetzung für Harmonie. Erst durch das Zusammenspiel, über die Auseinandersetzung der Menschen kann Harmonie, Einigkeit aktiv hergestellt werden – wenn mensch das denn haben möchte, was ja total in Ordnung ist! Diese Harmonie muss immer wieder neu erstritten werden ...Ohne Streit, inhaltliche Debatte und Zoff ist keine Bewegung von unten zu machen – schon gar nicht die herrschaftsfreie Welt. Streit ist keine Bedrohung für ein nettes Miteinander, sondern ein wichtiger Teil davon – ohne den eine als »Frieden« getarnte Langeweile droht. Nun, hört sich ja vielleicht ganz nett an – doch nun ein Blick auf linke Bewegungsüberreste:

Die Steine im Weg: Wenn Linke sich streiten

Trotz aller Harmonisierung wird in radikalen Bewegungszusammenhängen zur Zeit immer noch viel gestritten. Deutlich ist aber, dass sich meist weder produktiv, noch emanzipatorisch, noch freundschaftlich gezofft wird – ganz im Gegenteil.

Kritik an der vorherrschenden Streitkultur ...

- Diffamierung und Reproduktion patriarchalen Verhaltens: Lautes Reden, Drohgebärden und Beleidigungen sind auch in Bewegungszusammenhängen verbreitet, ebenso wie patriarchale Muster (z.B. Sieg-Niederlage-Logik).
- Herrschaftsförmigkeit: In Konflikten geht es um das Absichern der eigenen (Macht-)Position in der »Szene«, nicht der solidarischen Auseinandersetzung.
- Keine direkte Kommunikation: Streit hinter dem Rükken (also typisch bürgerlich) oder / und vollkommene Anonymisierung: Debatten haben oft eine entpersonalisierte Basis (z.B. Mailinglisten, Internetforen oder die Zeitschrift »Interim«), wobei hier Konspirativität vorgeschoben wird, um in »Heckenschützenmanier« agieren zu können ...
- Pädagogenmentalität und Besserwisserei: Mensch will andere von oben herab belehren (Beispiel: »Lies doch erst mal Marx!«).
- Vereinheitlichung: Unterschiedliche Standpunkte werden nicht akzeptiert. Statt dessen wird eine Angleichung an die (objektive) »Wahrheit« gefordert. Streit ist so gerade gegen Vielfalt gerichtet, die seine eigene Voraussetzung ist! Differenz wird als Bedrohung begriffen, wohingegen Begriffe wie Einheitsfront immer noch unhinterfragt positiv besetzt sind. Spaltungen sind so vorprogrammiert. (Womit nicht der Sinn gemeinsamer Organisierung in Frage gestellt werden soll.)
- Standpunktfixierung: Es wird nicht aufeinander eingegangen, miteinander diskutiert, sondern Standpunkte reproduziert, was langweilig und nervig ist und keine Weiterentwicklung ermöglicht.

Die aufgezählten Punkte zeigen, dass nicht Streit und Konflikt an sich das Problem darstellen, sondern die gegenwärtige Form der Auseinandersetzung. Daraus ist nicht Harmonisierung abzuleiten, sondern jede Menge notwendiger Veränderungen. Andere Formen des Streitens und kreative Gruppenprozesse sind zu fördern, bewusst zu entwickeln und offensiv in Zusammenhänge zu tragen.

Grundzüge und Bedingungen für eine herrschaftsfreie Streitkultur

- Direkte, offene Intervention: Konflikte ohne Umwege führen, Streitpunkte sofort und gegenüber den richtigen AdressatInnen ansprechen. Alles andere stärkt Institutionen (Plena usw.) und informelle, intransparente Zirkel – und staut Enttäuschung, Wut und andere belastende Gefühle bei dir ab, anstatt sie an die weiter zu geben, die sie verursachten!
- Intersubjektivität: Das Konzept der objektiven Wahrheit über Bord werfen. Ziel ist nicht die Angleichung oder Einebnung an die eine »Wahrheit«, sondern die Weiterentwicklung der unterschiedlichen Positionen und Menschen, z.B. durch gegenseitiges Bezug nehmen (statt Standpunktblabla...).
- Prozesshaftigkeit: Diskussionen und Debatten als offenen Prozess begreifen – es gibt kein Ende, für immer feststehende Erkenntnisse oder Standpunkte. Bewegung statt Stillstand!
- Diskriminierungsfreie Räume: In der Gruppe und im alltäglichen Miteinander über Ängste vor Konflikten, vor Bewertung und (Zuneigungs-)Verlust reden, diese ernst nehmen und zusammen nach Lösungen suchen. Ziel ist eine Welt, in der keineR mehr Angst haben muss, anders zu sein. Aus dieser Perspektive sind Differenz, Unterschiede und Vielfalt nicht länger Bedrohung sondern Bereicherung – womit aber keine Beliebigkeit gemeint ist.
- Streit als »Normalfall«: Davon ausgehen, dass Streit und Konflikte selbstverständlich zu einem menschlichen Miteinander gehören, und es auf den Umgang damit ankommt. Im Alltag und anderswo gilt es, der vorherrschenden, negativen Bedeutung entgegen zu treten (»Streit ist cool!«), d.h. zu vermitteln, dass Streit keine »Gefahr« für ein nettes Zusammenleben ist, sondern ein wichtiges Element davon.

Wichtig ist, auch neue Formen für Diskussionen zu entwickeln, die diesen Ansprüchen gerecht werden, z.B. Fishbowl statt hierarchischen Podiumsdiskussionen oder dominanzförderndem Plenum. Bleibt zu hoffen, dass dieser Text weitreichende Diskussionen entfacht. Lasst die Fetzen fliegen ... für eine herrschaftsfreie, solidarische und kreative Streitkultur!●

Anzeige

FORTSETZUNG VON SEITE 9

Entscheidungsfindung

lation durch Fragestellung, Bevorzugung oder Benachteiligung von Beteiligten – in Wort und Gestik.

Beschreibung

Eine sehr einfache, aber oft dynamische Alternative zu Podiumsdiskussion (formale Hierarchie) oder moderierten Großplena. Die ist besonders gut geeignet für Streitfragen und offene Diskussionsprozesse (Abwägung von Alternative, Argumente austauschen usw.) in großen Runden (ab ca. 20 Leute, je nach räumlichen Gegebenheiten braucht der diskutierende Innenkreis in größerer Runde ein Mikro) – weniger dagegen für reine Entscheidungsfragen (höchstens in der Vorbereitungsphase, wo die verschiedenen Standpunkte aufeinanderprallen), theoretische Diskussionen oder Erfahrungsaustausch ohne Streitpunkte.

Bei einer »Fishbowl« werden ein innerer und ein äußerer Stuhlkreis aufgebaut (oder auch mehrere, z.B. Matratzen-, Stuhl- und Tischkreise hintereinander, damit eine Art »Arena« entsteht). Im inneren Kreis stehen 4-6 Stühle und im äußeren Kreis Stühle für die restlichen Teilnehmenden (TN).

Wie läuft eine »Fishbowl« ab:

1. Nur die TN im Innenkreis dürfen diskutieren, die TN im Außenkreis hören zu.
2. Wenn sich ein/e TN aus dem Außenkreis an der Diskussion beteiligen will, dann muss er/sie sich entweder auf einen freien Stuhl im Innenkreis setzen oder stellt sich hinter einen Stuhl. Diese darf ihren Gedanken noch zu Ende formulieren und anschließend den Kreis verlassen. Die andere Person darf dann diesen Platz einnehmen.
3. Ebenso kann jedeR TN im Innenkreis jederzeit den Platz im Innenkreis verlassen, wenn er/sie in der Diskussion pausieren möchte.
4. Wer den Kreis verlässt, kann auch wiederkehren. Wer das penetrant macht (also dominieren würde), fällt sofort auf. Das Verfahren schafft dann Transparenz über Dominanzverhältnisse.
5. In der Praxis entwickelt sich nach einer anfänglichen Unsicherheit ein Kommen und Gehen, ohne dass dadurch die Debatte abbricht. VielrednerInnen werden schnell bevorzugt »rausgekickt« – für »Wichtigleute« eine bemerkenswerte Erfahrung!

Diese Methode muss zu Beginn genau vorgestellt werden, es muss deutlich dargestellt werden, dass sich die TN abwechseln sollen. Wichtig ist dass, weil nach dem Start keinerlei »höhere Ebene« mehr existiert. Auch das sollte offensiv klargestellt werden. Es bedeutet nämlich, dass die TeilnehmerInnen sich immer selbst als einzige Instanz der Intervention, wenn was nicht klappt, sehen. Zu Beginn treten oft Hemmungen auf, in die Mitte zu gehen. Das sollte in der technischen Einführung benannt werden. Die Fish Bowl will ja gerade das Dominanzgefälle zwischen geübten RednerInnen und solchen ohne viel Erfahrung, aber mit vielen Hemmungen aufheben oder zumindest verringern. Vereinfachend kann sein, dass 1-2 Stühle in der Mitte ganz frei sind, um möglichst schnell Bewegung zwischen innerer und äußerer Runde zu schaffen. Auch sollte darauf hingewiesen werden, dass die TN im Innenkreis laut und deutlich diskutieren müssen, damit sie verstanden werden.

In vielen Fällen von Diskussionen sind Eingangsstatements der PodiumsteilnehmerInnen geplant. Das kann sinnvoll sein, um Informationen allen zugänglich zu machen oder Transparenz über die Streitpunkte zu schaffen. Die »Fish Bowl« kann dann ergänzt werden um eine Vorphase, in der Statements aus dem Außenkreis gehalten werden und sich die Person dann in die Mitte setzt, wo auch erste Nachfragen u.ä. möglich sind.

Chancen

Die Fish Bowl kombiniert eine Großveranstaltung mit den Vorteilen kleiner Gesprächsrunden. In diesen werden keine Reden gehalten, sondern miteinander geredet. Die rhetorischen Unterschiede werden aufgeweicht, weil eben miteinander geredet wird, eine brilliante Formulierung oder Gestik dadurch weniger wichtig wird. Gegenseitige Unterstützung, Nachfragen, Aufeinander-Eingehen und direkter Widerspruch werden viel einfacher, weil keine starren Regeln, Redelisten oder Moderation dieses verhindern. Die Menschen in der Mitte der Fish Bowl sind relativ gleichberechtigt. Es entwickelt sich meistens schnell eine ganz normale Redekultur – die drumherumsitzenden Leute werden kaum wahrgenommen. Die Menschen reden authentischer, auch über Gefühle, Bedenken usw., nicht nur taktisch, auf Punktsieg aus.

Die Menschen drum herum sind zwar nur ZuhörerInnen, können sich aber jederzeit zu gleichberechtigt Beteiligten an der inneren, diskutierenden Runde machen. Spannend ist, dass Unterbrechen, Dominanz usw. viel häufiger mit direkter Intervention der Leute untereinander beantwortet werden – ein genialer Beweis dafür, dass die Existenz von Herrschaftsorganen (Moderation, Polizei, Gerichte usw.) unterbinden, dass Menschen sich selbst kümmern! Auch einzelne Störungen von außen bringen keine Probleme – Applaus, Pfiffe, Zwischenrufe usw. können zugelassen werden. Sie gehören zur Emotion von Menschen! Verregelung ist keine Steigerung menschlicher Selbstbestimmung!

Insgesamt bietet die Fish Bowl die Chance zur freien Entfaltung einer Dynamik. Dazu kann auch gehören, dass sich neue Themen ergeben, die in dem Moment nicht von vielen besprochen werden wollen. Dafür ist denkbar, am Rande der Veranstaltung Thementische bereitzuhalten für vertiefende Debatten im kleinen Kreis zu speziellen Fragen. Transparenz ist wichtig, d.h. es sollte immer möglich sein, zu erkennen was wo beredet wird.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Gefahren

Nicht geeignet ist die Fish Bowl für reine Entscheidungsangelegenheiten, weil es nicht gelingt, festzustellen, wie viele Menschen welche Positionen vertreten. Als Abwandlung wurde eine Variante zur Entscheidungsfindung entwickelt. Danach gibt es die beschriebene innere Runde, die Menschen drum herum sitzen aber auch in kleineren Runden. Jede äußere Runde hat eine Person in der Mitte, kann aber gleichzeitig auch die Frage diskutieren, die Debatte in der Mitte prüfen und durch Entsenden einer anderen Person immer wieder neue Überlegungen und Positionen in die Mitte bringen. Entschieden ist etwas dann, wenn eine Einigung aller erreicht ist (Konsens) oder ausreichend viele Gruppen sagen, an etwas mitzuwirken (z.B. Aktionsplanung).

Es gibt immer wieder viele Bedenken gegen die Fish-Bowl. Viele Menschen haben Angst, ein Verfahren zu starten, bei denen es nach dem Beginn keine hierarchischen Eingriffsmöglichkeiten (seitens der VeranstalterInnen, der »Wichtigleute« usw.) mehr gibt. Doch genau das ist das Ziel! Der Protest aus »Wichtigkreisen« oder deren Versuche, Hierarchie zu reorganisieren, muss als Versuch der immer konservativen Orientierung von Macht entlarvt werden, den Status Quo zu erhalten (Beispiel: Beim BUKO 1999 setzten FunktionärInnen des BUKO eine Moderation in der Fish Bowl durch – das Verfahren scheiterte erwartungsgemäß, die Leute hielten Reden, drehten sich teilweise sogar zum Publikum um).

Infos

http://coforum.de/index.php4?FischBecken
Seite zu Fish-Bowl im Co-Forum, d.h. eine Seite, die von jeder Person weiterentwickelt werden kann. Die bisherigen Beschreibungen weichen voneinander ab. Manche stellen Varianten vor, die nicht sonderlich dominanzabbauend klingen.●

Anzeige

PROTEST
Mit Fenster-Transparent Widerstand gegen Kriegsgefahr deutlich machen

Weißer Stoff (100 cm breit, 150 cm hoch), für jedes Fenster geeignet.
Kein Blut für Öl!
Friedenstaube auf blauem Grund.
15 Euro incl. Versandkosten
Bestellungen an:
Mensch & Umwelt-Versand
Postfach 15 02 34
40079 Düsseldorf
Fon 0211 - 26 11 210
Fax 0211 - 26 11 220
eMail oekonzept@mail.isis.de

Konfliktbearbeitung ... direkt und hierarchfrei

Persönliche Konflikte sind nicht nur alltäglicher Teil sozialer Prozesse, sondern greifen auch tief in die Organisierung von Gruppen und Aktivitäten ein. Nicht selten werden politische Auseinandersetzung durch persönliche Anti- und Sympathien überlagert und zugespitzt. Daher ist die Auseinandersetzung über den persönlichen Umgang ebenso wichtig wie die Frage der politischen Organisierung. Ohnehin gilt: Organisierung von unten ist kein Spezifikum für politische Gruppen. Ob FreundInnenkreise, WGs, Betriebe, Lerngruppen oder was auch immer – der Abbau von Dominanzen und die Herstellung gleicher Handlungsmöglichkeiten für alle sind immer und überall Ziel emanzipatorischer Veränderungen. Daher gelten Grundlagentexte und methodische Hinweise für politische Gruppen ebenso wie im sogenannten »Privaten«. Darüber hinaus gibt es etliche Methoden zur direkten Lösung zwischenmenschlicher Konflikte ... an dieser Stelle nur zwei von vielen (über weitere Methoden, Anregungen und Ideen freuen wir uns natürlich!).

Supervision

Supervision ist ein therapeutischer Ansatz zur Strukturierung, Reflektion von Gruppenprozessen. Ziel ist die Klärung und Bearbeitung von Konflikten in Teams, Arbeitszusammenhängen usw. Sie dient vor allem der Auflösung von Blockaden im Gruppenprozess und ist kein direktes Verfahren zur Entscheidungsfindung. Bewertung: Ähnlich wie die Mediation und jede Form der Moderation besteht die Gefahr der Manipulation. Emanzipatorische Momente und Qualitäten sind stark abhängig von der ausführenden, d.h. moderierenden Person.

Mediation

Mediation ist eine Verfahrensweise zur Bearbeitung und Lösung von Konflikten. Dabei hilft eine von den Konfliktparteien allseitig akzeptierte Dritte Person, eine einvernehmliche Lösung für die Probleme der Konfliktparteien zu finden. EinE MediatorIn ist dabei keinE RichterIn, er/sie fällt kein Urteil; vielmehr strebt die Mediation an, dass die Konfliktparteien gemeinsam für alle tragbare Lösungen entwickeln. MediatorInnen treffen sich einzeln und gemeinsam mit den Konfliktparteien und versuchen, wieder eine direkte Kommunikation in die Wege zu leiten.

Mediation orientiert sich an dem Gedanken, dass hinter Konflikten Bedürfnisse stehen, die nicht erfüllt werden. Bedürfnisse können verschiedenster Art sein, etwa materiell (Ökonomische Existenz, Zugang zu Arbeitsmitteln, ...) oder psychologisch (Gemeinschaft, Selbstbehauptung, ...). Mediation will Positionen in einem Konflikt nicht moralisch bewerten, (gut/böse, richtig/falsch), sondern die dahinter liegenden Bedürfnisse offen legen.

Durch die Überwindung einer Ebene von gegenseitigen Vorwürfen und moralisierenden Positionen durch Erhellung der dahinter liegenden Bedürfnisse schafft Mediation wieder eine Basis für Kommunikation und gegenseitige Akzeptanz, die Grundlage für eine gemeinsame Lösung von Problemen bietet. Ziel der Mediation ist eine Vereinbarung zwischen den Konfliktparteien, die von allen getragen und umgesetzt wird.

Mediation ist von ihren Grundprinzipien her an herrschaftskritischen Idealen orientiert. Sie sieht sich bewusst als Alternative zu Konfliktlösungsstrategien, die die Lösung an die Autorität einer Dritten Instanz abgeben, wie es etwa ein Gerichtsverfahren tut. Sie beruht auf dem Prinzip freier Vereinbarung, einem genuin anarchistischen Ansatz.

Mediation hat ihren festen Platz überall da, wo Gruppen anstreben, in egalitären Strukturen gemeinsam zu leben und/oder zu arbeiten. Insbesondere wo Entscheidungen im Konsens gefällt werden und Konflikte nicht durch Mehrheitsentscheid oder andere autoritäre Lösungen übergangen werden können, kann Mediation eine große Hilfe sein.

Die Übertragung der Mediationsmethode auf politische Konflikte ist ein schwieriges Feld. Grundvoraussetzungen der Mediation sind die Freiwilligkeit der Teilnahme bei allen Beteiligten und die Bereitschaft, auf den Gebrauch von Machtmitteln zu verzichten. Versuche, etwa zwischen Bürgerinitiativen und dem Staat zu mediieren, sind Augenwischerei und haben mit den Grundideen der Mediation nichts gemein; wenn eine Partei Machtmittel wie Recht und Polizei auf ihrer Seite hat, mit denen sie den Konflikt jederzeit gewaltsam »lösen« könnte und damit »machtlosen« (d.h. ohne Durchsetzungsmittel wie Polizei, Knäste usw. ausgestattete) BürgerInnen entgegentritt, so kann kaum eine Situation entstehen, in der beide Parteien gleichwertig in einen Dialog eintreten.

Andererseits kann etwa in Kriegssituationen oder bei »ethnischen« Konflikten Mediation durchaus auch im größeren Rahmen zur Lösung beitragen. Hier kann es auch in politischen Konflikten Situationen geben, wo die Voraussetzungen für Mediation gegeben sind.●

Anmerkungen zur Entwicklung des Biomarktes aus der Sicht zweier Landwirte

Regional ist erste Wahl – auch bei Bio-Lebensmittel

von Dietmar Groß und Gerd Caldewey

20 Prozent Ökolandbau in zehn Jahren: das ist ein ehrgeiziges agrarpolitisches Ziel. Aber ist es auch sinnvoll, den Markt für Ökoprodukte in einem so kurzen Zeitraum um ein Vielfaches ausdehnen zu wollen? Zumal dann, wenn solches Wachstum mit einem Strukturwandel einhergeht, wie man ihn bislang nur aus der konventionellen Landwirtschaft kannte? Im folgenden Artikel, den wir dem seit 1993 jährlich erscheinenden Kritischen Agrarbericht der Agraropposition entnommen haben, beobachten zwei Biobauern die Marktentwicklung im Zuge der »Agrarwende«. Sie plädieren dafür, die bäuerlichen und regionalen Wurzeln des ökologischen Landbaus – und damit seine Identität – nicht dem politisch verordneten Wachstum zu opfern.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Teil I:

Mehr Bio zu jedem Preis?

(von Dietmar Groß) ● Lodernde Tierkadaverberge und torkelnde Kühe bestimmen nicht mehr die öffentliche Wahrnehmung von »der Landwirtschaft«. Und mit dem Nitrofen-Skandal haben Ökolebensmittel überdies ihren Heiligenschein verloren. Seit Jahresbeginn spart »der Deutsche« wieder verstärkt bei Lebensmitteln und tut dies in entsprechenden Meinungsumfragen auch kund. Die Sympathie für Ökolandbau und damit die Bereitschaft, für Biolebensmittel mehr auszugeben, ist deutlich zurückgegangen. Aldi und die anderen Lebensmittel-Discounter bestimmen wieder und verstärkt den Trend im Lebensmittelhandel – und zunehmend auch im Biobereich.

Vorbei die Zeiten, in denen der Lebensmittel-Einzelhandel auf breiter Front auf »Klasse statt Masse« und insbesondere auf einen wachsenden Biomarkt setzte. Im Gegenteil: Überall werden zur Zeit Bio-Regalflächen abgebaut; die unternehmensspezifische Biowerbung wird gegen Null heruntergefahren.

Deutliche Umsatzrückgänge

Die sieben Millionen Euro teure Biosiegel-Kampagne der Bundesregierung, im Wesentlichen als Unterstützung für den Lebensmittel-Einzelhandel konzipiert, geht vermutlich ins Leere. Denn genaue Zahlen zur Umsatzentwicklung im Biomarkt auf der Endverkaufsstufe sind und bleiben auch in diesem Jahr Unternehmensgeheimnisse. Lediglich der Naturkosthandel veröffentlicht Zahlen. Daraus und aus Gesprächen mit relevanten Marktbeteiligten lässt sich ein Bild zeichnen: Der Endverkauf ist im ersten Halbjahr deutlich zurückgegangen. Nach den Sommerferien zogen die Umsätze wieder an, so dass zumindest beim Naturkosthandel die Hoffnung gehegt wird, dass im Jahresmittel der Vorjahresumsatz wieder erreicht wird. In Ableitung vom beschriebenen, aktuellen Engagement des Lebensmittel-Einzelhandels im Biomarkt ist zu vermuten, dass hier deutliche Umsatzrückgänge in 2002 stattgefunden haben.

Vorbei auch die Zeiten, in denen der erwartete Bioboom durch die nicht vorhandene Erzeugung begrenzt wurde und Marktanteile an schnellere und effizientere Anbieter im Ausland verloren zu gehen drohten. Diese Auffassung bestimmte noch vor wenigen Monaten das Denken und Handeln maßgeblicher Akteure in Wissenschaft, Verbänden, Beratung und Politik und begründete Schwerpunktsetzungen im 35 Millionen Euro teuren Bundesprogramm Ökolandbau.

Mit mehr als tausend Info-Veranstaltungen für umstellungswillige Landwirte auf Demohöfen und in Fachveranstaltungen sollte der Bioboom auf der Erzeugungsstufe möglich gemacht werden – und nun geht kaum einer hin. Und obwohl schon seit einigen Monaten absehbar ist, dass der Bioboom nicht stattfindet, wird das Programm ohne Änderungen fortgeführt.

Währenddessen nimmt der Verdrängungswettbewerb zwischen regionaler und »globaler« Bioerzeugung weiterhin zu. Und das neu eingeführte Biosiegel trägt durch seine Ausrichtung am vergleichsweise niedrigen EU-Öko-Standard dazu sogar noch bei. Umgekehrt ist der Absatz deutscher Bioerzeugnisse im Ausland erheblich ins Stocken geraten. Vor allem der Export von Milchprodukten nach Frankreich und England ging drastisch zurück. Nahezu alle Bereiche der Bioerzeugung in Deutschland stehen in diesem Jahr unter Druck. Preisabschläge sind die Regel. Zusätzlich wurden die Erzeuger von den widrigen Witterungsumständen gebeutelt, die naturalen Ernteerträge liegen durchweg unter dem Durchschnitt. Die schlechte wirtschaftliche Lage entspricht deshalb weitgehend der Stimmung.

Qualitatives Wachstum fördern

Ratlosigkeit bestimmt allenthalben die Situation. Was Not tut, ist eine selbstkritische Reflexion der Marktstrategien, in den Verbänden und außerhalb. Genauso wichtig: Die politischen Instrumente zur Förderung des Ökolandbaus müssen auf den Prüfstand, soweit wie möglich müssen noch vorhandene Geldmittel neu ausgerichtet werden. Nicht quantitatives, sondern in erster Linie qualitatives Wachstum ist angesagt. Die Qualität von Lebensmittel hat zwei Komponenten:

- die sinnliche, die sich aus Frische und Geschmack ergibt, und
- die sinnstiftende, die sich auf Erwartungen an eine natur-und tierschonende, bäuerliche Wirtschaftsweise in überschaubaren und nachprüfbaren Dimensionen bezieht.

Mit Rückstandskontrollen, die notwendigerweise und insbesondere bei anonymisierten Warenströmen sein müssen, kann man diesen Erwartungen nur begrenzt entsprechen.

Die Erfahrung nach dem Nitrofen-Skandal zeigt, dass die überzeugten Biokunden, die letztlich die Grundlage für ein stabiles Marktwachstum sind, *mehr* erwarten als »Schnäppchen-Bio« aus kontrollierter Herkunft, ob mit oder ohne Verbandssiegel. Zwar wird es auch in Zukunft selbst ohne Zutun des Staates und der Verbandsakteure solches Billig-Bio in den Regalen der Lebensmittel-Discounter geben. Das Motto der Biomarktepoche *nach* Nitrofen sollte jedoch lauten: »Regional, aus handwerklich/bäuerlicher Erzeugung ist erste Wahl« und nicht: 20 Prozent Bio in zehn Jahren, egal woher und wie produziert.

Auf diese qualitative Verbindung von ökologischem Anbau, bäuerlich/handwerklichen Dimensionen und einer regionalen Ausrichtung der Verarbeitung und Vermarktung müssen die politischen Instrumente des Staates ausgerichtet werden:

- Ein vernünftiger und bereits entwickelter Förderansatz ist der Wettbewerb »Regionen aktiv«. Dieser Ansatz muss ausgebaut werden.
- Die Praxis der Flächenprämienzahlungen für Ökolandbau muss hinterfragt werden. Welchen Sinn macht es, wenn allein schon die Subventionsoptimierung profitabel ist und der Markt lediglich als »Spielbein« genutzt wird? Wettbewerbsverzerrungen zu ungunsten marktorientierter, in der Regel bäuerlicher Betriebe sind bei überfüllten Märkten die Folge.
- Die AbL-Forderung nach einer arbeitsorientierten Degression der Prämien muss notwendigerweise auch bei den Ökoprämien ansetzen.
- Die Investitionsbeihilfen für baulich/technische Investitionen im Biobereich müssen mit Blick auf die agrarstrukturellen Wirkungen überprüft werden. Bei Stallbaumaßnahmen sind konsequentere Obergrenzen zu ziehen.

Fragwürdige Ökobilanz

Auf der Ebene der Bioverbände sind dringend Interessensklärungen notwendig. Genauso, wie der Markt sich auseinander entwickelt, müssen sich auch die Akteure, insbesondere auf der Erzeugungsstufe, anders organisieren. Landwirtschaftliche Großbetriebe, deren Unternehmensstrategie im Kern mit Subventions- und Kostenoptimierung zu beschreiben ist, haben andere Interessen im Biomarkt als vielfältig strukturierte, direktvermarktende Betriebe. Großbetriebe sind das notwendige Pendant zur Bio-Discount-Strategie, die im Übrigen nicht nur bei den Lebensmittel Einzelhandelsunternehmen, sondern auch im Naturkosthandel Platz greift. Über diese Entwicklung entsteht nicht nur Preisdruck, auch ändert sich das Profil der Biolebensmittel. Das hat der Nitrofen-Skandal deutlich gemacht: Ausgehend von den Giftfunden ist offenkundig geworden, dass sich – auch unter den Siegeln anerkannter Verbände – inzwischen Produktions- und Vertriebssysteme etabliert haben, deren Ökobilanzen aufs Ganze gesehen eher fragwürdig sind.

Für viele Akteure auf der Erzeugungsstufe des Biomarktes sind diese Fragwürdigkeiten ein notwendiger Kompromiss, um überhaupt Absatz zu finden. Deshalb wird dieses Thema gern »unter den Teppich gekehrt«. Bayrische Biomilch in norddeutschen, englischen und französischen Supermarktregalen, Bio-Rindfleisch aus Mecklenburg-Vorpommern in den Tiefkühltheken Westdeutschlands, holländische Bio-Pommes, wo immer sich Absatz findet: Diese »Sachzwänge« werden in nahezu allen marktrelevanten Bioverbänden in Kauf genommen und teilweise sogar als Ausdruck »ideologiefreien Ökolandbaus« offensiv vertreten. Mit dieser Haltung ist es zudem leichter, sich zu behaupten im Gerangel zwischen den Vermarktungseinrichtungen der Verbände um die Gunst der großen Abnehmer.

Für Teile der Biobranche sind lange Transportdistanzen bei Grundlebensmitteln ein vorübergehendes Handicap, geschuldet dem geringen Marktanteilen. Sie hoffen auf Regionalisierung der Warenströme mit wachsendem Biomarktvolumen. Diese Hoffnung ist trügerisch. Die Logik kostenoptimierter Bioproduktion auf allen Wertschöpfungsstufen führt notwendigerweise zur räumlichen und betrieblichen Konzentration.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Regionale Alternativen

Ob es in unsere politischen Visionen von Landwirtschaft und Ernährungskultur passt oder nicht, unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen werden wir diese Entwicklung nicht aufhalten. Und viele – auch bäuerliche Biobetriebe – haben aus existenziellen Gründen inzwischen keine andere Wahl, als sich diesen Widersprüchen zu unterwerfen. Geht's dem Handel gut, kann's der Molkerei gut gehen. Geht's der Molkerei gut, kann's den Bauern gut gehen. Geht's der Molkerei schlecht, geht's den Bauern noch schlechter. Diese Abhängigkeiten sind weit verbreitet – auch im Biobereich. Wir müssen sie akzeptieren und zugleich die Chance nutzen, gleichsam als lebendiges Gegenbild Alternativen anzubieten.

Diese Chance ist heute größer denn je. Viele Akteure, insbesondere in der Direktvermarktung, wo nach wie vor rund 20 Prozent des Biomarktvolumens getätigt werden, stehen für dieses Gegenbild. Auch im Naturkosthandel ist die Bereitschaft stark gewachsen, sich mit der Marktstrategie »Regional ist erste Wahl« zu profilieren. Das gilt auch für Teile des eher mittelständisch organisierten Lebensmittel-Einzelhandels.

Es ist daher notwendig, oberhalb der Verbandsebenen auf regionaler Ebene Zusammenschlüsse von direkt- und regionalvermarktenden Biobetrieben zu organisieren, die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit machen und regionale Netzwerke in der Verarbeitung und Vermarktung aufbauen und organisieren. Dieses Gegenbild zu fördern dürfte für viele Akteure in den Bioverbänden ein schmerzhafter Spagat sein. Er ist jedoch notwendig.

Teil II:

»Agrarwende« und Bio-Siegel kontra Direktvermarktung?

(von Gerd Coldewey) ● Damit keine falschen Schlussfolgerungen aus den folgenden kritischen Anmerkungen gezogen werden: Die Neuausrichtung der Agrarpolitik unter Rot-Grün durch die Agrarministerin Renate Künast ist in groben Zügen richtig. Doch sind es bekanntlich die Ekken und Kanten, die eine wohlgemeinte Absicht in ihr Gegenteil verkehren können. Von diesen Ecken und Kanten will ich ausgehend von meinen persönlichen Erfahrungen berichten.

Politiker und Politikerinnen nennen zuweilen große Ziele. So auch Renate Künast, als sie 20 Prozent Marktanteile für den ökologischen Landbau reklamierte. Um den Marktanteil von Bioprodukten zu erhöhen, wurde das Bio-Siegel ins Leben gerufen. Allerdings, und hier setzt auch mein erster Kritikpunkt ein, das Bio-Siegel kennzeichnet den EU-Standard und ist damit auf eine Erweiterung des Bio-Angebotes in den Supermärkten ausgerichtet. Wen verwundert es, wenn das Bio-Siegel in erster Linie für Billig-Bio steht? Mich als Biobauern befremdet es, dass auch die Anbauverbände wie Bioland und Demeter dazu ihren »Segen« gegeben haben.

Schon jetzt, weitab von den magischen 20 Prozent Marktanteilen, spüren Biobauern den Preisdruck, wenn sie für Verarbeiter produzieren, die die Lebensmittelketten zu ihrem Standbein gemacht haben. Wachsen und weichen, zeitlich versetzt, auch unter Biobauern: an diesen Gedanken müssen wir uns erst noch gewöhnen. Auch an Großbetriebe und eine Agrarindustrie, die »Billig-Bio« produzieren und, wie unlängst passiert, im Gefolge davon jede Menge Skandale, die uns Biobauern alle treffen.

Man kann diese Fehlentscheidung beim Bio-Siegel für ein Versehen von Renate Künast halten. Ich hingegen meine, dass diese Richtung bereits im Programm von Bündnis 90/Die Grünen zu erfahren war. So steht darin viel über Verbraucherschutz und über günstige Bioprodukte zu lesen, wenig aber darüber, dass es auch gilt, bäuerliche Strukturen zu schützen.

Gefährlich sind diese Entwicklungen für alle Biobauern, die neu in die Direktvermarktung einsteigen wollen. Sie verfügen in der Regel noch nicht wie wir »alten« Direktvermarkter über eine große und stabile Stammkundschaft. Beim Aufbau ihrer Direktvermarktung werden diese neuen Kollegen von vielen (potenziellen) Kunden leider nicht nur an der Qualität ihrer Produkte, sondern auch am Preis entsprechender Produkte gemessen, die auch im Supermarkt als Bioprodukte erhältlich sind. Während das Bio-Siegel mit einem Millionen-Werbeaufwand bekannt gemacht wird, steht der aufstrebende Direktvermarkter mit seinem Hofnamen blass daneben. Ein eigener Vermarktungsname ist aber notwendig, denn das Bio-Siegel steht für Austauschbarkeit der Erzeuger.

Die neuen, durch die Agrarwende zum Umstellen animierten Landwirte, sie werden es schwer haben auf dem

Fortsetzung auf Seite 12

BIOPIRATERIE

Die Privatisierung von Natur schreitet voran

Weltweit sind verstärkt »Genjäger« unterwegs: Pharma- und Agrokonzerne reißen sich bisher noch nicht privatisierte Teile der Natur unter den Nagel. Ihre Waffen: Patente und die neuen Biotechnologien.

Joscha Wullweber ● Das Bild vom Forschungsteam, das im wilden Urwalddschungel unverhofft auf eine medizinisch hochwirksame Pflanze trifft, ist falsch. Die allermeisten Pflanzen oder deren Bestandteile, die von der sog. Life Sciences Industrie patentiert werden, finden seit langer Zeit Verwendung. Nur war noch niemand auf die Idee gekommen, Patente auf sie anzumelden. Für die Industrie locken große Gewinne: So belief sich im Jahr 1999 der globale Markt an pflanzengenetischen Produkten auf ca. 300 Milliarden US-Dollar. Dabei rollt die Welle Patentanträgen auf genetische Ressourcen gerade erst an. Während 1990 beim europäischen Patentamt ca. 250 Patente auf pflanzliche Bestandteile beantragt wurden, sind es im Jahr 2002 bereits über 3.200. Insgesamt wurden bis Ende 2002 im Bereich der Biotechnologie fast 34.000 Patente angemeldet. Wie wirken sich nun Patente oder andere geistige Eigentumsrechte in diesem Bereich aus?

Beispiel Brasilien: Brasilianische Hersteller wollten im Jahr 2.000 Süßigkeiten und Marmeladen aus der Pflanze Cupuaçu exportieren, die bereits seit vielen Generationen in Brasilien genutzt wird. Doch mussten sie feststellen, dass der Name der Pflanze Warenzeichen einer japanischen Firma ist und dasselbe Unternehmen auf eine »Schokolade« aus den Nüssen des Cupuaçu-Baumes Patente beantragt hat. Einer der Patentanträge wird seit dem vergangenen Sommer beim Europäischen Patentamt in München bearbeitet. In Brasilien stellt sich eine Kampagne gegen diesen Fall von Biopiraterie quer. Gemeinsam mit der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie und dem Regenwald-Institut in Freiburg wird eine offizielle Einwendung gegen das Patent vorbereitet. Direkt von den Erzeugern kommt demnächst Cupuaçu in Weltläden: Naschen und Informieren gegen Biopiraterie!

Beispiel Deutschland: Die Vielfalt an Kultursorten ist

durch Generationen von LandwirtInnen entstanden, die durch langwierige Auslesezüchtung die besten, regional angepassten Kultursorten züchteten. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die Züchtung immer stärker privatisiert und von Zuchtbetrieben übernommen. Hierbei entwickelten die ZüchterInnen die modernen Sorten auf der Grundlage der alten, bereits bekannten Sorten. Die LandwirtInnen kauften das moderne Saatgut von den ZüchterInnen, entschieden aber je nach wirtschaftlicher Lage, für die nächste Aussaat einen Teil ihrer Ernte zurückzubehalten und so ihr eigenes Saatgut wieder auszusäen – der sog. Nachbau. Hierbei berufen sich die LandwirtInnen auf die Farmers' Rights, die ihnen das Recht zusprechen, das gekaufte Saatgut aufzubewahren, nachzubauen, auszutauschen und weiterzüchten zu dürfen. In Deutschland wird immerhin etwa 50% des Saatguts nachgebaut.

Seit Ende 1997 müssen die LandwirtInnen jedoch an die ZüchterInnen eine Gebühr für diesen Nachbau bezahlen. Die Grundlage hierfür bildet das neue deutsche Sortenschutzgesetz von 1997, das auf dem internationalen Sortenschutzrecht (UPOV-Konvention von 1991) beruht. Ebenso wird seitdem von den LandwirtInnen verlangt, ihre exakten Zahlen über Umfang von Aussaat, Nachbau und Neukauf von Saatgut anzugeben. Auf Grundlage dieser Aushorchaktion werden dann die Nachbaugebühren erhoben, die von Hunderttausenden von Höfen an die ZüchterInnen entrichtet werden müssen. Diese beliefen sich 1999 auf 13,6 Mio. D-Mark, wobei der größte Teil der Höfe noch nicht erfasst ist. Die Nachbaugebühren auf die selbst nachgezogene Saat untergraben das traditionelle Nachbaurecht für alle LandwirtInnen und schaffen einen international wichtigen Präzedenzfall. Viele internationale Konzerne schielen nach Deutschland und Europa, um die Umsetzung der Nachbaugebühren zu verfolgen. Wird sich diese Gebühr in Deutschland und der EU durchsetzen, werden international agierende Saatgutkonzerne sich auch auf andere Länder stürzen. Besonders für LandwirtInnen in südlichen Ländern kann das dramatische Folgen haben. Denn hier liegt die Nachbauquote viel höher. Gebühren auf dieses Saatgut könnte viele Höfe in den Ruin treiben. In Deutschland regt jedoch sich bereits Widerstand. Die Frage ist allerdings, ob die Gegenwehr gegen die Gebühren und die Auskunftspflicht schnell genug erfolgt.

Widerstand ist notwendig!

Die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie sucht Menschen, die mitmischen wollen. Schon bald werden Verkaufsstellen für »politisch gehandelte« Cupuaçu-Süssigkeiten gesucht. Eine Masseneinwendung gegen das Patent in Münschen wird vorbereitet. Es sind Aktionen gegen Nachbaugebühren geplant. Das Thema soll bekannter gemacht und es soll aufgezeigt werden, was für Auswirkungen die Kommerzialisierung von Natur bereits hat und noch haben wird.

Die Kampagne bringt am 11. April 2003 ihre Zeitung »Kaperbrief« als taz-Beilage heraus. Danach kann das Blatt auch bei der Kampagne direkt bestellt werden.●

Mehr Infos unter: www.biopiraterie.de, BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie, email: info@biopiraterie.de, Tel.: (0 40) 39 25 26

(Der Autor ist Biologe und Mitstreiter in der Kampagne gegen Biopiraterie)

GRÜNE GENTECHNIK

Gentechnik in der Landwirtschaft gefährdet den ökologischen Landbau, der auf den Einsatz von Gentechnik verzichtet. Außerdem verhindert sie die freie Wahl der Verbraucher zwischen Produkten mit und ohne Gentechnik. Zu diesem Ergebnis kommt die Untersuchung »Grüne Gentechnik und ökologische Landwirtschaft«. Sie beschreibt die Bedingungen, die für ein unversehrtes Nebeneinander von Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik vonnöten sind. Dazu gehören rechtliche Szenarien für Sicherheitsabstände zwischen Öko-Flächen und Feldern der konventionellen Landwirtschaft mit gentechnisch veränderten Pflanzen. Die Studie wurde im Auftrag des Umweltbundesamtes vom Öko-Institut in Freiburg und dem Forschungsinstitut für biologischen Landbau Berlin (FiBL) erarbeitet. Das Gutachten antwortet auf die Fragen: Was droht dem ökologischen Landbau durch die Einführung gentechnisch veränderter Kulturen in der konventionellen Landwirtschaft? Welchen Schutz des ökologischen Landbaus bieten das deutsche und das EU-Recht? http://www.oeko.de und unter http://www.fibl.de

Green Revolution

Seitdem die Menschen vor etwa 10.000 Jahren begannen Ackerbau, Pflanzen- und Tierzucht systematisch zu betreiben, sind Saat und Ernte die Grundlage allen Lebens. Traditionell baute man für den Eigenbedarf an, in den Ländern der Dritten Welt ist das heute noch so. Gemüse und Obst das wir hier in Deutschland essen, wird nicht nur hier angebaut. Wir würden noch nicht einmal Weizen, Kartoffeln, Karotten oder Äpfel in unseren Supermarktregalen finden, wenn es nicht die biologische bzw. genetische Vielfalt in den Entwicklungsländern gäbe.

Doch die Vielfalt an verschiedenen Nahrungsmitteln hat besonders in den letzten Jahrzehnten drastisch abgenommen. In Europa begann die Reduzierung der biologischen Vielfalt bereits während der industriellen Revolution. Die Bauern mussten nun möglichst viel produzieren. Dazu spezialisierten sie sich auf bestimmte Sorten, da die Pflanzen zur maschinellen Bearbeitung möglichst einheitlich sein mussten. Die »Grüne Revolution« war der Versuch, die Landwirtschaft auch in den Entwicklungsländern zu modernisieren. Schnell wachsende Pflanzensorten und Pflanzenschutzmittel sollten die Produktion steigern, mit dem Ziel, den Hunger auf der Welt zu bekämpfen. Für den Kauf von ertragreichem Saatgut, Maschinen sowie Dünge- und Pflanzenschutzmittel mussten die Bauern in den Entwicklungsländern jedoch Kredite aufnehmen. Nur Großbauern konnten sich diese Anbauweise leisten. Kleinbauern konnten nicht mehr konkurrieren und verarmten. Statt den Hunger zu besiegen, verschärfte die »Grüne Revolution« die Armut vieler Kleinbauern. Der wirkliche Gewinner war dagegen die Industrie in den westlichen Ländern, die durch den Verkauf des Super-Saatguts sowie der Unmengen von Dünge- und Pflanzenschutzmittel Milliardengewinne machte.

Gene Revolution

Lebewesen werden in ihren Eigenschaften von Genen bestimmt. 1969 gelang es, Gene aus den Erbinformationen eines Organismus zu isolieren und in andere Organismen einzufügen. Die Saatgut-Industrie kann Pflanzen nun so manipulieren wie der Markt es verlangt, z. B. solche, die gegen giftige Pestizide immun sind, sodass unerwünschte Schädlinge vernichtet werden, ohne die Pflanzen selbst dabei zu beschädigen.

Ein Beispiel: Der Pestizidkonzern »American Cynamid« gab der Biotechnik-Firma »Molecular Genetics« den Auftrag, ein Gen zu finden, das Mais widerstandsfähig gegen ein neues Pflanzenschutzmittel des Konzerns macht. Molecular Genetics lieferte das Gen für 10 Millionen Dollar. American Cynamid verschenkte es an den Saatgutkonzern »Pioneer Hi-Bred«. Einzige Bedingung: Pioneer Hi-Bred sollte das Gen in all seine Maissorten einbauen! (Aus »Zum Beispiel: Saatgut« von Jürgen Duenbostel).

Achtung Falle! Das Mais-Saatgut von Pioneer Hi-Bred benötigt nun das Pestizid von American Cynamid, da die Maispflanzen nur von diesem nicht beschädigt werden!●

10. TUTTO BIO 2003

Bereits in der neunten Auflage erscheint Tutto Bio, das allumfassende Kompendium der Bio-Welt in Italien. Auf 512 Seiten werden Artikel zu den verschiedensten Bio-Themen (auf italienisch) veröffentlicht sowie über 7000 Adressen. Naturkostfachgeschäfte, Bio-Bauernhöfe, Urlaub auf dem Bio-Hof, Supermärkte mit Bio-Angebot, Fortbildungsangebote und vieles mehr. Als Zugabe gibt es jetzt in der zweiten Auflage Tutto Eco, ein Führer durch die Welt der Naturwaren (Nonfood). Auf 160 Seiten findet der Leser Themen wie Baubiologie, Naturtextilien, Umweltfinanzen und Bio-Hotels , einschließlich der weiterführenden Adressen. Für 20 EUR ein hilfreiches und gut gemachtes Handbuch.
http://www.biobank.it

FORTSETZUNG VON SEITE 11

Markt. Die Erlöse ihrer Produkte werden die Kosten, die die ökologische Landwirtschaft verursacht, nicht mehr decken können. Um die Rentabilität unter den veränderten Marktbedingungen zu erhalten, wird derzeit folgerichtig von den Verbänden in Richtung Kostensenkung und Massenproduktion beraten. Dies kommt mir sehr vertraut vor: auch in der konventionellen Landwirtschaft wird dies seit 30 Jahren als Heilsweg gepriesen, dessen Ränder mit hunderttausenden von stillgelegten Höfen gesäumt sind.

Als alter Direktvermarkter sehe ich für mich bisher noch keinen direkten Vorteil aus der neuen Politik, keinen Vorteil für meine Form der Vermarktung auf Bauern- und Wochenmärkten. Mein Markenzeichen »Hof Coldewey« ist den Stammbesuchern seit über zehn Jahren zu einem Begriff geworden. Er ist Gott sei Dank nicht so leicht austauschbar.

Bis vor zwei Jahren produzierte ich nach EU-Standard, heute bin ich Mitglied bei Bioland, meine Stammkunden kaufen weiterhin beim Bio-»Hof Coldewey«. Meine Kunden verzeihen mir kleinere Fehler bei der Produktqualität, denn wie die meisten Direktvermarkter habe ich ein stabiles Verhältnis zu meinen Kunden. Das Bio-Siegel wird mir keinen größeren Zulauf bescheren.

Doch auch »alte« direktvermarktende Biobauern leben nicht nur von der Stammkundschaft, ein erheblicher Anteil der Einnahmen kommt von der so genannten Laufkundschaft. Diese jedoch misst mich zum Großteil am Bio-(Billig-)Siegel, sie wirft alle Biobauern in einen Topf und macht mich mitverantwortlich für Skandale. Was diesen Teil der Kundschaft anbetrifft, sehe ich schwerere Zeiten auf mich zukommen.

Ich meine daher, dass eine bäuerliche Landwirtschaft im Biobereich und das Bio-Siegel in seiner jetzigen Konzeption sich auf Dauer ausschließen. Für eine Kurskorrektur ist noch Zeit. Um nicht auf die altbekannte Schiene des Wachsens oder Weichens zu geraten, muss meiner Ansicht nach der Biolandbau organisch wachsen. Neuanfangende Bauern müssen Erfahrungen sammeln dürfen, ohne sofort vom Kostendruck überrollt zu werden. Direktvermarktung und die Betonung regionaler Vermarktungswege – so sind zwar keine Marktanteile von 20 Prozent zu gewinnen, aber diese Wege sollten gefördert werden.

Keine Förderung benötigt die Vermarktung über die Handelsketten. Sie wird auch so Marktanteile bekommen. Ähnliches wie für die staatliche Förderung gilt für die Beratung. Sie sollte die Bauern nicht in die Wachstums- und Kostensenkungsfalle locken, sondern dahingehend beraten, wie mit Hilfe eigener Vermarktungswege kostendeckende Preise erzielt werden können. Nur langsames Wachstum erhält bäuerliche Strukturen, auch im Biobereich.●

Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus: Agrar-Bündnis e.V.: Landwirtschaft 2003. Der kritische Agrarbericht, 328 S., 21 EUR (www.bauernstimme.de)

Autoren

Dietmar Groß, bewirtschaftet einen Bioland-Betrieb in Homberg-Mühlhausen und ist Biobeauftragter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Am Dorfbrunnen 1, D-34576 Homberg-Mühlhausen Tel. (0 56 81) 26 07, E-Mail: GROSS2607@aol.com
Gerd Coldewey bewirtschaftet einen direktvermarktenden Bioland-Betrieb mit hofeigener Schlachtung und Lebensmittel-Verarbeitung. Hof Coldewey, Stadtlander Str. 82, D-26937 Seefelder-Außendeich, Tel.: (0 47 34) 5 77, E-Mail: info@hof-coldewey.de, www.hof-coldewey.de

Bayer: Geheime Experimente mit Terminator-Genen in England

Umweltaktivisten fühlen sich von Regierung betrogen

Britische Umweltorganisationen protestieren vehement gegen Freilandversuche des Bayer-Konzerns mit gentechnisch verändertem Raps, der sogenannte »Terminator Gene« enthält. Terminator Gene schaffen sterile Pflanzen, deren Samen für die Aussaat nicht weiter verwendet werden können. Die Verwendung solcher Pflanzen wurde in dieser Woche von Forschern des Institute of Science in Society (ISS) nachgewiesen. Die Freilandversuche an rund 150 Orten in ganz Großbritannien gehören zu einer 4-jährigen Versuchsreihe der britischen Umweltbehörde.

Redaktion Heidelberg ● Der Einsatz von »Terminator-Genen« wurde seitens des Saatgut-Herstellers Bayer *CropScience* und der Aufsichtsbehörde DEFRA geheim gehalten, berichtet der neuseeländische Nachrichtendienst Scoop. Die Wissenschaftler Mae-Wan Ho und Joe Cummins vom ISS warnen vor den Gefahren der neuen Raps-Saat: genetisch veränderte Raps-Samen können auf gentechnisch unbehandelte Sorten und auf verwandte Arten überspringen. Verwandte Arten wie Broccoli, Senf, Blumenkohl und wildlebende Pflanzen könnten an der Fortpflanzung gehindert werden und schlimmstenfalls aussterben.

Philipp Mimkes von der *Coordination gegen BAYER-Gefahren*: »Bereits im letzten Sommer mussten die Freilandversuche in England gestoppt werden, nachdem bekannt wurde, dass Saatgut der Firma Bayer verbotene Antibiotika-Resistenzgene enthielt. Die Tests mit gentechnisch verändertem Saatgut dienen nicht der Ernährungssicherheit sondern einzig und allein den Profitinteressen der Agroindustrie.«

Die Aktivistengruppe *GM-Free Cymru* aus Wales will die weitere Aussaat von »Terminator Genen« parlamentarisch stoppen. Brian John von *GM-Free Cymru*: »Die Verwendung dieser Technologie in Raps-Saaten ist über Jahre hinweg geheim gewesen. Wir fühlen uns von den Verantwortlichen verraten. Erst nachdem unabhängige Wissenschaftler die Existenz solcher Saaten nachgewiesen hatten, gaben die zuständigen Stellen zu, dass in Großbritannien anderes Saatgut verwendet wurde als in den USA und Kanada. Die Öffentlichkeit wurde getäuscht und belogen.«

Brasilianische Bauernaktivisten wie Wilson Campos hatten beim Welt-Sozialforum in Porto Alegre vor Terminator-Gen-Saaten gewarnt. Diese bewirken, dass die Bauern von der Ernte nichts für die nächste Aussaat aufheben können, wie es in den meisten Entwicklungsländern praktiziert wird. Da sich die patentierten Pflanzen der Agrarindustrie nicht fortpflanzen können, müssen die Bauern im Folgejahr wieder Saatgut kaufen. Nach den neuen Regelungen sei es den Bauern auch verboten, Saatgut zu tauschen. Die UN-Welternährungsorganisation FAO hat festgestellt, dass 1,4 Mrd. Bauern der südlichen Hemisphäre darauf angewiesen sind, Saatkörner auszubringen, die sie aus der Ernte abgezweigt haben oder die sie von ihren Nachbarn für die Fruchtfolge eingetauscht haben.

Die Studie des Institute of Science in Society findet sich unter: www.i-sis.org.uk/CEDF.php●

ÜBERBLICK FÜR DEUTSCHLAND

Sozialgenossenschaften – eine neue Unternehmensform?

Sozialbetriebe agieren vor dem Hintergrund sozialer Bedürfnisse oder sozialer Problemlagen. Ob ein sozialer Bedarf oder ein soziales Problem vorhanden ist und als solches gesehen wird und ob es von »sozialem Nutzen« ist, etwas (und wie viel) für dessen Deckung zu tun ist, bleibt letztlich eine gesellschaftliche und eine politische Frage. Ein solches förderwirtschaftliches Agieren stellt das entscheidende Charakteristikum genossenschaftlicher und damit auch sozialgenossenschaftlicher Unternehmen dar. Über deren Vielfalt und bestehende Ansätze wird nachfolgend ein kurzer Überblick gegeben.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Dem Begriff Sozialgenossenschaften kann ein breites Spektrum, in sehr unterschiedlichen Bereichen wirtschaftlich tätiger Genossenschaften zugeordnet werden, deren Mitglieder oder Beschäftigte im sozialen Sektor arbeiten bzw. dort zuzuordnen sind. Unterscheiden lassen sich Sozialgenossenschaften Betroffener, Solidarische Sozialgenossenschaften und Professionelle Sozialgenossenschaften. Alle drei Typen können produktivgenossenschaftlichen oder auch hilfsgenossenschaftlichen Charakter haben.

Produktivgenossenschaften sind es, wenn zumindest ein nennenswerter Teil der Mitglieder auch Beschäftigte der Genossenschaft sind oder über diese regelmäßig bezahlte Arbeit erhalten, die nicht in irgendeiner Form der Selbständigkeit oder Subunternehmerschaft ausgeführt wird. Der hilfs- oder fördergenossenschaftliche Charakter ist gegeben, wenn die Mitglieder über diese Genossenschaften Leistungen beziehen oder einbringen, die der ergänzenden Unterstützung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit oder ihrer Reproduktion bzw. ihres Konsums im weitesten Sinne dienen.

Bestandsaufnahme

Für welche Zahl und Art von Genossenschaften kann aber die Bezeichnung Sozialgenossenschaften genutzt werden? Vermutlich gibt es gegenwärtig erst etwa 100 Sozialgenossenschaften in Deutschland mit leicht wachsender Tendenz. Dies stellt selbstverständlich eine relativ grobe Schätzung dar, weil Statistik dazu bei den Genossenschaftsverbänden existiert. Die Angaben beruhen auf schriftlichen Anfragen bei diesen, ob und welche Genossenschaften aus ihrem Zuständigkeitsbereich im sozialen Sektor tätig sind, ergänzt durch eigene Beobachtungen bzw. Erfassungsversuche. Die vorhandenen bundesdeutschen Sozialgenossenschaften lassen sich sechs Teilgruppen zuordnen:

1. Relativ neu sind die Arbeitslosengenossenschaften wie die *GDS Gemeinschaftsdienste Stolberg eG, Lerchenhof Handwerksgenossenschaft St. Pauli eG* oder *HausGemacht eG* in München. Vermutlich die älteste ist die *GDS*, die bereits 1985 gegründet wurde und damit in gewisser Weise schon ihre ersten »Bewährungsproben« überstanden hat. Mit 15 Beschäftigten arbeitet sie relativ erfolgreich. Bei der *Hausgemacht*, einer von Frauen für haushaltsnahe Dienstleistungen organisierten Unternehmung, steht die Bewährungsprobe noch bevor, da nach der Aufbauphase die Overheadkosten, insbesondere die des Managements erwirtschaftet werden müssen. Aufgrund der Schwarzmarktkonkurrenz ist das in diesem Marktsegment eine schwierige Aufgabe.
2. Eine Besonderheit sind die Schulgenossenschaften, die fast immer auch über die Gemeinnützigkeit verfügen. Die meisten von ihnen gehören zu den Waldorfschulen beispielsweise in Ismaning, Kirchheim-Teck, Hitzacker, Ravensburg, Offenburg, Karlsruhe und Überlingen. Insofern stellt die Schulgenossenschaft Eichenschule in Scheeßel eine Ausnahme dar. Ursprünglich mit einem Internat kombiniert steht heute dort die schulische Ausbildung auf einem Gymnasium im Vordergrund. Die Eichenschule wurde 1947 in der Rechtsform einer landwirtschaftlichen Genossenschaft gegründet. Bis heute erwerben die Eltern Genossenschaftsanteile, um ihre Kinder in den Unterricht zu schicken. Derzeit werden rund 950 Schülerinnen und Schüler an der Eichenschule unterrichtet.
3. Die Sekundärgenossenschaften der Behindertenwerkstätten agieren regional mit Sitz in Kassel, Sindelfingen, Hamburg, Oschersleben, Leipzig und Rendsburg. Als Genossenschaft zahlreicher Werkstätten für Behinderte liegen ihre Prioritäten bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Zu diesem Zweck bieten sie die Vermittlung und Abwicklung von Dienstleistungen und Werkstattleistungen für Unternehmen, Institutionen, Gemeinden, Kommunen sowie Städte an. Beispielsweise sind bei GDW-Süd mehr als 70 Werkstätten

Altkönig Stift eG in Kronberg

und über 10.000 Mitarbeiter in Baden-Württemberg und Bayern eingebunden. Sie konzentrieren sich auf die vier Leistungsbereiche Umweltservice, Lohnfertigung und -montage, Dienstleistung sowie Qualitätsprodukte.
4. Bei den Verwaltungsgenossenschaften sozialer Einrichtungen geht es um Betriebsgenossenschaften, die die unter anderem die Gebäude und Grundstücke verwalten, in denen soziale Leistungen und Tätigkeiten angeboten werden. Zu ihnen gehört beispielsweise die *Spastikerhilfe Berlin eG*, die Menschen mit Körper- bzw. Schwermehrfachbehinderungen und deren Angehörigen ein breites Angebot an Unterstützung anbietet. Beispielsweise Beratung und Hilfen in zahlreichen Lebensbereichen wie Betreuung, Wohnen, Arbeiten, Freizeit etc. Der *Krankenpflegeverein eG Salzhausen* ist mittlerweile über hundert Jahre alt. Von Anfang an war das »Krankenhaus Salzhausen« eine Genossenschaft. Ihr gehören heute zahlreiche Einzelpersonen aus Salzhausen und den umliegenden Dörfern an, zum Teil bereits in dritter Generation. Zu dieser Kategorie der Sozialgenossenschaften kann ebenfalls der *Verein für Erholung und Ferienstätten Berlin-Wilmersdorf eG* gerechnet werden.
5. Seniorengenossenschaften gibt es als Experiment besonders in Baden-Württemberg. Die meisten agieren aber nur als e.V., obwohl sie die Bezeichnung Genossenschaften nutzen. Eine Eintragung als eG haben vor allem Wohnungsgenossenschaften für ältere Menschen nach dem Schwäbisch-Hall-Modell erreicht. Sie sind beispielsweise in Orten wie Löffingen, Buchen, Goslar, Eisenach, Tuttlingen oder Bad Soden-Salmünster ansässig. Eine richtige Seniorenwohnanlage betreibt die *Altkönig-Stift eG* in Kronberg. Als gemeinnützige Einrichtung ermöglicht sie ihren Mitgliedern gegen Übernahme von Geschäftsanteilen, den dritten Lebensabschnitt im Stift zu verbringen. Medizinische und pflegerische Betreuung, Arztpraxen sowie Krankengymnastik und Bäderabteilung im Haus, die häusliche Pflege in der eigenen Wohnung, Reinigung, Mahlzeiten, »Betreuung auf Abruf« gehören zum Servicespektrum.
6. Als letzte Gruppe der Gruppe der Sozialgenossenschaften sind Wohnungsgenossenschaften in sozialen Brennpunkten zu nennen. Sie lassen sich am schwierigsten von Mietergenossenschaften bzw. herkömmlichen Wohnungsbaugenossenschaften mit viel sozialem Engagement abgrenzen. Bekanntere Beispiele wie die Wohnungsbaugenossenschaft *»Am Beutelweg« eG* in Trier, *»Am Werk«* in Lauchhammer oder die *Vermietungsgenossenschaft Ludwig-Frank eG* in Mannheim sind auf jeden Fall dazu zu rechnen. Sie veranlassen ihre nutzenden Mitglieder, oftmals zu einem großen Teil Migranten, ihre Wohnungen und Häuser in Selbsthilfe zu sanieren und gründen Tochtergesellschaften, um Arbeitslose aus dem eigenen Wohnumfeld mit Service- und Instandsetzungsarbeiten in dauerhafte Beschäftigung zu bringen.

Perspektiven

Wirtschaftlicher Förderauftrag und sozialpolitisch verantwortliches gemeinnütziges Handeln müssen sich nicht widersprechen. Dies verdeutlicht das beschriebene Spektrum der vorhandenen Sozialgenossenschaften. Trotz der bisher relativ geringer Verbreitung werden sie in Zukunft aufgrund des massiven Strukturwandels im sozialen Sektor erheblich an Bedeutung gewinnen. Sie werden sich qualitativ und quantitativ weiterentwickeln, da die dramatisch sich verschlechternden ökonomischen Bedingungen im sozialen Sektor einen Dritten Weg zwischen Profitbetrieb und Idealvereinigung regelrecht erzwingen. Durchbrüche werden vor allem dort entstehen, wo die entsprechenden Bedarfe am stärksten sind:

- bei allen Facetten der Arbeitslosigkeit;
- im Umfeld so genannter überforderter Nachbarschaften bzw. vernachlässigter Wohngebiete;
- bei solidarökonomischen Projekten, in denen es um die nachhaltige Organisation der wirtschaftlichen Förderung benachteiligter Randgruppen in der Gesellschaft geht.

Erreichen lässt sich deren verstärkte Gründung durch ein breites Spektrum an Aktivitäten. Dazu gehört vorrangig erst einmal die Intensive Öffentlichkeitsarbeit mit positiven Beispielen von Sozialgenossenschaften als Modell für Imitatoren. Nur in dem Fallbeispiele mit den Möglichkeiten, die in der genossenschaftlichen Struktur und Rechtsform stecken ausführlich bei potentiellen Gründerinnen und Gründern bekannt gemacht werden, besteht die Chance, dass diese auch tatsächlich wahrgenommen werden.●

TAGUNG FACHHOCHSCHULE FRANKFURT 13.06.2003

Perspektiven für Sozialgenossenschaften im Wandel der Sozialen Arbeit

Am 13. Juni 2003 findet von 9.00 bis 18.00 Uhr in der Fachhochschule Frankfurt eine Tagung zum Thema Sozialgenossenschaften statt. Veranstalter ist der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. und der Fachbereich 4 – Soziale Arbeit und Gesundheit der Fachhochschule Frankfurt a. M. Ziel ist es, Chancen und Grenzen von Sozialgenossenschaft auszuloten, die diese für die Organisation der Trägerlandschaft und der Selbstorganisation der Betroffenen in den Feldern der Sozialen Arbeit bietet.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Besonders in Zeiten knapper öffentlicher Mittel erhöht sich für die Einrichtungen in den Feldern der Sozialen Arbeit der Druck, effizient zu wirtschaften und möglichst Mittel einzusparen. Damit verbinden sich nicht nur Tendenzen zum Zusammenschluss kleinerer, ursprünglich meist als Vereine organisierter Träger, sondern auch zu deren Ausgestaltung als (wirtschaftlich orientierter) Anbieter auf dem Markt sozialer Dienstleistungen. Auf der anderen Seite haben die Aufforderungen zu ehrenamtlicher Tätigkeit und zur Selbsthilfe Konjunktur, ohne dass so recht deutlich wird, wie sich die neue »Wirtschaftlichkeit« der sozialen Einrichtungen mit dieser auf Solidarität zielenden Werthaltung organisatorisch und inhaltlich verbinden soll.

Ebenfalls in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs, Massenarbeitslosigkeit und mangelnder öffentlicher Ressourcen entwickelte sich, u.a. in der Arbeiterbewegung, die Idee zu Genossenschaften vor allem als (Ver-)Sicherungs-Organisationen für ihre Mitglieder. Verstärkt seit den 1980er Jahren findet dieser Gedanke in Deutschland wieder größere Beachtung, wobei sich zunehmend auch Sozialgenossenschaften heraus gebildet haben, die sich den Zielen der Arbeitsplatzschaffung, der besseren sozialen Versorgung und dem selbst bestimmten Arbeiten verpflichtet sehen. Wenn man zudem bedenkt, dass der Genossenschaftsgedanke den Grundideen von Solidarität und Selbstorganisation durch Mitgliedschaft folgt, verwundert es, dass er in den Feldern der Sozialer Arbeit bis heute nur vereinzelt bekannt und diskutiert ist.

Die Tagung will einen Beitrag dazu leisten, dem abzuhelfen. Gemeinsam mit ExpertInnen aus der Genossenschaftsbewegung und der Sozialen Arbeit, mit VertreterInnen von Trägern sozialer Einrichtungen und aus Politik und Verwaltung soll ausgelotet werden, welche Chancen und Grenzen die Form der Sozialgenossenschaft für die Organisation der Trägerlandschaft und der Selbstorganisation der Betroffenen in den Felder der Sozialen Arbeit bietet. Weitere Information über Prof. Dr. N. von Göler, Fachbereich 4 – Soziale Arbeit und Gesundheit, Fachhochschule Frankfurt a. M., Nibelungenplatz 1, D-60318 Frankfurt am Main, oder per E-Mail unter: sozgeno@mail.fb4.fh-frankfurt.de oder per Fax unter: 069-15 33 28 67. Eine Anmeldung sollte bis 30. Mai 2003 erfolgen. Tagungskosten: 20,00 EUR inkl. Mittagessen, 10,00 EUR für Studierende. Weitere Details können nachgelesen werden unter http://www.fb4.fh-frankfurt.de/veranstaltungen/sozgeno●

Programmablauf

9.30 Uhr Begrüßung
Prof. Dr. Beate Finis, Vizepräsidentin, Fachhochschule Frankfurt, Prof. Dr. Swoboda, Dekan des Fachbereiches Soziale Arbeit und Gesundheit

9.45 Uhr Vorteile der Genossenschaft als Rechtsform
Dr. Burchard Bösche, Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

10.30 Uhr Sozialgenossenschaften als Alternative bzw. Perspektive für soziale Einrichtungen
Dr. Burghard Flieger, Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.

11.15 Uhr Pause

11.30 Uhr Praxisbericht 1:
WoGeno, Genossenschaft für selbstverwaltetes, soziales und ökologisches Wohnen, München Frau Heike Skok, Vorstandsmitglied

12.00 Uhr Praxisbericht 2:
Spastikerhilfe Berlin eG Herr Georg Dudaschwili, Geschäftsführer

12.30 Uhr Diskussion
Moderation: Prof. Dr. Nicole Göler von Ravensburg, Fachhochschule Frankfurt, Fachbereich 4, Studiengang Sozialpädagogik

13.00 Uhr Mittagessen

14.30 Uhr Praxisbericht 3:
Assistenzgenossenschaft Bremen eG Frau Solveig Eisert, Geschäftsführerin

15.00 Uhr Diskussion
Moderation: Dr. Burghard Flieger, Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens

15.30 Uhr Anfragen und Perspektiven:
Sozialgenossenschaft aus Sicht der Sozialen Arbeit Prof. Dr. Nicole Göler von Ravensburg, Fachhochschule Frankfurt, Fachbereich 4, Studiengang Sozialpädagogik

16.00 Uhr Pause

16.15 Uhr
Anfragen und Perspektiven: Sozialgenossenschaft aus Sicht von Verwaltung und Politik
N.N.

17.00 Uhr Abschlussdiskussion
Moderation: Dr. Burghard Flieger, Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.

18.00 Uhr Ende der Tagung

Saddam Hussein – Porträt eines Diktators

Leider ist die Welt nicht ganz so einfach zu erklären. Dass die Mehrheit der Deutschen einem Krieg gegen den Irak mit gehöriger Skepsis entgegensieht, ist nichts Verwerfliches, ganz im Gegenteil. Dass allerdings laut Spiegel 58% der Bevölkerung George W. Bush für eine Gefahr für den Weltfrieden hält, hingegen nur 28% Saddam Hussein und nur 9% das Regime in Nordkorea, stimmt mich hingegen bedenklich. Keine Friedensdemo ohne Irakfahne ...

Leuten, die der Meinung sind, dass der Irak ein armes, unschuldiges Opfer der bösen US-Imperialisten ist, möchte ich hiermit folgendes Buch ans Herz legen: Der britische Journalist Con Coughlin hat eine politische Biographie Saddam Husseins veröffentlicht. Das Buch ist flott geschrieben, definitiv nicht langweilig und liefert trotz methodischer Schwächen einen höchst interessanten Abriss der jüngeren irakischen Geschichte.

Der Aufstieg der Baath Partei in mörderischer Konkurrenz zu den Kommunisten, Islamisten und diversen anderen Gruppen ist fundiert beschrieben. Es wird überaus deutlich, dass es im Irak, wie in den meisten arabischen Ländern, kaum demokratische oder humanistische Traditionen gibt, und dass exzessive Gewalt in Clan- und Familienfehden gang und gäbe sind. Der Aufstieg Saddams und seines Klüngels wird dabei in all seiner Brutalität und oft auch Banalität beschrieben.

Die ständigen Vergleiche hiesiger Medien von Saddam mit Hitler sind nicht wirklich erhellend. Aber sein Aufstieg in der Baath Partei angesichts von Rivalen, die alle ausgebildeter und intellektueller waren als er, erinnert sehr an die Karriere von Josef Stalin, dessen Werke Saddam auch gerne gelesen hat. Schon als junger Mann hat er aus politischen Gründen gemordet. Er stieg auf, weil er konsequent die Dinge getan hat, für die sich andere zu schade waren – oder eben doch Skrupel hatten. Das erste Drittel des Buches ist insofern besonders spannend, weil gerade dieses Umfunktionieren einer Einparteiendiktatur in eine ganz persönliche Machtentfaltung bemerkenswert ist. Die späteren Verbrechen des Saddamschen Clans, vom Krieg gegen den Iran bis hin zur Massenvergasung der kurdischen Bevölkerung, kommen natürlich nicht zu kurz.

Zusammenfassend sei gesagt, dass ich nach einer solchen Lektüre trotzdem nicht für Bomben auf Bagdad bin – aber der Wunsch, diesen Mann und sein Regime zu zerstören, ist richtig. Kritisch soll angemerkt werden, dass es sich hier um eine journalistische Arbeit handelt, die Quellen werden oft nicht benannt, laut Coughlin auch, um viele Überlebende und Exilierte nicht zu gefährden. Man könnte natürlich denken, dass die eine oder andere CIA-Ente in diesem Buch versteckt ist, aber für eine Bewertung Saddams reicht es völlig aus, wenn nur die Hälfte stimmt..●

FEHRI

Aus: terz – autonome Stattzeitung für Düsseldorf und Umgebung, März 2003

Con Coughlin: Saddam Hussein – Porträt eines Diktators, München 2002

Krieg gegen den Irak

Krieg gegen den Irak ist ein besonderes Buch. Unübersehbar, dass es auf die Schnelle gemacht ist. Vieles hätte vertieft, vielleicht ein bisschen anders präsentiert werden müssen. Aber wäre das auch möglich gewesen? Zum richtigen Zeitpunkt?

Der Kölner Kiepenheuer & Witsch-Verlag hat sich entschlossen, ein Buch, das – unüblich – zu annähernd drei Vierteln aus einem einzigen Interview besteht, auf den Markt zu schmeißen. Zum richtigen Zeitpunkt. Der Inhalt des Buches ist zu wichtig, als dass er zu spät veröffentlicht wird, detailliertes und stilistisch feines Lektorat hin oder her. Der Chef des Sachbuchprogramms, Lutz Dursthoff, hat die Wächterfunktion der Medien, also auch der Buchverlage, über alles andere gestellt und daher so schnell wie möglich gehandelt. Sehr gut so.

Zum Inhalt: Der amerikanische Journalist William R. Pitt hat den ehemaligen UN-Waffeninspekteur (1991-1998) Scott Ritter ausführlich befragt. Ritter war im Golfkrieg Navy-Offizier, ist bis heute Mitglied der Republikaner und inzwischen einer der schärfsten Kritiker der Irak-Politik von Präsident George W. Bush geworden. Sein Fazit: Der Irak ist aufgrund des damaligen Krieges, der anschließenden Inspektionen und Zerstörungen seiner Waffenproduktionsanlagen sowie des bis heute bestehenden Embargos überhaupt nicht in der Lage, andere Staaten mit Massenvernichtungswaffen zu bedrohen. Würde das Regime Saddam Husseins entsprechende Programme betreiben, würde das Geheimdiensten wie der CIA nicht verborgen bleiben. Um solche Machenschaften zu unterbinden, bedürfe es keines Krieges.

Saddam Hussein, begründet Pitt nachvollziehbar, ist zwar ein Despot, aber kein Fundamentalist. Würde er Mächten wie der El Kaida seine Waffen zur Verfügung stellen, würde die Terrororganisation dieses Teufelszeug zuerst Islamintern gegen Saddam selbst einsetzen, weil dieser nicht linientreu genug ist. Davon abgesehen, hätten die USA die UN-Waffeninspektionen im Irak derart zu eigenen geheimdienstlichen Ermittlungen missbraucht, dass diese dadurch letztlich gescheitert seien. Jetzt daraus die Begründung für einen Krieg zu konstruieren, sei letztlich nichts anderes als der Versuch, das Familientrauma der Bushs zu lindern: Saddam muss weg, koste es, was es wolle. Der Sohn soll vollenden, was der Vater nicht geschafft hat. Und Öl spielt natürlich auch eine wichtige Rolle.●

J. S.

Aus: Pro ZUKUNFT Nr. 2002/6. Herausgegeben von der Robert-Jungk-Bibliothek, Salzburg

Pitt, William R.; Ritter, Scott: Krieg gegen den Irak. Was die Bush-Regierung verschweigt. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2002. 107 S., 6,90 EUR ISBN 3-462-03211-9

Der 11. September und die Folgen

Die wichtigsten Artikel aus der taz

Menschen können denken und wollen deswegen keinen Krieg. Aber wenn sie trotzdem für den Krieg sein sollen? Dann schaffen Kriegsinteressenten und potentielle Kriegsgewinnler ganze Nebelbänke aus Tartarenmeldungen, dreisten Lügen und direkter Kriegshetze um die Kriegslust auf ausgesuchte innere und äußere Feinde zu lenken. Aus realen objektiven oder auch wenigstens nur subjektiven Wahrheiten werden durch die Medien und subjektive Empfindungen Zerrbilder der Realität. Selbst unbestreitbare objektive und veröffentlichte Tatsachen verschwinden im Nebel aus kriegsvorbereitender Hetze und den Unzulänglichkeiten des menschlichen Gedächtnisses.

In den USA glaubt inzwischen die überwiegende Mehrheit der US-Bürger, dass die Flugzeugattentäter des 11. September irakische Staatsbürger waren. In Wirklichkeit waren von 19 Flugzeugentführern 15 Saudis und keiner ein Iraker. Selbstverständlich wurde über diese Tatsache auch in amerikanischen Medien ausführlich berichtet. Trotzdem gelang es der US-Regierung durch ständiges Hinweisen auf Saddams mögliche ABC-Waffen aus dem Anschlag islamistischer Fundamentalisten mit Messern einen Anschlag arabischer Nationalisten aus dem Irak zu machen. Um diese Lüge zur Wahrheit zu machen, hat die Regierung der USA nicht einmal richtig gelogen. Es bedurfte nur ein paar wilder Behauptungen über irgendwelche geheimen Treffen zwischen Vertretern von Ossama bin Ladens und Saddam Hussein. Die Lügen wurden schnell öffentlich aufgedeckt und verwandelten sich trotzdem in gefühlte Wahrheiten. Man könnte von einer Verschwörung zum Krieg reden...

Nein, aber es gab ja keine Verschwörung, denn der Irakkrieg und die weiteren Kriege rund ums Öl in der arabisch-muslimischen Welt wurden bereits ganz offen angekündigt!!! In einem Interview mit dem ehemaligen CIA Chef James Woolsey am 22. 5. 2002 wurden die Ziele des Feldzuges nicht nur gegen den Irak offen dargelegt.

Zu Saudiarabien sagt Woolsey: »Wir müssen diesen Krieg zu einem Krieg zur Befreiung der Menschen im Nahen Osten machen. Wir müssen die hunderttausenden anständigen und vernünftigen Muslime überzeugen, dass wir sie von diesen schrecklichen Regierungen befreien wollen, vor allem im Irak und Iran. Und vielleicht, ja, auch Saudiarabien«.

Im Gegensatz zu dem Buch von Mathias Bröckers ist dieser Reader keine unausgegorene Ansammlung von zusammen gegoogelten unausgegorenen wilden Gedanken dubioser Quellen, sondern die sorgfältige Sammlung von bereits veröffentlichten sorgfältig recherchierten Zeitungsartikeln. Da die *tageszeitung* als überregionale Qualitätszeitung über eigene direkte Quellen verfügt, steht dort mehr drin als der dünne Infotainmentbrei der Nachrichtenagenturen. Dieser Reader ist ein brauchbares Instrument für Pazifisten, um nicht auf die Lügen rund um den 11. September hereinzufallen.●

Achim Scheve

tazrecherchedienst: Der 11. September und die Folgen. Reportagen, Interviews und Analysen. Die wichtigsten Artikel aus der taz. 200 Seiten, Spiralbindung, 15 EUR, zzgl. 1.28 Euro Porto
Der Reader ist nicht im Buchhandel erhältlich, sondern nur über tazrecherchedienst www.taz.de recherche@taz.de
Tel.: (0 30) 25 90 22 84 (Di-Do 11 bis 15 Uhr)
Fax: 25 90 26 84

Demokratie und Enteignung

Die israelische Staatsbürgerin Amira Hass mit heutigem Wohnsitz in Ramallah bezeichnet in ihrem Buch »Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land« den Umgang mit den palästinensischen Menschen als Apartheidspolitik. Eine Einschätzung, die auch die Autoren und Autorinnen des Sammelbandes »Mit dem Konflikt leben!? – Berichte und Analysen von Linken aus Israel und Palästina« teilen. Der von der deutschen Politik- und Kulturwissenschaftlerin Irit Neidhardt herausgegebene Band stellt nach eigener Aussage Themen in den Mittelpunkt, die sich hinter dem Israel-Palästina-Konflikt verbergen, in den Osloer Verträgen keine Berücksichtigung und bislang auch kaum eine Chance gefunden hätten, öffentlich diskutiert zu werden.

Den längsten und auch interessantesten Beitrag hat Ella Habiba Shohat geschrieben, eine arabisch-jüdische Professorin für Kultur-und Frauenstudien, die an der New York University lehrt. Sie beschreibt die Situation der arabischen oder orientalischen Juden in Israel, der Mizrahim, die nach ihrer Einschätzung mittlerweile die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Israels bilden, aber der Minderheit der europäischen Juden keineswegs gleichgestellt seien. Im Gegenteil, man habe arabischen Juden aus Ländern wie Marokko, Algerien, Ägypten, Iran, Irak und Indien angeworben, um sie als billige Arbeitskräfte zu verwenden oder als Verfügungsmasse für Besiedlungen.

Shohats Hauptthese, die auch in den anderen Beiträgen anklingt, ist die, dass sich Israel kulturell, ideologisch und geopolitisch nicht im Nahen Osten verortet, obwohl seine Bevölkerung überwiegend orientalisch ist, sondern sich als »Verlängerung Europas im Nahen Osten« begreift und aus dieser idealistischen Verblendung heraus eine eurozentristische Hegemonie ausübt, indem es alles Arabisch-Orientalische negiert, unterordnet oder wie im Falle der Palästinenser verdrängt. Wenn diese These stimmt, dann bedeutet das für den Israel-Palästina-Konflikt, dass es keine Zukunft für die Palästinenser gibt, weder in einem eigenen Staat noch in einer Konföderation mit Israel. Es sei denn, Israel überdenkt seine eigene Identität und bekennt sich nicht nur zu seinen europäischen, sondern auch zu seinen arabischen Wurzeln.

Inwieweit das Überlegenheitsgebaren der israelischen Eliten, von denen ja nicht wenige osteuropäischer Herkunft sind, möglicherweise nicht nur etwas mit dem Holocaust, sondern auch mit der einst erlittenen Diskriminierung der »Ostjuden« in Europa zu tun hat, davon ist leider in dem Aufsatz von Ella Habiba Shohat nur am Rande die Rede. Es würde nichts rechtfertigen, aber manche Unerbittlichkeit auf israelischer Seite verstehen helfen.●

Angela Gutzeit

Amira Hass: Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land. Aus dem Englischen von Sigrid Langhaeuser. Verlag C. H Beck, München 2003, 410 Seiten, 24,90 EUR
Irit Neidhardt (Hrsg.): Mit dem Konflikt leben!? – Berichte und Analysen von Linken aus Israel und Palästina. Unrast-Verlag, Münster 2003, 167 Seiten, 14 EUR

Leitfaden DDR-Forschung

Die dritte, überarbeitete und erweiterte Ausgabe des *Vademekum DDR-Forschung* verzeichnet circa 600 Einträge: Archive, Bibliotheken, Forschungseinrichtungen, Institutionen der politischen Bildungsarbeit, Museen und Gedenkstätten sowie Zeitschriften und nicht zuletzt eine Vielzahl von Vereinen, Verbänden und Initiativen, die sich alle im weiteren Sinne mit der DDR-Geschichte beschäftigen oder wichtige Materialien, Bücher, Dokumente, Daten etc. bereitstellen.

Das von der 1998 eingerichteten *Stiftung Aufarbeitung* produzierte *Vademekum* ist in den letzten Jahren zu einem unverzichtbaren Handbuch für die Wissenschaft, die politische Bildung, die Medien sowie für zeithistorisch Interessierte geworden. Wer und welche wissen möchte, wo über die politische Geschichte der DDR, die SED, die DDR-Kultur, das Grenzregime, die Staatssicherheit, die Landwirtschaft oder die Jugendkultur geforscht bzw. informiert wird, findet im *Vademekum* eine Hilfe. Im Hauptteil finden sich die Adressen sehr vieler Einrichtungen, unterteilt nach neun Kategorien, innerhalb dieser dann nach Orten alphabetisch sortiert. Zur Vertiefung sind auf den letzten 50 Seiten ausführlichere Selbstdarstellungen von verschiedenen Archiven und Forschungseinrichtungen zu finden. Das Gros der Adressen besteht aus Archiven auf kommunaler und Kreisebene. Das Handbuch ist mit einem Personen- und einem Institutionenregister sehr gut erschlossen und mit einem Abkürzungsverzeichnis versehen.Das politische Spektrum der aufgenommen Institutionen umfasst nicht nur, wenn auch hauptsächlich solche, deren vorrangige Aufgabe es ist, die DDR zu delegitimieren. Es finden sich also all die vielen staatlichen Einrichtungen (und dazu gehören auch Universitäten etc.), bei denen die Rede von den zwei deutschen Diktaturen und andere Relativierungen des Nationalsozialismus zum festen inhaltlichen Repertoire gehören. Die laut *Vademekum* fast durchweg mit regelmäßiger Förderung aus Bundes- und Landesmitteln ausgestatten »Opferverbände« sind ebenfalls verzeichnet.

Die Einrichtungen derjenigen, die sich um eine »neutrale« oder den heutigen Zuständen gegenüber kritische Aufarbeitung der DDR und ihrer Geschichte bemühen, sind ebenfalls verzeichnet. Sie stellen um die fünf Prozent der Einträge. Von den finanzkräftigen und deshalb zu einer qualifizierten Recherche befähigten HerausgeberInnen des *Vademekum* wurde hier nichts zensiert – was nicht selbstverständlich ist. Das Problem liegt auf einer anderen Ebene: Die staatliche Förderpolitik, die von klaren inhaltlichen Prämissen ausgeht, hat Fakten geschaffen und die nicht ins Konzept passenden Initiativen klein gehalten: Zum Beispiel stehen die Archive der ehemaligen Bürgerbewegung, die sich nicht dem Antikommunismus verschworen haben, heute in einen verzweifelten Kampf um ihre Unabhängigkeit. Das sie tragende solidarische Umfeld zerfällt zusehends und gezwungenermaßen ist die *Stiftung Aufarbeitung* mittlerweile eine wichtige Finanzquelle geworden, mit dementsprechenden Folgen für unabhängige politische und Archivarbeit.

Online-Recherchen im Vademekum sind über die Internetpräsenz der Stiftung Aufarbeitung möglich (http://www.stiftung-aufarbeitung.de)●

Bernd Hüttner

Ulrich Mählert: Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten; Ch. Links Verlag 2002, 300 S., EUR 19.90

Neue Veröffentlichung zum GATS

Diese Broschüre bietet eine leicht verständliche, kritische Einführung in das Dienstleistungsabkommen GATS, das gegenwärtig in der Welthandelsorganisation WTO neu verhandelt wird. Ziel dieser Verhandlungen ist die weltweite Liberalisierung und Privatisierung sämtlicher Dienstleistungen einschließlich aller öffentlichen Aufgaben. Der Autor erläutert wesentliche Funktionsmechanismen des GATS wie auch die intransparenten politischen Entscheidungsprozesse in Genf, Brüssel und Berlin. Folgen des GATS werden am Beispiel des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Wasserversorgung, der audiovisuellen Medien und der Finanzsysteme geschildert. Ein Service-Teil versammelt Hinweise auf weiterführende Literatur und Informationsquellen im Internet.●

diego

Die Broschüre kann online bestellt werden unter http://www.attac.de/material, telefonisch unter (0 69) 900 281-10 oder per E-Mail an info@attac.de

WEED (Hrsg.): »Die letzte Grenze. GATS: Die Dienstleistungsverhandlungen in der WTO«. Autor: Thomas Fritz, 64 Seiten, zahlr. Abb., 7,50 EUR

Rassismus gegen Roma und Sinti

Die junge Kölner Politikwissenschaftlerin Änneke Winckel beschäftigt sich in ihrem Buch »Antiziganismus. Rassismus gegen Sinti und Roma im vereinigten Deutschland« mit der Diskriminierung von Sinti und Roma nach 1989. Ihre Arbeit stützt sich auf die Auswertung wichtiger überregionaler Zeitungen und Zeitschriften wie Spiegel, Zeit, Frankfurter Allgemeine, Frankfurter Rundschau, taz etc. Das Buch ist also eine quellenkundliche und keine empirische Arbeit über die Verbreitung antiziganistischer Vorurteile in der BRD. Eine Einführung über die Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland vom 15. Jahrhundert bis heute und eine Erläuterung des Begriffs Antiziganismus ermöglicht auch LeserInnen ohne Vorkenntnisse die Lektüre.●

Andreas Bodden

Änneke Winckel: Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland 200 S., 4-farb. Bros. Unrast-Verlag, ISBN 3-89771-411-6, 14 EUR

Reader zum Zuwanderungsgesetz

In naher Zukunft wird das sogenannte »Zuwanderungsgesetz« in Kraft treten. Euphemistisch »Ausreisezentren« genannte Internierungslager und wesentlich verschlechterte Lebensbedingungen und Rechtsgrundlagen für Flüchtlinge in der BRD werden die Folgen sein. Damit aber nicht genug. Seit vergangenem April gibt es in der BRD mit dem § 129b ein einmaliges Repressionsinstrument, das es der Bundesregierung ermöglicht, praktisch jeden Flüchtling mit der gleichen Verfolgung zu überziehen wie früher RAF-Verdächtige. Die Unterstellung, im Ausland eine Organisation unterstützt zu haben, die im Ausland oppositionell tätig war, aber von der Bundesregierung (nach ihren je eigenen Kriterien) als »terroristisch« eingestuft wird, kann zu Ausweisung oder einem den 129a-ähnlichen Ermittlungs- und Strafverfahren führen. Die Folgen sind fatal. Die Exilopposition ganzer Länder kann mundtot, ihre Arbeit in Deutschland ganz unmöglich gemacht werden. Von der EU protegierte Diktaturen können sich über Frei-Haus-Lieferung ihrer mit Mühe und Not geflüchteten Gegner freuen. Basierend auf den Beiträgen und Diskussionen eines im Juli 2002 veranstalteten Kongresses hat die »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen« einen Reader über die Folgen des Zuwanderungsgesetz und des Ausländer-Antiterror-Paragraphen 129 b für die Flüchtlinge in Deutschland erstellt. Er kann zum Selbstkostenpreis bestellt werden unter: Karawane_Bremen@web.de.●

Ein Jahr aktiv für die Umwelt

Wer einen Job sucht, schaut immer häufiger ins Internet. Wer einen Job oder Freiwilligendienst speziell im Umweltschutz sucht, wird meist in den gängigen Jobbörsen nicht fündig. Seit einiger Zeit gibt es aber auch für Leute, die einen Job auf einem Ökohof suchen, ein Jahr freiwillig in einem Nationalpark-Infozentrum mitarbeiten wollen, mit einem Ökomobil auf große Tour gehen oder das Abenteuer im Ausland suchen .... einige informative Links im Internet:

Allgemeine Informationen

Wer sowohl FÖJ, Zivi, Praktikum und auch einen Job sucht, der sollte auf www.oekojobs.de vorbeisurfen. Hier gibt es neben allgemeinen Informationen zu Bewerbung oder Tätigkeitsfeldern, eine Datenbank, wo nach konkreten Einsatzstellen online gesucht werden kann. Die Datenbank bietet Einsatzstellen in ganz Europa, sie wird ständig von den Einsatzstellen aktualisiert und durch neue Einsatzstellen ergänzt.

Freiwillig Ökologisches Jahr (FÖJ)

FÖJ gibt es mittlerweile in allen Bundesländern, vergleichbare Programme gibt es noch in Österreich. Auch in anderen europäischen Ländern gibt es wenige Einsatzstellen, die aber meist von deutschen Trägern besetzt und finanziert werden. Es gibt einen große Vielfalt an unterschiedlichen Einsatzstellen, die von vielen unterschiedlichen Trägern angeboten werden. Einen Überblick über alle Träger und Einsatzstellen bietet die Homepage: www.foej.de

Baltic Youth Cooperation (B.Y.Co.)

B.Y.Co. ist ein Netzwerk von (Jugend-)Umwelt-Initativen und -Gruppen rund um die Ostsee, die Freiwillige untereinander austauschen. B.Y.Co. beruht auf dem Europäischen Freiwilligendienst (EFD), es wird also sowohl Taschengeld, als auch Unterkunft, Verpflegung und Versicherung geboten. Die Beschreibungen der Einsatzstellen, sowie Infos über Bewerbung gibt es unter: www.BYCo.info

Natürlich gibt es gerade international von viele weitere Angebote und Möglichkeiten. Gerade hier bietet das Internet fast die einzige Möglichkeit an Informationen über die Einsatzstellen heranzukommen. Hier einen Auswahl von Links: www.idealist.org, www.avso.org

Dies ist nur eine kleine Auswahl, weitere Links und auch Hintergrundinformationen gibt es in den Büchern, die die Öko-Job-Börse anbietet. Die Bücher »Unterwegs für die Umwelt – Ökojobs in Europa« (10,- EUR) sowie das Buch »Jobben für Natur und Umwelt« (15,90 EUR) sowie ein Faltblatt mit allen Büchern zum Thema, können in der Öko-Job-Börse, Turmstr. 14a, D-23843 Bad Oldesloe, Tel.: (0 45 31) 45 12, Fax: 71 16, E-Mail: jup@oekojobs.de bestellt werden (zuzüglich 3,- EUR Versandkosten).●

Jörn Hartje

PROJEKTE

Villa Lokomuna, Stadtkommune in Kassel, sucht Menschen mit Lust auf gemeinsames Leben. Zur Zeit sind wir 19 Erwachsene und 11 Kinder.
☎(05 61) 92 00 94 90 oder
E-Mail: info@gemeinsam-leben-eg.de

Spanien: Selbstverwaltete Landherberge in wildromantischem Tal nahe Valencia bietet euch ruhige Unterkunft. Auch vegetarische Küche. Vor Ort arbeiten mehrere Leute an der Wiederbelebung des Obst- und Gemüseanbaus incl. Selbstversorgung.
☎(0034) 978 78 14 54
Web: www.flamaronda.info

Wander-Kommune (4w, 7m) sucht ab Mai 2003 im großen (!) Umland von Berlin andere Kommunen/Projekte zum Kennenlernen. Baustellen/Workshops/Seminare zum Geld verdienen, einen Hof (20 ha, vier Gebäude, für 25 Leute) zum Niederlassen – sowie Großküchenausrüstung und Werkzeuge! Sind meistens aus Berlin, sozialhandwerklich-ökologischtechnischSpassundmusikundpolitmäßig motiviert und begeisterungsfähig!
Meldet Euch unter
☎(0 30) 442 53 24 oder
kommune08@yahoogroups.de

JOBS

FÖJ-Stelle im Verein für Permakultur und Selbstversorgung in Verden, für alle 16-26 Jahre möglich ab 9/03, Nds. bietet 200E Taschen-& das Kindergeld. Gleichberechtigtes Arbeiten in kleinem Team. Seit '98 wird Waldgartengelände aufgebaut zur Selbstversorgung und als Modellprojekt auf 5ha.
☎(01 71) 156 56 20

ARCHIVE

228 Adressen alternativer Archive und Informationen zu kritischer Geschichtsarbeit in neuer Broschüre. 40 S., 3,80 EUR, Weitere Info unter www.archiv.gesellschaftsanalyse.de/reader.htm
Bestellung von Einzelexemplaren nur gegen Vorkasse 4,48 EUR in Briefmarken bei
ASTA Universität Bremen, Bibliotheksstrasse /StudentInnenhaus, D-28359 Bremen

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2002 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

»Die Strafe, die züchtigt ohne zu verhüten heißt Rache.«
Albert Camus

Bitte spenden Sie »CONTRASTE« an Menschen in Haft zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V., Kennwort: »CONTRASTE«
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Telefon 030-611 21 89, Telefax 030-61 62 98 99
E-Mail: freiabos@bln.de
www.freiabos.de
Zeitungen für Gefangene
Mendelson, Berlin, Foto: Martin Langer

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Der Feind steht links...

... das ist nicht nur seit jeher die Parole der Faschisten, es ist auch seit ihrer Gründung Staatsdoktrin der BRD. Wer sich radikal gegen den Faschismus und seine Wurzeln einsetzt, gerät leicht ins Visier des deutschen Staatsapparates.
Festnahmen, Prozesse, Knast und auch die finanziellen Belastungen, die ein Strafverfahren mit sich bringt, zielen darauf, Genossinnen und Genossen einzuschüchtern und zu isolieren.

- Damit Menschen, die von politischer Repression betroffen werden, nicht allein stehen, ist Solidarität nötig.
- Die Rote Hilfe hat sich zum Ziel gesetzt, strömungsübergreifend und parteiunabhängig Menschen zu unterstützen, die aufgrund ihrer politischen Tätigkeit kriminalisiert werden - durch Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, durch politische und materielle Unterstützung.
- Um diese Arbeit leisten zu können, brauchen wir eure Hilfe.

... Schafft Rote Hilfe!

Wenn ihr mehr Informationen über die Rote Hilfe haben oder Mitglied werden wollt, wendet euch an:
Rote Hilfe Bundesgeschäftsstelle ** Postfach 3255 ** 37022 Göttingen
Spendenkonto: Postbank Dortmund, Nr.: 19 11 00-462, BLZ: 440 100 46

Eine Zwischenbilanz der Globalisierungskritik
- Krisen und Kritiken
- Die Antwort der Institutionen
- Umkämpfter Kapitalismus
- Bewegungsperspektiven ...

76 S., € 5,- plus 80 Cent Porto
Sonderheft von: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft und iz3w
Bezug:
- informationszentrum 3. welt
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org
- BUKO – Bundeskoordination Internationalismus
Nernstweg 32-34 · D-22765 Hamburg
Fon (040) 39 31 56 · www.buko.info

NO WAR!-Sturmwarnung-Aktionszeitung der *Graswurzelrevolution* (Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft), Februar 2003. **Inhalt:** Aufruf an alle SoldatInnen; Just Say NO; Direkte gewaltfreie Aktionen international; BRD, NATO, EU und Irakkrieg; Blinde Flecken..., Armeen sind Männerbünde; Der Krieg in Tschetschenien; ... **Preise:** 20 Ex.: 5 €, 50 Ex.: 10 €, 100 Ex.: 15 €, 180 Ex.: 25 €, 300 Ex.: 40 €, 400 Ex.: 50 €, 650 Ex.: 75 €, 1000 Ex.: 100 €. Vorkasse (bar, Scheck, Briefmarken) oder Einzugsermächtigung. Bei: **GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250, Fax: -351, abo@graswurzel.net**
www.graswurzel.net

RISSE
ANALYSE UND SUBVERSION
FRIEDE DEN ABZOCKERN, KRIEG DER SOZIALPARTNERSCHAFT
ABZOCKER MANAGER ALS BUHMÄNNER DER NATION | DER SOZIALSTAAT DIE VOLKS-GEMEINSCHAFT IM AUFWIND | DAS ENDE DER KRITIK ZUR DEMOKRATISIERUNG DES AUSNAHMEZUSTANDS | ANTI-WEF NATIONALER WIDERSTAND? | GRUPPE 47 BLIND FÜR DEN ANTISEMITISMUS | HOLOCAUSTKOMÖDIEN GEFAHR ODER CHANCE? | GEWALT, IRONIE UND OHNMACHT ZUR AUSSTELLUNG VON BRUCE NAUMAN | UND VIELES MEHR
Probeabo (2 Ausgaben) Fr 14.– / € 10.–
Abo (4 Ausgaben) Fr 36.– / € 26.–
inklusive Versandkosten
Risse Magazin
Postfach 3119 | CH-8021 Zürich
Internet | www.risse.info | abo@risse.info

Ich bestelle 3 Ausgaben ak – analyse + kritik für 5 €.
5 € lege ich bar / als Scheck bei.*
*) Das Probeabo gilt für 3 Monate, es verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der 2. Ausgabe gekündigt wird.
Datum, Unterschrift
Name, Vorname
Strasse, Nr.
PLZ, Ort
Ausfüllen und schicken an:
ak – analyse + kritik,
Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
www.akweb.de

junge-Welt-Beilagen im April:
Uni-Spezial Mi., 23.4., am Kiosk
1. Mai Do., 30.4., am Kiosk
inkl. aktueller jW-Ausgabe nur 1,-Euro
Anzeigenschaltungen telefonisch
0 30/53 63 55 38, per
Fax 0 30/53 63 55 44 oder per
E-Mail pb@jungewelt.de
www.jungewelt.de
Die Tageszeitung junge Welt

PROTEST
Mit Fenster-Transparent Widerstand gegen Kriegsgefahr deutlich machen

Weißer Stoff
(100 cm breit, 150 cm hoch), für jedes Fenster geeignet.
Kein Blut für Öl!
Friedenstaube auf blauem Grund.
Bestellungen an:
Mensch & Umwelt-Versand
Postfach 15 02 34 • 40079 Düsseldorf
Fon 0211 - 26 11 210 • Fax 0211 - 26 11 220
eMail oekonzept@mail.isis.de
15 Euro incl. Versandkosten

Probeabo
Ja, ich will die *junge Welt* für 10 Wochen ausprobieren
Name/Vorname
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Telefon
Dafür bezahle ich 16 Euro. Will ich die *junge Welt* danach nicht weiterbeziehen, teile ich das dem Verlag 8. Mai GmbH spätestens zehn Tage vor Ablauf des Probeabos kurz schriftlich mit. Falls ich die *junge Welt* weiter beziehe, bezahle ich nach Ablauf der Probewochen monatlich
O Normalabo: 25,80 Euro
O Soliabo: 33,00 Euro
O Sozialabo: 18,40 Euro
Ich bezahle mein Abo
O monatlich (nur mit Bankeinzug),
O vierteljährlich, O halbjährlich,
O jährlich
per O Rechnungslegung O Einzugsermächtigung
Das Abo soll ab Montag, den ..... beginnen.
Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:
Geldinstitut/Bankleitzahl
Kontonummer
Datum/Unterschrift
Widerrufsrecht
Ich kann diese Bestellung innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich bei *junge Welt*, Karl-Liebknecht-Str. 32, 10178 Berlin, widerrufen.
Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den oben angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf schriftlich bei ihnen kündige (Poststempel).
Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 32, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 0 30/53 63 55 44. contraste

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meschwitzstr. 2a, ☎ (0351) 802 99 23, E-Mail: abfallgut@yahoo.de; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: www.ricardabuch.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/hs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org; **60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Bornheimer Landstr. 22, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; **90419 Nürnberg, Redaktion Franken,** Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 393 89 30, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; **Portugal:** Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung: 27283 Verden,** Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim,** Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin,** Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen,** Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen,** Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89
(10 bis 17 Uhr)

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 25.-27.4.2003
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

ÖKODÖRFER

Erfolgreiche Ökodörfer & Gemeinschaften
Kaum bekannt, aber es gibt sie seit über 40 Jahren, mit Integration alter oder behinderter Menschen, mit kinderfreundlicher Atmosphäre, Selbstversorgung..., alle mit Toleranz in der Weltanschauung und im Glauben. Die Seminargäste werden unterstützt, herauszufinden, ob für sie ein Gemeinschaftsleben in Frage kommt und ggf. welcher Art. Zum Abschluss wird GemeinschaftenLiteratur vorgestellt.
Termine: 2.-5.5.03 im Schwarzwald
Info: ÖKODORF-Institut
☎(0 76 22) 67 13 22

SEMINARREIHE

Konstruktiver Umgang mit Konflikten
Die Kommune Niederkaufungen existiert seit siebzehn Jahren. Wir leben und arbeiten zusammen, wirtschaften in eine Kasse und treffen alle wichtigen Entscheidungen im Konsens.
Wie es dabei gelingt, ganz unterschiedliche Interessen, Bedürfnisse und Wertvorstellungen »unter einen Hut« zu bringen und auch in schwierigen Situationen wertschätzend miteinander umzugehen, ist eines unserer wichtigsten Themen und eine unserer größten Herausforderungen.
Wir haben in der Kommune in den letzten Jahren vieles ausprobiert, viel gelernt, einige hilfreiche Ansätze kennen gelernt und uns selbst forgebildet. Diese geballten und vor allem gelebten Erfahrungen und Kompetenzen wollen wir in unserer Seminarreihe weitergeben.
Wir arbeiten mit Methoden aus der Gestalttherapie, der klientenzentrierten Gesprächsführung und der Gewaltfreien Kommunikation. Die einzelnen Bausteine können getrennt oder als komplette Reihe besucht werden. Am Ende erhalten die TeilnehmerInnen ein Zertifikat.

Eine Gruppe ist ist mehr als die Summe der Einzelnen
Umgang mit Konflikten in Teams und Gruppen
Wir Menschen verbringen einen Großteil unserer Zeit in Gruppen. Ob am Arbeitsplatz, im Privatleben oder im Freundeskreis... überall müssen Entscheidungen getroffen, Meinungen und Interessen ausgehandelt und Lösungen entwickelt werden. Gegensätzliche Interessen und Meinungsverschiedenheiten werden dabei oft als blockierend erlebt. Konflikte eher als Krise denn als Chance wahrgenommen.
Diese Sichtweise wollen wir an diesem Wochenende umkehren, Ansätze der Konfliktbearbeitung kennen lernen und auch ausprobieren, die Kräfte in Gruppen freisetzen und uns Lösungen näherbringen, in denen es nicht um Gewinnen und Verlieren geht.
Termin: 9.-11.5.2003

Streiten verbindet!?
Konfliktbewältigung zwischen Männern und Frauen
Termin: 26.-28.9.2003

Gewaltfreie Kommunikation und Yoga
Ein Weg zu innerer Klarheit
Termin: 19.-21.12.2003
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

SOZIALPOLITIK

Modernisierung des Sozialstaats – Modernisierung der sozialen Ausgrenzung
Das Thema greift die Entwicklung verschiedener Reformen und Reformpläne des Sozialstaats auf, die sowohl Ausdruck als auch als Folge des Modernisierungsdrucks begriffen werden können, der Staat und Gesellschaft im Zuge der Globalisierung und der weltweiten Rezension ergriffen hat. Zwar sind etliche Reformen durchaus sinnvoll und überfällig, aber sie können auch in eine Richtung gesteuert werden, die zu mehr Ausgrenzung beiträgt, statt Armut, Ausgrenzung und Wohnungslosigkeit zu überwinden.
Das Janusgesicht der Modernisierung soll an den verschiedenen Feldern der Wohnungslosenhilfe und ihrem gesellschaftlichen Umfeld herausgearbeitet und zugleich die zentrale Botschaft an Politik und Gesellschaft vermittelt werden: Die Wohnungslosenhilfe erwartet Reformen, welche die Wohnungslosen mitnehmen und nicht zurücklassen.
Diese Bundestagung soll auch Gelegenheit sein, das neue Grundsatzprogramm der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe konkreter zu diskutieren und Konsequenzen für seine Umsetzung zu ziehen.
Termin: 21.-23.5.2003
Information & Anmeldung:
BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Postfach 13 01 48, D-33544 Bielefeld
☎(05 21) 14 39 60, Fax 143 96 19
E-Mail: info@bagw.de
Web: www.bag-wohnungslosenhilfe.de

D.I.Y.-REVOLUTIONSCAMP

Theorie, Direct Action und Anders Leben auf der Burg Lutter vom 14.04.-21.04.2003
Beim D.I.Y. -Revolutionscamp handelt es sich einfach gesagt um eine »Fortbildung« für Linksradikale. Es geht darum Wissen zu vermitteln und Erfahrungen weiterzugeben, um Spezialisierung aufzubrechen und mehr Menschen eine breitere Handlungsfähigkeit zu ermöglichen. Darüber hinaus ist das Treffen eine Chance, sich zu vernetzen und die Isolation von Aktionsgruppen und Einzelpersonen zu überwinden. Ein wesentliches Konzept des Camps ist es, die Zersplitterung unseres Alltags zu überwinden und Theorie, politischer Praxis und Leben als eine Einheit zu begreifen.
Wir möchten ein Grundgerüst mit vorbereiteten Themen, Kulturprogramm und Infrastruktur stellen, das genügend Freiraum für selbstorganisierte Workshops, AK's und Diskussionen bietet. Der generelle Charakter des Camps basiert auf Selbstorganisation, d.h. bring Dich ein, statt einfach nur zu konsumieren. Folgende Themen sind angedacht:
Theorie
Vision & Utopie, Wertkritik, Arbeitskritik, Queertheorie, boloïbolo & Subcoma, Subsistenzperspektive, Motivationsfrage, ...
Direct Action
Lock-ons bauen, Tripods bauen und aufstellen, Baumklettern, Pressearbeit, Anti-Repressionsarbeit, Organisationsstrukturen und Kollektive, Bezugsgruppensysteme, Entscheidungsfindung, Hacktivism, PGP, Pink and Silver, radical cheerleadering, Theater der Unterdrückten, verstecktes Theater, Scanner und eigene Kommunikation, eigene Medien, Internet, Zeitung- und Radio machen, Layout, Aktionsvideos drehen, Subvertising, Kommunikationsguerilla, Spaáguerilla, Verwendung und Bau von Puppen für Demos und Aktionen, movement action plan (map), ...
Anders Leben
Bildungssyndikat, Food-coop, Tips und Tricks sich der Lohnarbeit zu entziehen, Umsonstl"den, Tauschringe, Selbstverteidigung, Körperarbeit, Capoeira, Einfälle statt Abfälle, Wie senke ich meine Lebenshaltungskosten, aber nicht meine Lebensqualität, alternative Wohnformen, Bauwagenplatz, Kommunen, Subsistenzproduktion, Woher nehme ich meine Motivation und Energie?
Wenn Du zu den genannten oder nicht genannten Themen ReferentIn sein kannst und Lust hast, das Camp zu bereichern, dann melde Dich doch einfach bei uns. Der derzeitige Vorbereitungsstand kann über folgende Adresse abgerufen werden:
www.da-camp.de.vu
Die Kontaktadresse des Camps ist:
D.I.Y-Revolutionscamp, FAU, c/o Alte Münze 12, D-49074 Osnabrück
Der Unkostenbeitrag liegt voraussichtlich zwischen 3 und 5 EUR/Tag.
Anmeldung ist sinnvoll für die Kalkulation von Küche, Finanzen etc.

VERKEHR

»Bestverkehr für Weniggeld«
Vom 30.5. bis 1.6.2003 findet in München der 14. Bundesweite Umwelt- und Verkehrs-Kongress statt. Schwerpunktthema werden die Finanzen im Verkehrsbereich sein, denn der öffentliche Geldmangel stellt auch eine Chance für eine Verkehrswende dar. Alle zwei Jahre treffen sich in wechselnden Städten Aktive und Interessierte aus dem Bereich »Verkehr & Umwelt«, um verkehrspolitische Zielsetzungen zu erarbeiten, Informationen auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und Spaß an Aktionen und Kulturangeboten zu haben.
Veranstalter: Green City e.V. München, Stattplan e.V. München, VCD LV Bayern, FUSS e.V. und UMKEHR e.V.
Nähere Informationen: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, D-13357 Berlin
☎(0 30) 492 74 73, Fax 492 79 72
E-Mail: info@umkehr.de
Web: www.umkehr.de

MEDIEN

Urheber- und Medienrecht online
Darf ich Fotos, Texte, Gestaltungsideen von anderen Sites übernehmen? Darf jeder seine Seiten mit meiner verlinken? Bin ich für Hyperlinks nach außen verantwortlich? Was muss im Impressum stehen? Kenntnis der einschlägigen Gesetze und Verordnungen hilft, kostspielige Prozesse zu vermeiden. Der Journalist und Rechtsanwalt Johannes Wack erläutert anhand von Fallbeispielen die Rechtslage.
Termin: 2.5.2003

Was wollen die User?
Welche Seiten eines Online-Angebotes erreichen die User, welche nicht? Was sind die heimlichen »Renner«? Wie aussagekräftig sind »Hits«, »Pages« oder »Visits«? Welche Aussagen lassen sich über das User-Verhalten online insgesamt treffen? Das Seminar führt in die Auswertungsmöglichkeiten der User-Statistik ein und stellt einschlägige Web-Sites zur Nutzerforschung vor.
Termin: 4.6.2003

Linux verwenden
Eine Einführung in das Einrichten und die Funktionsweise von Linux und die Konfiguration der Server-Funktionalität stehen im Zentrum dieses Seminars für Einsteiger. Weitere Themen: Samba, WWW Proxy Squid, Web Server Apache, Mail Server am Beispiel von SuSE Linux. Kenntnisse im Umgang mit Dateiverwaltung und Verzeichnissen sind von Vorteil.
Termin: 2.-3.6.2003
Information & Anmeldung:
Jounalistenakademie, Postfach 19 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 512 06, Fax 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
Web: www.journalistenakademie.de

RADIKAL REISEN

Nicaragua
Thema: Neoliberalismus in Nicaragua
Die Zielsetzung der Reise soll sein, von den Gruppen dort zu erfahren, wie linke politische Arbeit in einem völlig veramten und korrupten Land wie Nicaragua aussehen kann. Welche Themen da wichtig werden, welche Formen der Partizipation und der Politisierung angestrebt werden. Angesichts der Krise der Linken in Nicaragua soll geklärt werden, was von dem Sandinismus noch zu erwarten ist und mit den Partnern soll diskutiert werden, wie eine Politik aussehen kann, die im betroffenen Land die Auswirkungen der Globalisierung bekämpft. Das Oberthema sollte zwischen »Krise des Sandinismus im neoliberalen Nicaragua« und »Auswirkungen der Globalisierung auf die nicaraguanische Alltagskultur und das dortige politische Leben« liegen. Wir werden verschiedenste Gruppen in Managua treffen und einen Einstieg in die Struktur eines Landes finden, in dem die revolutionäre Zeit 12 Jahre vorbei, aber immer noch im politischen und kulturellen Alltag fast ständig präsent ist. Auch werden wir jedoch die malerischen kolonialen Städtchen und Traumstrände Nicaraguas kennen lernen.
Keine Sorge.
Termin: 12.-22.08.2003
Kosten: ca. 750 EUR

Finnland
Helsinki und Turku
Wie in den letzten Jahren wird uns unser finnischer Partner Vasemminstonuoret (= Linke Jugend) einen interessanten und umfassenden Einblick in finnische linke Politik geben. Bei Treffen mit Gewerkschaftlern, Parlamentariern, Studentenvertretern und anderen NGOs werden wir v.a. über finnische Sozialstaats- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch Asylpolitik und den bevorstehenden NATO-Beitritt Finnlands diskutieren. Und neben all dem wird auch noch etwas Zeit für finnische Seen und Sauna bleiben.
Termin: 22.-31.08. 2003
Kosten: ca. 280 EUR

Russland – Moskau
Thema: Antisemitismus
Wieder einmal fahren JungdemokratInnen/Junge Linke in die russische Weite. In Diskussionen mit verschiedenen russischen Gruppen, u.a. dem Youth Human Rights Movement und der Anti-Defamation-League, wollen wir uns mit Antisemitismus in Russland beschäftigen. Dabei soll es sowohl um den historischen Antisemitismus, vor allem aber um den gegenwärtigen Antisemitismus gehen. Darüber hinaus wollen wir mit unserem Partner den Stand des Demokratisierungsprozesses diskutieren. Neben dem politischen Programm, ist aber auch genügend Zeit um die touristischen Attraktionen zu besichtigen oder an der Moskwa spazieren zu gehen.
Termin: 7.-20.09. 2003
ca. 390 EUR

Südafrika
Kapstadt und Durban
Als mit einer Übergangsverfassung 1993 die gesetzlich legitimierte Apartheid abgeschafft und 1994 die ersten freien Wahlen angesetzt wurden, war dem African National Congress (ANC) der Sieg sicher. Doch der schlug nicht zuletzt mit seinem späteren wirtschaftlichen Programm einen zunehmend neoliberalen Kurs ein und setzt damit das Bündnis mit der kommunistischen Partei und dem Gewerkschaftsverband COSATU aufs Spiel, was sich in landesweiten Streiks immer deutlicher zeigt. Eines der großen Ziele des ANC-Parteiprogramms, die Verbesserung der Lebensverhältnisse der schwarzen Mehrheit, leidet unter dem Druck kapitalistischen Wirtschaftens. Noch immer ist die wirtschaftliche Grundlage Südafrikas der Export von Rohstoffen. In Südafrika werden wir vor allem die metropolitanen Kernräume bereisen (etwa Kapstadt und Durban), um dort u. a. die Arbeit unserer Partnerorganisation SASCO, einer bundesweiten fortschrittlichen StudentInnenorganisation, kennenzulernen und uns mit VertreterInnen der »Human Rights Comission«, der Landlosenbewegung und COSATU treffen. Auch das Kennenlernen weiterer politischer Projekte und unbedingt Sehenswertem wird die Reise bieten.
Veranstaltet von der Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB)
Termin: 15.-28.09.2003
Kosten: ca. 650 EUR

Frankreich – Paris
Mit transnationalen Protesten gegen den globalen Kapitalismus
In Frankreich ist die globalisierungskritische Bewegung anscheinend stärker und mächtiger als in Deutschland. Nicht zuletzt wurde hier das Netzwerk ATTAC ins leben gerufen. Selbst Teile der akademischen und politischen Eliten kritisieren die derzeit stattfindenden Globalisierungspolitiken. Auf der anderen Seite schürt die politische Rechte sowie die aktuelle Regierung Sicherheitspaniken und Ausländerfeindlichkeit. Gemeinsam mit Gruppen vor Ort wollen wir Perspektiven linker Globalisierungskritik diskutieren und uns die innenpolitische Situation in Frankreich genauer ansehen.
Termin: 30.9.-10.10.2003
Information & Anmeldung:
Jungdemokratinnen/Junge Linke,
Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
Internet: www.jdjl.org

ERICH MÜHSAM

Veranstaltungsreihe in Düsseldorf
Erich Mühsam wurde von den Nazis gehasst wie kaum ein anderer, verkörperte er doch alles was die Nazis hassten. Im Sommer 1934 erschlugen ihn die Schergen des Regimes im KZ Oranienburg und hängten seine Leiche in der Latrine auf.
13.04.2003: Erich im Doppelpack
Erich Kästner gratuliert Erich Mühsam zum 125. Geburtstag Zeitlose Texte und jiddische Lieder, vorgetragen von Heinrich und Piet van der Wingen
Ort: Metropol
Eintritt: 6 EUR
Beginn: 19.30 Uhr
VeranstalterInnen: Metropol und FAU-Düsseldorf

24.04.03: nicht nur Thessaloniki...
Ort: Hinterhof, Corneliusstr. 108
Eintritt: frei
Beginn: 19 Uhr
VeranstalterInnen: CBB, FAUD
Einige antiautoritäre und anarchistische Gruppen sowie Einzelpersonen gründeten die »Antiautoritäre Bewegung Salonika 2003«, um ihren Widerstand gegen die Pläne der lokalen und globalen Herrscher zu organisieren. Ein Genosse wird über die aktuellen Vorbereitungen Berichten und eine Einschätzung der Lage vor Ort abgeben. Mit ein wenig Glück wird noch ein weiterer Genosse anwesend sein, welcher darüber hinaus Auskunft über die anarchistische und syndikalistische Bewegung Griechenlands und den Fall »Serefis« geben kann.

01.05.2003: Auf glühenden Kohlen
Ort: Metropol
Beginn: 19.30 Uhr
Eintritt: 3 EUR
VeranstalterInnen: Metropol und FAU-D
Anfang der 90'er Jahre sollte in Großbritannien eines der ältesten Berkwerke der Welt geschlossen werden. Die Rechnung wurde (wie so oft) ohne die Arbeiter gemacht. Diese entwickelten einen »utopischen« Plan: Sie wollten das Berkwerk ohne Boss und Chefs alleine weiterführen! Kurzerhand entschlossen sie sich das Berkwerk zu kaufen, demokratisch und in Selbstverwaltung, quasie als modernes Kollektiv zu führen. Es ist dies der Versuch ihree Idee von Sozialismus mitten im Kapitalismus zumindest ansatzweise zu realisieren. Die Dokumentation zeigt neben der grundsätzlichen Möglichkeit zur Selbstorganisation und zur »Demokratisierung der Wirtschaft« (N. Chomsky) auch die Probleme auf mit denen sich ein solches Experiment im »real existierenden Kapitalismus« auseinandersetzten muss.
Kontakt: FAU-Düsseldorf,
Postfach 10 24 04, D-40015 Düsseldorf

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg